

Klaus Lange

Kommunalrecht

2. Auflage



MOHR SIEBECK

Klaus Lange
Kommunalrecht



Klaus Lange

Kommunalrecht

2., überarbeitete Auflage

Mohr Siebeck

Klaus Lange, Dipl.-Volkswirt Dr. jur., emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre am Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen; von 1984 bis 2014 Mitglied des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen, von 1996 bis 2003 und 2008 bis 2009 dessen Präsident.
orcid.org/0000-0001-6089-4614

ISBN 978-3-16-156970-8 / eISBN 978-3-16-156971-5
DOI 10.1628/978-3-16-156971-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 2013

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Für Angelika

Vorwort

Die Finanznot der Kommunen, der Bevölkerungsrückgang in ländlichen Räumen und die gerade auch deshalb als notwendig angesehene Förderung interkommunaler Zusammenarbeit, die gewachsene Bedeutung von Umweltschutz und Bürgerpartizipation, Änderungen des Europäischen Unionsrechts und vieles mehr haben seit Erscheinen der 1. Auflage dieses Buchs im Jahr 2013 zu zahlreichen Änderungen des Kommunalrechts geführt. Aber auch Rechtsprechung und Literatur haben bis zu höchstrichterlichen Neuausrichtungen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes viele neue Aspekte eröffnet. Diese Veränderungen sind in die 2. Auflage des Buches eingearbeitet und darin auf ihre Bedeutung und Folgen hin untersucht worden. Darüber hinaus sind die bisherigen Überlegungen überdacht, teilweise klarer formuliert und – an glücklicherweise sehr wenigen Stellen – modifiziert oder revidiert worden. Unverändert ist das Buch von dem Bemühen geprägt, zum Verständnis des Kommunalrechts jedes einzelnen Bundeslandes, ausgenommen die Stadtstaaten, durch Herausarbeiten gemeinsamer Linien und der jeweiligen landesspezifischen Besonderheiten, aber auch durch das Aufzeigen und Analysieren der nicht seltenen unterschiedlichen gerichtlichen Auslegung gleicher Normen in verschiedenen Bundesländern beizutragen.

Mein besonderer Dank gilt wieder Prof. Dr. Gabriele Britz, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, und Prof. Dr. Franz Reimer für ihre herzliche Kollegialität und ihnen und ihren Teams für in sehr liebenswürdiger Form gewährte vielfältige praktische Unterstützung.

Dem Bibliotheksteam des Juristischen Seminars der Universität Gießen danke ich weiterhin für freundliche und wertvolle Hilfsbereitschaft.

Anregungen zu diesem Buch aus dem Kreis seiner Leserinnen und Leser sind mir nach wie vor unter klaus.lange@recht.uni-giessen.de willkommen.

Gießen, im Januar 2019

Klaus Lange

Vorwort zur 1. Auflage

In den Kommunen, vor allem den Gemeinden, ist Demokratie wohl am lebendigsten, hier sind Freiheit und Solidarität der Bürger am anschaulichsten zum Ausgleich zu bringen. Kommunale Politik bedarf gerade deshalb eines klaren und verlässlichen rechtlichen Rahmens. Hierzu soll dieses Buch einen Beitrag leisten. Es hat das Kommunalrecht aller deutschen Bundesländer mit Ausnahme der Stadtstaaten, für die es trotz deren besonderer Verbindung von Staatlichkeit und Kommune indessen auch in mancher Hinsicht ergiebig sein dürfte, zum Gegenstand. Die eingehende Befassung mit dem Kommunalrecht und dessen Verständnis in allen Bundesländern verbunden mit einer möglichst gründlichen Verarbeitung von umfangreicher Rechtsprechung und Literatur trägt bei voller Respektierung der unterschiedlichen Regelungsstrukturen erheblich zum Verständnis des Kommunalrechts jedes einzelnen Bundeslandes bei.

Für Unterstützung bei der Vorbereitung des Buches danke ich meinen früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem Dr. Jan Henrik Klement, aber besonders auch Rechtsanwalt Holger Pollmann, Dr. Sanaz Moradi Karkaj und Henning Jensen MJI. Frau Margot Müller danke ich für die Niederschrift erster Entwurfsfassungen.

Mein herzlicher Dank gilt Prof. Dr. Gabriele Britz, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Martin Eifert, jetzt Humboldt-Universität Berlin, und Prof. Dr. Franz Reimer für ihre herzliche Kollegialität, die mir die Arbeit in ihrem Kreis am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Gießen auch nach meiner Emeritierung zu einer großen Freude gemacht hat, und besonders Martin Eifert und Franz Reimer für vielfältige praktische Unterstützung.

Dem Leiter der Bibliothek des Juristischen Seminars der Universität Gießen Matthias Wolf und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für ihre freundliche und wertvolle Hilfsbereitschaft.

Anregungen zu diesem Buch aus dem Kreis seiner Leserinnen und Leser sind mir unter klaus.lange@recht.uni-giessen.de willkommen.

Gießen, im Februar 2013

Klaus Lange

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	VII
Vorwort zur 1. Auflage	VIII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literatur	LI

Teil 1: Grundlagen

Kapitel 1: Die Verfassungsgarantie gemeindlicher Selbstverwaltung . . .	2
Kapitel 2: Die grundsätzliche Rechtsstellung der Gemeinden und ihrer Einwohner	72

Teil 2: Gemeindeverfassungsrecht

Kapitel 3: Gemeindeverfassungstypen	108
Kapitel 4: Wahl, Rechtsstellung und Kompetenzen der Gemeinde- vertretung	113
Kapitel 5: Der Gemeindevertreter	201
Kapitel 6: Vorsitz der Gemeindevertretung, Fraktionen und Ausschüsse	288
Kapitel 7: Das Verfahren der Gemeindevertretung	365
Kapitel 8: Das Verwaltungsorgan	491
Kapitel 9: Besondere Formen der Bürgerbeteiligung an der kommunalen Willensbildung	591
Kapitel 10: Der Kommunalverfassungsstreit	673

Teil 3: Gemeindliche Aufgaben und Befugnisse

Kapitel 11: Selbstverwaltungsaufgaben, Auftragsangelegenheiten, Weisungsaufgaben, Aufgabenprivatisierung	712
Kapitel 12: Das Satzungsrecht der Gemeinde	753
Kapitel 13: Die gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen	793
Kapitel 14: Gemeindliche Wirtschaftstätigkeit	861

Teil 4: Gemeindefinanzierung und Gemeindehaushalt

Kapitel 15: Die Finanzierung der Gemeinden	1000
Kapitel 16: Gemeindehaushaltsrecht	1128

Teil 5: Die Aufsicht über die Gemeinden

Kapitel 17: Kommunalaufsicht, Fachaufsicht, Sonderaufsicht	1176
--	------

Teil 6: Die Kreise

Kapitel 18: Die Kreise	1272
----------------------------------	------

Teil 7: Interkommunale Zusammenarbeit

Kapitel 19: Interkommunale Zusammenarbeit	1328
Sachregister	1395

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort	VII	
Vorwort zur 1. Auflage	VIII	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII	
Literatur	LI	

Teil 1: Grundlagen

Kapitel 1: Die Verfassungsgarantie gemeindlicher Selbstverwaltung	2	1
I. Grundgesetz	2	2
1. Die Mehrschichtigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie	2	2
2. Institutionelle Rechtssubjektsgarantie der Gemeinden	5	7
3. Institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung	8	16
a) Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	9	18
b) Recht zu eigenverantwortlicher Regelung	17	48
aa) Grundsätzliches	17	48
(1) Gebietshoheit/Verwaltungshoheit	21	56
(2) Satzungshoheit	25	64
(3) Planungshoheit, Selbstgestaltungsrecht und existentielle Voraussetzungen gemeindlicher Selbstverwaltung	26	65
(4) Organisations-, Personal- und Finanzhoheit	29	71
bb) Eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung durch gemeindliche Mitwirkung an überörtlichen Entscheidungen?	32	76
c) Rahmen der Gesetze	34	79
aa) Einschränkung von Gegenstand und Eigenverantwortlichkeit gemeindlicher Selbstverwaltung	34	79
bb) Gesetz	35	82
cc) Unantastbarkeit eines Kernbereichs gemeindlicher Selbstverwaltung	37	91

	Seite	Rn.
dd) Gemeinwohlgründe, Aufgabenverteilungs- prinzip, Übermaßverbot	40	100
(1) Aufgabenentzug	41	101
(2) Einschränkungen der Eigenverantwortlichkeit . .	45	109
4. Subjektives Recht auf gemeindliche Selbstverwaltung .	52	126
a) Grundsätzliches	52	126
b) Inhalte im Einzelnen	54	131
5. Rechtsschutz	57	136
a) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	57	136
aa) Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG, § 91 BVerfGG	57	136
(1) Beschwerdegegenstand	57	137
(2) Prüfungsmaßstab	59	142
(3) Subsidiarität	61	145
bb) Andere verfassungsgerichtliche Rechtsschutzformen	64	151
b) Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	64	152
II. Landesverfassungen	65	153
III. Europarechtliche Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	70	163

Kapitel 2: Die grundsätzliche Rechtsstellung der Gemeinden und ihrer Einwohner

	72	1
I. Gebietskörperschaft	72	2
1. Allgemeine Bedeutung	72	2
2. Einwohner	74	7
a) Begriff	74	8
b) Bedeutung, Rechte und Pflichten	76	15
3. Bürger	80	23
4. Differenzierung nach der Gemeindegröße	82	28
5. Gemeindegebiet	84	35
a) Allgemeines	84	35
b) Gebiets- und Bestandsänderungen	85	39
6. Namensfragen	88	47
a) Der Gemeinename	88	47
b) Benennung von Ortsteilen, Straßen, Plätzen und dergleichen	92	57
c) Bezeichnungen	93	58
d) Sonstige Hoheitszeichen	94	64
II. Die Gemeinde im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft	95	66
1. Allgemeines	95	66

	Seite	Rn.
2. Grundrechtsfähigkeit der Gemeinde	96	71
a) Träger echter Grundrechte	96	71
b) Grundrechtsähnliche Inhalte des Selbstverwaltungsrechts	98	77
III. Die Zuordnung der Gemeinde zu Exekutive und Legislative	100	84
IV. Das Verhältnis der Gemeinde zu Bund und Land	101	85
1. Die Gemeinden als Teil der Länder	101	85
2. Pflicht des Staates zu gemeindefreundlichem und der Gemeinden zu staatsfreundlichem Verhalten	104	92

Teil 2: Gemeindeverfassungsrecht

Kapitel 3: Gemeindeverfassungstypen	108	1
--	------------	----------

Kapitel 4: Wahl, Rechtsstellung und Kompetenzen der Gemeindevertretung	113	1
---	------------	----------

I. Wahl	113	2
1. Grundsätze	113	2
2. Wahlberechtigung	115	8
3. Insbesondere das Wohnsitzkriterium	118	13
4. Wählbarkeit	120	23
5. Wahlverfahren	123	27
6. Wahlfehler	127	39
II. Rechtsstellung	136	60
III. Kompetenzen	139	68
1. Entscheidungskompetenzen	139	68
a) Allgemeine Entscheidungskompetenz	139	68
b) Unübertragbare Aufgaben	146	81
aa) Angelegenheiten, die den grundsätzlichen Rechtsstatus der Gemeinde betreffen	148	87
(1) Änderungen des Gemeindegebiets	148	87
(2) Die Verleihung und der Entzug von Ehrenbezeichnungen	148	89
(3) Benennung der Gemeinde, von Gemeindeteilen und Straßen, Gemeindefsymbole	149	90
bb) Grundsätzliche Regelungen bezüglich der gemeindlichen Organe, Bürgerentscheid und -begehren	150	91
(1) Geschäftsordnung der Gemeindevertretung	150	91

	Seite	Rn.
(2) Ausschluss und Ausscheiden aus der Gemeindevertretung	150	92
(3) Die aufgrund der Gesetze von der Gemeindevertretung vorzunehmenden Wahlen . .	150	93
(4) Übertragung von Aufgaben auf andere Organe oder Organteile	151	95
(5) Zustimmung zur Abgrenzung der Geschäftskreise der Beigeordneten	151	97
(6) Bürgerentscheid, Bürgerbegehren	151	98
(7) Ortsbezirke, Ortsräte	152	99
cc) Aufgabenwahrnehmung	152	100
(1) Allgemeine Grundsätze	152	100
(2) Satzungen, Rechtsverordnungen	153	104
(a) Satzungen	153	104
(b) Verordnungen	154	107
(3) Flächennutzungsplanung	154	107
(4) Raumordnungspläne	155	110
(5) Genehmigungsbedürftige Angelegenheiten	155	111
(6) Die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie die Beteiligung an ihnen	155	112
(7) Abgaben und Tarife	157	117
(8) Die Umwandlung der Rechtsform von öffentlichen Einrichtungen und von Unternehmen der Gemeinde und von solchen, an denen die Gemeinde beteiligt ist	159	120
(9) Vertreter der Gemeinde in Unternehmen und Vereinigungen	159	121
(10) Gemeindewaldungen	160	122
(11) Eigenbetriebe	160	123
(12) Stiftungen	161	127
(13) Die Übernahme freiwilliger Aufgaben	161	128
(14) Die Übertragung von Aufgaben auf außergemeindliche Aufgabenträger	161	129
(15) Mittel- und langfristige Planungen der Gemeinde	162	130
(16) Beitritt zu kommunalen Verbänden und Vereinigungen, partnerschaftliche Beziehungen . .	162	131
(17) Verträge mit Amts- und Mandatsträgern der Gemeinde sowie Ansprüche gegen sie	163	132
(18) Rechtsstreitigkeiten u.Ä.	164	134
dd) Unübertragbare Personalangelegenheiten	164	135
(1) Grundsätzliche Regelungen	164	135

	Seite	Rn.
(2) Tarifverträge	165	136
(3) Gemeindebedienstete	165	137
(4) Dienstvorgesetzter	167	143
(5) Oberste Dienstbehörde	168	144
ee) Haushaltswirtschaft	169	146
(1) Haushaltssatzung und Nachtragshaushalts- satzungen	169	146
(2) Finanzplan/Investitionsprogramm	169	148
(3) Über- und außerplanmäßige Ausgaben	171	152
(4) Die Feststellung der Jahresrechnung bzw. des Jahresabschlusses	172	156
(5) Entlastung	172	157
(6) Die Feststellung der Jahresabschlüsse von Sondervermögen	173	159
(7) Die Bestellung von Sicherheiten	173	160
(8) Verfügung über Gemeindevermögen	174	161
(9) Umwandlung von Gemeindegliedervermögen	175	164
ff) Prüfungswesen	175	165
2. Überwachungskompetenz	176	168
a) Auskunftsanspruch der Gemeindevertretung	178	173
aa) Anspruchsgrundlage und Geltendmachung	178	173
bb) Gegenstand des Auskunftsanspruchs	181	184
cc) Adressat	185	192
dd) Form der Auskunft	185	194
b) Akteneinsichtsrecht	186	195
c) Übersendung von Ergebnisniederschriften	192	209
d) Kein Recht zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen	192	210
e) Unterrichtungspflicht des Verwaltungsorgans	193	211
f) Unterrichtsrecht des Verwaltungsorgans	196	221
3. Einwirkungsbefugnisse	197	224
IV. Petitionsadressat	199	227
Kapitel 5: Der Gemeindevertreter	201	1
I. Die grundsätzliche Rechtsstellung der Gemeindevertreter	202	6
1. Begrifflichkeit	202	6
2. Gemeindevertreter und ehrenamtliche Tätigkeit	203	8
3. Gemeindevertreter im Strafrecht und Strafprozessrecht	205	10
4. Das Treueverhältnis zwischen Gemeindevertreter und Gemeinde	205	11
5. Inkompatibilität	207	15

	Seite	Rn.
II. Rechte der Gemeindevertreter	221	38
1. Das Recht zur Mandatsausübung	221	38
a) Grundsatz	221	38
b) Ausschluss wegen Interessenwiderstreits	222	41
aa) Norm und Normadressaten	222	41
bb) Möglichkeit eines unmittelbaren Vor- oder Nachteils	223	42
cc) Weitere Adressaten des Mitwirkungsverbots	228	56
dd) Ausnahmen vom Mitwirkungsverbot	230	57
ee) Reichweite des Mitwirkungsverbots	232	60
ff) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Mitwirkungsverbot	234	66
2. Das freie Mandat	238	74
3. Mandatssicherung	239	76
4. Anspruch des Gemeindevertreters auf Information und Akteneinsicht	242	81
5. Anspruch auf Entschädigung und Unfallschutz	248	91
a) Verdienstaussfallentschädigung und Nachteilsausgleich	248	91
b) Haushaltsentschädigung	253	107
c) Auslagenersatz	256	114
d) Aufwandsentschädigung und Entschädigung	258	122
e) Fahrtkostenerstattung	265	135
f) (Kinder)Betreuungskostenentschädigung	267	140
g) Unfallschutz	268	141
III. Pflichten der Gemeindevertreter	268	144
1. Allgemeine Mandatsausübungspflichten	268	144
2. Pflicht zur Amtsverschwiegenheit	270	147
3. Vertretungsverbot	278	164
4. Offenbarungspflicht	283	182
5. Abführungspflichten	284	184
6. Haftung von Gemeindevertretern bei Pflichtverletzungen	285	185
Kapitel 6: Vorsitz der Gemeindevertretung, Fraktionen und Ausschüsse	288	1
I. Vorsitz der Gemeindevertretung	289	4
1. Arten des Vorsitzes	289	4
2. Aufgaben des Vorsitzenden	290	7
a) Einberufung der Sitzung und Tagesordnung	290	8
b) Verhandlungsleitung, Handhabung der Ordnung, Ausübung des Hausrechts	298	19

	Seite	Rn.
c) Vertretungs- und Repräsentationsfragen	298	21
II. Fraktionen	299	22
1. Begriff und Rechtscharakter	299	22
2. Fraktionsbildung	301	27
3. Die Fraktionsmindeststärke	307	41
4. Rechte der Fraktion	309	46
a) Selbstorganisationsrecht	309	46
b) Mitwirkung im Plenum	310	47
c) Recht auf Einberufung der Gemeindevertretung und Aufnahme von Verhandlungsgegenständen in deren Tagesordnung sowie auf Auskunft des Verwaltungsorgans und Akteneinsicht	310	48
d) Besetzung der Ausschüsse	311	52
e) Recht zur Öffentlichkeitsarbeit	311	53
f) Finanzielle Zuwendungen	312	55
g) Rechtsschutz der Fraktion	316	61
5. Das Verhältnis zwischen der Fraktion und ihren Mitgliedern	317	62
a) Mitwirkungsrechte der Fraktionsmitglieder	317	62
b) Mitwirkungsrechte Dritter in der Fraktion	317	63
c) Fraktionszwang und Fraktionsdisziplin	319	68
d) Fraktionsausschluss	320	72
III. Ausschüsse	324	80
1. Ausschussarten	324	80
a) Beratende Ausschüsse	326	87
b) Beschließende Ausschüsse	328	90
aa) Aufgaben und Bildung	328	90
bb) Vorlage an die Gemeindevertretung	330	96
c) Hauptausschuss und Verwaltungsausschuss	332	101
2. Ausschussmitglieder	334	107
a) Zahl der Ausschussmitglieder	334	107
b) Gemeindevertreter und Externe als Ausschussmitglieder	336	110
3. Wahl bzw. Bestellung der Ausschussmitglieder	341	117
a) Bestimmung der Ausschussmitglieder, die der Gemeindevertretung angehören	341	117
b) Berufung externer Ausschussmitglieder	355	147
c) Folgen einer fehlerhaften Ausschussbesetzung	357	149
4. Auflösung von Ausschüssen	357	150
5. Das Verfahren im Ausschuss	357	151
IV. Beiräte und Kommissionen kraft Beschlusses der Gemeindevertretung	362	157

	Seite	Rn.
Kapitel 7: Das Verfahren der Gemeindevertretung	365	1
I. Rechtsgrundlagen	365	2
1. Einschlägige Rechtsquellen	365	2
2. Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung	366	3
a) Recht und Pflicht zum Erlass einer Geschäftsordnung	366	3
b) Rechtscharakter der Geschäftsordnungen und dessen Folgen	367	5
c) Inhalte von Geschäftsordnungen	374	16
II. Einberufung der Gemeindevertretung und Tagesordnung	378	28
III. Öffentlichkeit	391	56
IV. Verhandlungsleitung, Sitzungsordnung, Hausrecht	410	92
1. Verhandlungsleitung und Handhabung der Ordnung	410	92
a) Bedeutung	410	92
aa) Verhandlungsleitung	410	92
bb) Handhabung der Ordnung	411	96
b) Ordnungsmittel	412	97
aa) In der Ordnungsgewalt ohne Weiteres enthaltene Ordnungsmittel	412	97
bb) Durch Gesetz oder Satzung zugelassene Ordnungsmittel	414	100
(1) Erforderlichkeit einer gesetzlichen oder satzungsmäßigen Ermächtigung	414	100
(2) Geldbußen	415	103
(3) Entzug der Sitzungsentschädigung	415	104
(4) Sitzungsausschluss	415	105
(5) Ordnungsruf	425	127
cc) Rechtsschutz	426	129
(1) Auf Anwendung von Ordnungsmitteln gerichteter Rechtsschutz	426	129
(2) Rechtsschutz gegen Ordnungsmittel	427	130
2. Hausrecht	428	136
V. Beratungs- und Beschlussfähigkeit	430	139
VI. Abstimmungen, Beschlüsse und Wahlen	440	153
1. Begriffe	440	153
2. Beschlüsse	441	156
a) Grundsatz der offenen Abstimmung	441	156
b) Mehrheiten	447	165
3. Wahlen	451	174
a) Begriff und Bedeutung	451	174

	Seite	Rn.
b) Geheime Abstimmung	456	183
c) Mehrheiten	459	190
d) Sondervorschriften für Gremienwahlen	465	202
VII. Niederschrift	466	205
VIII. Folgen einer Rechtswidrigkeit von Beschlüssen und Wahlen	475	220
1. Folgen einer Rechtswidrigkeit von Beschlüssen	475	220
2. Folgen einer Rechtswidrigkeit von Wahlen	480	231
IX. Innen- und Außenwirkung von Beschlüssen und Wahlen	483	239
1. Beschlüsse	483	239
a) Beschlüsse mit ausschließlich gemeindeinterner Wirkung	483	240
b) Beschlüsse mit zunächst gemeindeinterner Wirkung, die erst durch einen Umsetzungsakt Außenrechtswirkung erlangen	484	241
c) Beschlüsse mit unmittelbarer Außenwirkung	486	245
2. Wahlen	487	251
a) Wahlen mit ausschließlich gemeindeinterner Wirkung	487	251
b) Wahlen mit unmittelbarer Außenrechtswirkung	487	252
X. Abänderung von Beschlüssen und Wahlen	489	256
1. Abänderung von Beschlüssen	489	256
2. Abänderung von Wahlentscheidungen	490	259
Kapitel 8: Das Verwaltungsorgan	491	1
I. Form und Bezeichnung des Verwaltungsorgans	491	2
II. Rechtsstatus und Bestellung	494	7
1. Der Bürgermeister bzw. erste Bürgermeister	494	7
a) Rechtsstellung	494	7
b) Wahl	496	10
c) Wahlfehler	501	19
d) Abwahl und Ruhestand auf Antrag	504	31
2. Beigeordnete, weitere Bürgermeister, Stadträte und berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder	510	38
a) Bestellung und Rechtsstatus	510	38
b) Vertretung des Bürgermeisters	511	41
c) Übertragung von Aufgabenbereichen	514	43
d) Weisungsgebundenheit	516	45
e) Wahl	517	46
f) Abwahl	518	49

	Seite	Rn.
3. Kollegialorgane und besondere Kooperationsformen	523	57
a) Gemeindevorstand bzw. Magistrat in Hessen	523	57
b) Verwaltungsausschuss in Niedersachsen	525	60
c) Stadtvorstand in Rheinland-Pfalz und Verwaltungsvorstand in Nordrhein-Westfalen	525	63
4. Inkompatibilitäten	526	65
III. Zuständigkeiten	529	79
1. Leitung der Gemeindeverwaltung	530	81
2. Laufende Verwaltung	535	90
3. Weisungsaufgaben und Auftragsangelegenheiten	542	111
4. Angelegenheiten, die dem Verwaltungsorgan von der Gemeindevertretung oder einem Ausschuss übertragen sind	544	115
5. Sonstige Aufgaben, die dem Verwaltungsorgan durch Gesetz oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften übertragen sind	544	116
6. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung	546	121
7. Eilentscheidungen	547	126
8. Widerspruch und Beanstandung	551	132
9. Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung und damit zusammenhängende Rechte und Pflichten	562	155
IV. Insbesondere: Die Außenvertretung	562	158
1. Die Außenvertretung im Grundsatz	562	158
2. Die Repräsentation der Gemeinde	564	162
3. Das Verhältnis von Außenvertretungs- und interner Willensbildungskompetenz	565	165
4. Die Vertretung bei Verpflichtungserklärungen	570	175
a) Die einschlägigen Regelungen	570	175
b) Der Rechtscharakter der Regelung gemeindlicher Verpflichtungserklärungen	575	189
c) Die Folgen einer Verletzung der Vorschriften über gemeindliche Verpflichtungserklärungen	576	191
aa) Ausdrückliche gesetzliche Regelungen	576	191
bb) Fehlende Gesamtvertretung	576	194
(1) (Schwebende) Unwirksamkeit der Verpflichtungserklärung	576	194
(2) Genehmigung	577	196
cc) Nichtigkeit bei Verstößen gegen Formvorschriften	581	206
dd) Treu und Glauben	584	212

	Seite	Rn.
(1) Keine Anwendung gegenüber fehlender Gesamtvertretung	584	212
(2) Treu und Glauben bei Formnichtigkeit	585	213
d) Haftung	586	215
aa) Haftung der Gemeinde	586	215
(1) Haftungsbegründendes Handeln anderer Personen als Voraussetzung	586	215
(2) Verschulden beim Vertragsschluss (c.i.c)	586	216
(3) Unerlaubte Handlungen (§§ 823ff. BGB)	587	222
(4) Amtshaftung	588	224
bb) Eigenhaftung des Handelnden	589	226
(1) Vertretung ohne Vertretungsmacht	589	226
(2) Unerlaubte Handlungen	589	229
(3) Amtspflichtverletzung	589	230
(4) Keine Eigenhaftung bei Handlungen als Erfüllungsgehilfe und Amtspflichtverletzung in Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben	590	233

**Kapitel 9: Besondere Formen der Bürgerbeteiligung an
der kommunalen Willensbildung**

I. Beteiligungsmöglichkeiten zugunsten spezifischer Belange	591	1
1. Ortsbezirksverfassung	592	2
2. Ausländerbeiräte	592	3
3. Weitere gruppenspezifische Beteiligungsmöglichkeiten	598	15
3. Weitere gruppenspezifische Beteiligungsmöglichkeiten	599	17
II. Rechtlich nicht verbindliche allgemeine Beteiligungsmöglichkeiten	600	19
1. Unterrichtung der Einwohner	601	20
2. Einwohner- und Bürgerversammlungen	602	21
3. Einwohnerbefragung	603	22
III. Einwohner- und Bürgerantrag	605	26
IV. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	607	27
1. Bedeutung	607	27
2. Das Bürgerbegehren	610	34
a) Formelle Voraussetzungen	610	34
aa) Schriftlichkeit	610	34
bb) Begründung	611	36
cc) Kostendeckungsvorschlag	612	38
dd) Vertretungspersonen	613	43
ee) Befristung kassatorischer Bürgerbegehren	617	52
ff) Sperrwirkung früherer Bürgerentscheide	620	62
gg) Unterschriftenquorum	621	63
b) Materielle Voraussetzungen	622	67

	Seite	Rn.
aa) Fragestellung	623	69
bb) Nur Entscheidungen, nicht Empfehlungen . . .	625	77
cc) Entscheidungen in der Zuständigkeit der Gemeinde und der Gemeindevertretung	626	79
dd) Beschränkung auf wichtige Angelegenheiten; Positivlisten	629	82
ee) Negativkataloge	630	83
(1) Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung	630	85
(2) Rechtsverhältnisse der Gemeindevertreter, der Bürgermeister und der Gemeindebediensteten . .	632	88
(3) Die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte . . .	633	89
(4) Feststellung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe	635	94
(5) Bauleitplanung	635	95
(6) Entscheidungen in Planfeststellungsverfahren und ähnlichen Verfahren	637	98
(7) Entscheidungen in Rechtsbehelfs- und Rechts- mittelverfahren und über Rechtsstreitigkeiten . .	637	100
(8) Angelegenheiten, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen	639	104
(9) Angelegenheiten, die gegen die guten Sitten verstoßen	641	113
(10) Auftragsangelegenheiten und Weisungsaufgaben, teilweise Unzulässigkeit	642	114
c) Vorbereitung des Bürgerbegehrens	642	115
d) Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens	643	119
3. Der Bürgerentscheid	647	128
a) Besondere Voraussetzungen eines „Ratsbürgerentscheids“	647	128
b) Vorbereitung des Bürgerentscheids	648	129
c) Durchführung des Bürgerentscheids	650	133
d) Rechtswirkungen eines positiven Bürgerentscheids	651	135
4. Rechtsschutz	655	142
a) Rechtsschutz bei Ablehnung eines Bürgerbegehrens	655	142
aa) Subjektive Rechte	655	143
(1) Das Bürgerbegehren, die Vertretungspersonen oder die Bürger als „Quasi-Organ“	655	143

	Seite	Rn.
(2) Die Gesamtheit der Unterzeichner	657	147
(3) Die einzelnen Unterzeichner	658	148
(4) Vertreter des Bürgerbegehrens	658	149
bb) Statthafte Rechtsschutzformen	660	153
(1) Kommunalverfassungsstreit	660	154
(2) Verpflichtungsklage	660	155
(3) Feststellungsklage	661	157
(4) Einstweiliger Rechtsschutz	661	158
b) Rechtsschutz gegen Zulassung eines Bürgerbegehrens	663	160
c) Sicherung eines Bürgerbegehrens	663	161
aa) Durchsetzung einer gesetzlich vorgegebenen Sperrwirkung	663	162
bb) Sonstige Sicherungsmöglichkeiten	664	163
d) Klage auf Durchführung des Bürgerentscheids	667	173
e) Klage auf Einhaltung von Verfahrensvorschriften	668	174
aa) Subjektive Rechte	668	174
bb) Statthafte Rechtsschutzform	669	179
f) Klage gegen einen Bürgerentscheid	669	180
g) Klage auf Vollzug und Beachtung des Bürgerentscheids	671	184
V. Weitere Beteiligungsmöglichkeiten	671	187
Kapitel 10: Der Kommunalverfassungsstreit	673	1
I. Die grundsätzliche Zulässigkeit des Kommunalverfassungsstreits und seine Abgrenzung von anderen Streitigkeiten	673	2
II. Die einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen einer Klage	678	13
1. Verwaltungsrechtsweg	678	13
2. Beteiligungsfähigkeit	679	16
a) § 61 Nr. 2 VwGO als maßgebliche Rechtsnorm	679	16
b) Organschaftliche Rechte	680	22
c) Rechtsfortbildung in Anknüpfung an § 61 Nr. 2 VwGO	688	36
d) Abstrakte oder konkrete Rechtssubjektivität	688	37
3. Prozessfähigkeit	690	39
4. Prozessführungsbefugnis	690	40
5. Klageart	691	41
a) Notwendigkeit der Rechtsfortbildung	691	41
b) Kassatorische Gestaltungsklage	693	47
c) Allgemeine Leistungsklage und Feststellungsklage	694	49
d) Fortsetzungsfeststellungsklage, Normenkontrollklage	698	57

	Seite	Rn.
6. Klagebefugnis	700	60
7. Besonderheiten der Feststellungsklage	703	68
a) Feststellungsinteresse	703	68
b) Subsidiarität der Feststellungsklage	703	70
8. Klagefrist	704	72
9. Rechtsschutzbedürfnis	705	74
III. Vorläufiger Rechtsschutz	706	77
IV. Kosten	707	78

Teil 3: Gemeindliche Aufgaben und Befugnisse

Kapitel 11: Selbstverwaltungsaufgaben, Auftragsangelegenheiten, Weisungsaufgaben, Aufgabenprivatisierung

	712	1
I. Die unterschiedlichen Aufgabenmodelle	712	2
II. Selbstverwaltungsaufgaben	714	6
1. Selbstverwaltungsaufgaben im Allgemeinen	714	6
2. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	714	8
3. Pflichtaufgaben	718	19
III. Auftragsangelegenheiten	721	25
1. Bedeutung	721	25
2. Anwendungsbereich	724	33
3. Rechtsschutz der Gemeinden gegen rechtswidrige staatliche Weisungen in Auftragsangelegenheiten	725	37
4. Voraussetzungen für die Schaffung von Auftragsangelegenheiten	729	42
IV. Weisungsaufgaben	730	45
1. Bedeutung	730	45
2. Folgerungen	737	35
a) Widerspruchsbehörde	737	55
b) Rechtsschutz der Gemeinden gegen rechtswidrige staatliche Weisungen in Weisungsaufgaben.	738	56
3. Voraussetzungen für die Schaffung von Weisungsaufgaben	739	59
4. Auftragsangelegenheiten in Bundesländern mit Weisungsaufgaben	741	64
V. Privatisierung gemeindlicher Aufgaben	744	73
1. Sinn und Formen gemeindlicher Aufgabenprivatisierung	744	73
2. Materielle Privatisierung	745	77
3. Funktionale Privatisierung	746	78

	Seite	Rn.
4. Formelle Privatisierung	748	86
5. Privatisierungsfolgen	750	90
6. Einwohnerelbsthilfe	752	94
Kapitel 12: Das Satzungsrecht der Gemeinde	753	1
I. Satzungsautonomie	753	2
1. Grundlagen der gemeindlichen Satzungsautonomie	753	2
2. Grenzen der gemeindlichen Satzungsautonomie	756	7
a) Vorrang des Gesetzes	756	7
b) Vorrang der Verfassung	757	11
c) Vorrang des europäischen Unionsrechts	758	14
d) Vorbehalt des Gesetzes	759	15
3. Arten von Satzungen	762	20
a) Gegenstände gemeindlicher Satzungen	762	20
b) Pflichtsatzungen und bedingt pflichtige Satzungen	762	24
II. Rechtswirksamkeit der Satzung	765	28
1. Nichtigkeit als grundsätzliche Rechtswidrigkeitsfolge	765	28
2. Formelle Rechtmäßigkeit	766	33
a) Verfahrensfehler	766	33
aa) Zuständigkeit	766	33
bb) Ausfertigung	767	35
cc) Öffentliche Bekanntmachung	772	49
dd) Sonstige Voraussetzungen	775	58
b) Unbeachtlichkeit von Verfahrensfehlern	779	65
3. Materielle Rechtmäßigkeit	784	75
III. Rückwirkendes Inkraftsetzen einer Satzung	786	85
IV. Rechtsschutz gegen Satzungen	789	90
1. Verwaltungsgerichtliche Verfahrensarten	789	91
a) Inzidente Kontrolle der Satzung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	789	91
b) Abstrakte Normenkontrolle (§ 47 VwGO)	790	93
2. Verfassungsbeschwerde	792	97
Kapitel 13: Die gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen	793	1
I. Bedeutung	793	2
1. „Einrichtung“	794	3
2. „Öffentlichkeit“ der Einrichtung	795	5
3. Die Widmung	798	13
4. Unerheblichkeit anderer Kriterien	801	18

	Seite	Rn.
5. Öffentlichrechtliche und privatrechtliche Organisationsform	803	21
a) Öffentlichrechtliche Organisationsform	803	22
b) Privatrechtliche Organisationsform	804	24
6. Beispiele gemeindlicher öffentlicher Einrichtungen	807	30
II. Die Aufgabe der Gemeinde zur Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen	808	31
III. Der Anspruch auf Benutzung gemeindlicher öffentlicher Einrichtungen	812	42
1. Der Inhalt des Benutzungsanspruchs	812	42
a) Benutzungsanspruch und Widmung sowie spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen	812	42
b) Der Rechtscharakter des gemeinderechtlichen Benutzungsanspruchs	821	57
2. „Bestehende Vorschriften“ als Schranken des Benutzungsanspruchs	825	64
a) Orientierung am Einrichtungszweck	825	64
b) Die Widmung als Schranke des Benutzungsanspruchs	827	70
c) Konkretisierung der Art der zulässigen Benutzung	829	77
d) Konkretisierung der Benutzungsvoraussetzungen	829	78
e) Inhaltliche Schranken von Benutzungsregelungen	833	89
aa) Übermaßverbot	833	89
bb) Weitere rechtliche Vorgaben	834	96
f) Rechtsform von Benutzungsregelungen	835	97
IV. Haftung der Gemeinde	839	106
1. Privatrechtliches Benutzungsverhältnis	839	106
2. Öffentlichrechtliches Benutzungsverhältnis	841	111
V. Entgelte für gemeindliche öffentliche Einrichtungen	843	117
1. Überblick	843	117
2. Benutzungsgebühren	844	120
VI. Anschluss- und Benutzungszwang	846	125
1. Bedeutung	846	125
2. Öffentliches Bedürfnis	850	133
3. Anschluss- und Benutzungszwang und Grundrechte sowie Grundfreiheiten	854	139
a) Eigentumsgarantie	854	139
b) Sonstige Grundrechte	854	140
c) Grundfreiheiten	855	143
4. Einschränkungen des Anschluss- bzw. Benutzungszwangs	856	144
5. Mittelbare rechtliche Auswirkungen eines Anschluss- und Benutzungszwangs	859	151

	Seite	Rn.
a) Zulässigkeit privatrechtlicher Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses	859	151
b) Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs	859	152
Kapitel 14: Gemeindliche Wirtschaftstätigkeit	861	1
I. Gegenstände gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit	864	9
1. Gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen und gemeindliche wirtschaftliche Betätigung	864	9
2. Gesetzliche Ausschlüsse	870	27
a) Die gesetzliche Fiktion	870	27
b) Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen	875	39
c) Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Einrichtungen von allgemeinem öffentlichen Interesse)	876	40
d) Gemeindliche Hilfsbetriebe	881	57
3. Annex Tätigkeiten	881	58
II. Zulässigkeit	884	65
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	884	65
a) Bedeutung	884	65
b) Öffentlicher Zweck	888	71
aa) Grundsätzliches	888	71
bb) Sachbezug des öffentlichen Zwecks	889	75
cc) Gebietsbezug des öffentlichen Zwecks	895	92
c) Angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf	903	105
d) Subsidiarität	903	108
e) Markterkundungsverfahren	908	116
2. Verbote wirtschaftlicher Betätigung	910	119
a) Verbot von Bankgeschäften, Sonderregelung für Sparkassen	910	119
b) Verbot wesentlicher Schädigung privater Betriebe	912	122
3. Konkurrentenschutz	913	124
a) Gemeinderechtlicher Unterlassungsanspruch	913	124
b) Grundrechte	918	133
c) Unerlaubte Handlung	921	138
d) Wettbewerbsrecht	923	141
III. Wirtschaftsgrundsätze	926	154
1. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	926	154
2. Gewinnerzielung	928	158
3. Verbot des Missbrauchs von Monopolstellungen	929	160
a) Kommunalrechtliches Verbot des Monopolmissbrauchs	929	160

	Seite	Rn.
b) Allgemeine Verbote des Monopolmissbrauchs	930	164
IV. Organisation	931	167
1. Regiebetrieb	931	167
2. Eigenbetrieb	932	168
3. Kommunalunternehmen/Kommunale Anstalten	934	172
4. Gesellschaften des Privatrechts	938	177
a) Grundlagen	938	177
aa) Möglichkeiten	938	177
bb) Rechtliche Folgen	940	180
b) Voraussetzungen	942	184
aa) Das geregelte Verhalten	942	184
bb) Haftungsbegrenzung	945	190
cc) Erfüllung der für wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde allgemein geltenden Zulässigkeitsvoraussetzungen	947	194
dd) Sicherung des gemeindlichen Einflusses	947	197
ee) Gewährleistung von Information und Prüfung als Zulässigkeitsvoraussetzung	949	201
ff) Subsidiarität privatrechtlicher Rechtsform	950	204
gg) Erstreckung auf mittelbare Beteiligungen	952	210
hh) Erstreckung auf nichtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	953	214
c) Gemeindliche Pflichten im Hinblick auf Beteiligungsgesellschaften	959	226
aa) Gewährleistung von Information und Prüfung	959	226
bb) Sinngemäße Anwendung von Eigenbetriebsvorschriften	960	231
cc) Anwendung der Wirtschaftsgrundsätze	961	232
d) Vertretung der Gemeinde in Organen von Gesellschaften und Entsendung von Mitgliedern solcher Organe	962	235
aa) Vertretung der Gemeinde in Gesellschafter- versammlungen	962	235
bb) Entsendung von Mitgliedern sonstiger Gesellschaftsorgane	967	248
V. Veräußerung	972	258
VI. Energieversorgungs- und Konzessionsverträge	973	263
VII. Anzeige- und Genehmigungspflichten	974	264
VIII. Beihilfenrecht	974	266
IX. Vergaberecht	980	276
1. Grundsätzliches	980	276

	Seite	Rn.
2. Überblick über die Vergabevorschriften im GWB . . .	983	283
3. Eigengeschäfte	990	292
4. In-house-Geschäfte	991	294
5. Das Vergabeverfahren	996	304
6. Das Nachprüfungsverfahren	996	305

Teil 4: Gemeindefinanzierung und Gemeindehaushalt

Kapitel 15: Die Finanzierung der Gemeinden	1000	1
I. Überblick über die Einnahmen der Gemeinden	1001	5
1. Abgaben	1001	6
a) Steuern	1002	7
b) Vorzugslasten	1003	11
aa) Gebühren	1004	12
bb) Beiträge	1004	13
c) Sonderabgaben	1004	14
2. Finanzzuweisungen	1005	15
3. Sonstige	1006	18
II. Einnahmen aus Steuern	1007	21
1. Ertragshoheiten nach der Finanzverfassung	1007	21
2. Kompetenzen zur Steuernormsetzung	1008	24
a) Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern	1008	24
b) Kommunale Steuernormsetzungskompetenz	1009	25
aa) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	1009	25
bb) Originäres kommunales Steuerfindungsrecht	1019	39
cc) Anforderungen an die Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage	1020	42
dd) Verfassungsrechtlicher Anspruch auf Kompetenzübertragung?	1021	45
ee) Staatliche Genehmigung von Steuersatzungen	1024	48
c) Festsetzung von Hebesätzen	1027	54
3. Grenzen der Steuererhebung	1028	58
a) Zulässigkeit von Lenkungssteuern	1028	59
b) Subsidiarität der Steuer	1031	64
c) Sonstige Grenzen	1037	74
III. Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen	1038	78
1. Rechtsgrundlagen	1038	78
a) Verfassungsrechtliche Gewährleistung	1038	78
b) Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	1039	80

	Seite	Rn.
c) Anforderungen an die Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage	1039	82
d) Erfordernis einer Satzung	1040	83
2. Gebühren	1041	84
a) Verfassungsrechtlicher Rahmen	1041	84
b) Benutzungsgebühren	1045	94
aa) Recht und Pflicht zur Erhebung von Benutzungsgebühren	1045	94
bb) Kostendeckungsgebot	1048	102
(1) Kostenüberschreitungsverbot	1048	103
(2) Verbot der Kostenunterschreitung	1051	109
(3) Berechnung der Kosten	1054	118
cc) Bemessung der Gebühr	1059	124
(1) Grundsatz	1059	124
(2) Differenzierungsmöglichkeiten	1063	130
c) Verwaltungsgebühren	1067	140
aa) Tatbestand	1068	142
bb) Kostendeckungsgebot	1070	147
cc) Bemessung	1072	153
3. Beiträge	1073	159
IV. Einnahmen aus Sonderabgaben	1080	173
V. Staatliche Gewährleistung der gemeindlichen Finanzausstattung	1082	183
1. Anspruch auf angemessene Finanzausstattung	1082	183
a) Rechtsgrundlagen	1082	183
b) Finanzielle Mindestausstattung	1085	189
c) Angemessene Finanzausstattung	1091	201
2. Kommunalen Finanzausgleich	1098	209
a) Notwendigkeit eines kommunalen Finanzausgleichs	1098	209
b) Bemessungskriterien	1099	213
c) Das Verhältnis von allgemeinen und besonderen Finanzzuweisungen	1102	218
d) Rechtsanspruch	1103	221
3. Konnexitätsprinzip	1104	222
a) Das landesverfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip	1104	222
b) Tatbestand der Konnexitätsvorschriften	1105	226
aa) Zuweisung/Übertragung einer Aufgabe	1105	226
bb) Aufgabenarten	1111	236
cc) Normgebung des Landes	1112	238
dd) Finanzielle Mehrbelastung	1113	241
ee) Prozedurale Absicherungen	1115	245
c) Rechtsfolge der Ausgleichsnormen	1117	251
aa) Umfang der Ausgleichspflicht	1117	252

	Seite	Rn.
bb) Art und Weise des Ausgleichs	1120	258
cc) Zeitpunkt des Ausgleichs	1121	261
d) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Konnexitätsprinzip	1122	264
Kapitel 16: Gemeindehaushaltsrecht	1128	1
I. Begriff, Funktion und Grundlagen des Gemeindehaushaltsrechts	1128	2
II. Neues Haushaltsrecht – von der Kameralistik zur Doppik	1130	19
III. Haushaltssatzung und Haushaltsplan	1134	30
1. Die Haushaltssatzung	1134	30
a) Inhalt und rechtliche Bedeutung	1134	30
b) Aufstellungsverfahren	1136	35
2. Der Haushaltsplan	1138	42
a) Definition	1138	42
b) Der Haushaltsplan bei kameralistischem Rechnungswesen	1139	43
c) Der Haushaltsplan bei doppelter Buchführung	1139	46
3. Nachtrags- und Nothaushalt	1140	47
a) Nachtragshaushalt	1140	47
b) Vorläufige Haushaltsführung (Nothaushalt)	1141	49
IV. Haushaltsgrundsätze	1142	51
1. Aufgabensicherung	1142	52
2. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	1143	53
3. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	1147	65
4. Gesamtdeckung (Non-Affektationsprinzip)	1148	66
5. Öffentlichkeit	1148	68
6. Vollständigkeit	1149	69
7. Haushaltseinheit	1149	70
8. Bruttoprinzip	1150	71
9. Einzelveranschlagung, sachliche Bindung	1150	72
10. Zeitbezogene Prinzipien	1151	74
11. Kassenwirksamkeit	1152	75
12. Haushaltsausgleich	1152	76
V. Weitere wesentliche Elemente des Gemeindehaushaltsrechts	1155	82
1. Haushaltsvollzug	1155	82
2. Finanzplanung	1157	89
3. Kredite	1158	92
4. Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Vermögen	1161	101

	Seite	Rn.
5. Gewährung von Zuwendungen und Sicherheiten		
zugunsten Dritter	1166	114
6. Finanzkontrolle	1167	116
a) Rechnungslegung	1167	116
b) Rechnungsprüfung und Entlastung	1169	120
7. Insolvenz	1173	131

Teil 5: Die Aufsicht über die Gemeinden

Kapitel 17: Kommunalaufsicht, Fachaufsicht, Sonderaufsicht

	1176	1
I. Aufsicht als Kontrolle und Schutz	1177	2
1. Arten kontrollierender staatlicher Aufsicht über die Kommunen	1177	2
2. Aufsicht als Schutz der Kommunen	1178	6
II. Kommunalaufsicht als Rechtsaufsicht	1181	17
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1181	17
2. Gegenstand der Rechtsaufsicht	1184	20
3. Öffentliches Recht und Privatrecht	1185	24
4. Öffentliches Interesse	1187	30
5. Modalitäten der Kommunalaufsicht	1189	33
a) Maßgebliche Grundsätze	1189	33
aa) Verhältnismäßigkeit	1189	33
bb) Gemeindefreundlichkeit	1190	34
b) Unbestimmte Rechtsbegriffe	1191	40
c) Ermessen	1193	42
III. Kommunalaufsichtsbehörden	1195	44
1. Organisationsgefüge	1195	44
2. Verhältnis der Aufsichtsbehörden zueinander	1197	49
IV. Mittel der Kommunalaufsicht	1200	62
1. Das Spektrum zulässiger Aufsichtsmittel und die Auswahl unter ihnen	1200	62
2. Unterrichtsrecht	1202	67
a) Gegenstand	1202	67
b) Form	1203	70
3. Beanstandung und damit zusammenhängende kommunalaufsichtliche Maßnahmen	1204	75
a) Bedeutung	1204	75
b) Aufschiebende Wirkung der Beanstandung	1211	90
c) Aufhebung beanstandeter Maßnahmen	1212	92
d) Rückgängigmachung von Folgemaßnahmen	1212	93

	Seite	Rn.
e) Die Grenze des rechtlich Möglichen	1214	97
f) Rechtscharakter, Form und Adressat	1214	99
4. Anordnungsrecht	1216	102
5. Ersatzvornahme	1219	107
a) Gegenstand der Ersatzvornahme	1219	107
b) Rechtliche Wirkungen der im Wege der Ersatzvornahme getroffenen Maßnahme	1222	113
c) Doppelnatur der Ersatzvornahme	1225	117
d) Verhältnis von aufsichtsbehördlicher Anordnung und Ersatzvornahme	1226	121
e) Verfahren	1228	124
f) Kosten der Ersatzvornahme	1230	129
6. Bestellung eines Beauftragten	1231	131
a) Voraussetzungen	1231	131
b) Die Bestellung	1234	137
aa) Zuständigkeit	1234	137
bb) Auswahl der zu bestellenden Person	1234	138
cc) Ausmaß der Beauftragung	1235	139
dd) Rechtsstellung des Beauftragten	1236	141
ee) Rechtscharakter und Form der Bestellung eines Beauftragten	1237	142
7. Auflösung der Gemeindevertretung, Ablösung des Hauptverwaltungsbeamten	1237	143
a) Auflösung der Gemeindevertretung	1237	143
aa) Voraussetzungen	1238	144
bb) Zuständigkeiten	1240	150
cc) Rechtscharakter der Auflösung/Verfahren	1241	151
dd) Rechtsfolgen	1241	152
b) Ablösung des Bürgermeisters	1241	153
8. Genehmigung	1242	154
a) Genehmigungsbedürftigkeit	1242	154
b) Zuständigkeit	1245	156
c) Folgen der Genehmigungsbedürftigkeit	1245	157
aa) Schwebende Unwirksamkeit bis zur Genehmigungsentscheidung	1245	157
bb) Wirksamwerden der Genehmigung	1247	161
d) Genehmigungsvoraussetzungen	1250	167
aa) Rechtmäßigkeit der genehmigungsbedürftigen Maßnahme	1250	167
bb) Kondominiale Genehmigungen	1250	168
e) Rechtscharakter und Form der Genehmigung	1252	172
aa) Rechtscharakter	1252	172
bb) Form	1253	174

	Seite	Rn.
(1) Schriftform	1253	174
(2) Genehmigungsfiktion	1253	175
f) Freistellung von der Genehmigungspflicht, Anzeigepflicht	1254	177
9. Zulassung von Ausnahmen	1255	179
10. Zwangsvollstreckung und Insolvenz	1256	180
a) Zwangsvollstreckung	1256	181
b) Insolvenz	1258	186
V. Fachaufsicht	1259	187
1. Bedeutung der Fachaufsicht	1259	187
2. Zuständigkeit für die Fachaufsicht	1259	189
3. Grenzen der Fachaufsicht	1260	192
4. Durchsetzung fachaufsichtlicher Weisungen durch kommunalaufsichtliche Maßnahmen	1262	197
VI. Sonderaufsicht	1264	202
VII. Rechtsschutz	1266	207
1. Regelungen in den Gemeindeordnungen	1266	207
a) Regelungsverzicht	1266	207
b) Regelung des Widerspruchsverfahrens	1266	208
c) Regelung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1268	213
2. Widerspruch und Anfechtungsklage	1269	215
3. Verpflichtungsklage	1270	219

Teil 6: Die Kreise

Kapitel 18: Die Kreise	1272	1
I. Verfassungsrechtliche Gewährleistung der Kreise und ihrer Selbstverwaltung	1273	2
1. Die grundsätzliche Rechtslage	1273	2
2. Kreisgebietsreformen	1279	16
II. Die Kreisverfassungen	1281	18
1. Die Kreistage	1281	18
2. Bürger- und Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	1283	22
3. Das Verwaltungsorgan	1284	23
a) Der Landrat	1284	23
aa) Der Landrat als Hauptverwaltungsbeamter des Kreises	1284	23
bb) Der Landrat als Leiter der staatlichen Verwaltung im Kreis	1285	30

	Seite	Rn.
b) Beigeordnete	1290	43
c) Der Kreisausschuss	1293	50
III. Aufgaben der Kreise	1295	57
1. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	1297	59
a) Übergemeindliche Aufgaben	1298	61
b) Ergänzungsaufgaben	1302	70
c) Ausgleichsaufgaben	1308	84
d) Kompetenz-Kompetenz und Übernahmekompetenz der Kreise	1311	89
2. Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben	1312	94
3. Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung und Auftragsangelegenheiten	1313	95
IV. Finanzierung der Kreise und Kreishaushaltsrecht	1314	97
1. Die Finanzierung der Kreise	1314	97
a) Überblick	1314	97
b) Die Kreisumlage im Besonderen	1316	101
2. Kreishaushaltsrecht	1324	115
V. Die Aufsicht über die Kreise	1325	116

Teil 7: Interkommunale Zusammenarbeit

Kapitel 19: Interkommunale Zusammenarbeit	1328	1
I. Gründe und Grundlagen interkommunaler Zusammenarbeit	1328	2
II. Verfassungsrechtliche Maßgaben	1330	17
III. Unionsrechtliche Anforderungen	1334	23
IV. Formen interkommunaler Zusammenarbeit	1336	25
1. Allgemeine Kategorien	1336	25
2. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft	1340	33
3. Der Zweckverband	1342	39
a) Rechtscharakter	1342	39
b) Gründung des Zweckverbandes	1344	45
c) Organe des Zweckverbandes	1348	51
d) Aufgaben	1352	58
e) Finanzierung	1354	61
f) Aufsicht	1355	63
g) Ausscheiden einzelner Verbandsmitglieder und Auflösung des Zweckverbandes	1356	64
4. Die gemeinsame kommunale Anstalt	1359	68

	Seite	Rn.
5. Die öffentlichrechtliche Vereinbarung/		
Zweckvereinbarung	1360	69
a) Rechtscharakter	1360	69
b) Abschluss einer öffentlichrechtlichen Vereinbarung .	1361	70
c) Inhalt	1363	73
d) Vergaberecht	1367	81
e) Die Verwaltungsgemeinschaft in Mecklenburg- Vorpommern, Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern sowie die Mitverwaltung in Brandenburg	1367	82
6. Gesamtgemeinden	1368	84
a) Grundlagen	1368	84
b) Die Samtgemeinde in Niedersachsen	1372	91
c) Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Brandenburg	1374	97
d) Gemeindeverwaltungsverband und vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft in Baden-Württemberg . .	1376	100
e) Verwaltungsverband und Verwaltungsgemeinschaft in Sachsen	1378	103
f) Die Verwaltungsgemeinschaft in Bayern und Thüringen	1379	107
g) Ämter in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein	1382	118
h) Gemeindeverwaltungsverband und Verwaltungsgemeinschaft in Hessen	1385	125
7. Höhere Kommunalverbände	1386	128
8. Stadt-Umland-Verbände	1389	133
9. Kommunale Spitzenverbände	1391	136
 Sachregister	 1395	

Abkürzungsverzeichnis*

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i.d.F.v. 9.5.2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47), zuletzt geändert durch Art. 2 Änd-Beschl. 2012/419/EU v. 11.7.2012 (ABl. Nr. L 204 S. 131)
BayAbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) i.d.F.v. 6.3.1996 (BayGVBl. S. 82), zuletzt geändert durch § 2 Gesetz v. 24.4.2017 (BayGVBl. S. 81)
BayAGVwGO	(bayerisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) i.d.F.v. 20.6.1992 (BayGVBl. S. 162), zuletzt geändert durch § 10b Abs. 4 Gesetz v. 23.6.2015 (BayGVBl. S. 178)
BayBekanntmVO	(bayerische) Verordnung über die amtliche Bekanntmachung gemeindlicher Satzungen und von Rechtsvorschriften der Verwaltungsgemeinschaften (Bekanntmachungsverordnung – BekV) v. 19.1.1983 (BayGVBl. S. 14)
BayBezO	Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (Bezirksordnung – BezO) i.d.F.v. 22.8.1998 (BayGVBl. S. 850), zuletzt geändert durch § 4 Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 145)
BayBezWG	(bayerisches) Gesetz über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) i.d.F.v. 12.2.2003 (BayGVBl. S. 144), zuletzt geändert durch § 1a Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 145)
BayEigBVO	(bayerische) Eigenbetriebsverordnung (EBV) v. 29.5.1987 (BayGVBl. S. 195), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 54 Verordnung v. 22.7.2014 (BayGVBl. S. 286)
BayFAG	Bayerisches Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Bayerisches Finanzausgleichsgesetz – BayFAG) i.d.F.v. 16.4.2013 (BayGVBl. S. 210), zuletzt geändert durch § 1 Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 156)
BayGLKrWG	(bayerisches) Gesetz über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) i.d.F.v. 7.11.2006 (BayGVBl. S. 834), zuletzt geändert durch § 1 Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 145)
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) i.d.F.v. 22.8.1998 (BayGVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 2 Abs. 3 Gesetz v. 15.5.2018 (BayGVBl. S. 260)
BayKAG	(bayerisches) Kommunalabgabengesetz (KAG) i.d.F.v. 4.4.1993 (BayGVBl. S. 264), zuletzt geändert durch Gesetz v. 26.6.2018 (BayGVBl. S. 449)
BayKomHVO-Doppik	(bayerische) Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (Kom-

* Hier nicht aufgeführte weitere Abkürzungen folgen der allgemeinen juristischen Praxis.

	munalhaushaltsverordnung – Doppik – KommHV-Doppik) v. 5.10.2007 (BayGVBl. S. 678), zuletzt geändert durch § 2 Verordnung v. 20.7.2018 (BayGVBl. S. 674)
BayKomHVO-Kameralistik	(bayerische) Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke nach den Grundsätzen der Kameralistik (Kommunalhaushaltsverordnung – Kameralistik – KommHV-Kameralistik) v. 3.12.1976 (BayRS 2023–1-I), zuletzt geändert durch § 1 Verordnung v. 20.7.2018 (BayGVBl. S. 674)
BayKomZG	(bayerisches) Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) i.d.F.v. 20.6.1994 (BayGVBl. S. 555, ber. 1995, S. 98), zuletzt geändert durch § 6 Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 145)
BayKostG	(bayerisches) Kostengesetz (KG) v. 20.2.1998 (BayGVBl. S. 43), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 33 Verordnung v. 22.7.2014 (BayGVBl. S. 286)
BayKPVG	Gesetz über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband v. 24.4.1978 (BayGVBl. S. 131, 139), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 52 Verordnung v. 22.7.2014 (BayGVBl. S. 286)
BayLKO	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung – LKrO) i.d.F.v. 22.8.1998 (BayGVBl. S. 826), zuletzt geändert durch § 3 Gesetz v. 22.3.2018 (BayGVBl. S. 145)
BayLStVG	(bayerisches) Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verwaltungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG) i.d.F.v. 13.12.1982 (BayRS 2011–2-I), zuletzt geändert durch § 5 Gesetz v. 18.5.2018 (BayGVBl. S. 301)
BaySpkG	(bayerisches) Gesetz über die öffentlichen Sparkassen (Sparkassengesetz – SpkG) i.d.F.v. 1.10.1956 (BayGVBl. S. 187), zuletzt geändert durch Art. 9a Abs. 7 Gesetz v. 22.12.2015 (BayGVBl. S. 458)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGemAufgVO	Verordnung über Aufgaben der Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften v. 30.4.1995 (BayGVBl. S. 259), zuletzt geändert durch § 4 Verordnung v. 19.2.2008 (BayGVBl. S. 69)
BayVGemO	Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern (Verwaltungsgemeinschaftsordnung – VGemO) i.d.F.v. 26.10.1982 (BayGVBl. S. 965), zuletzt geändert durch § 2 Abs. 4 Gesetz v. 15.5.2018 (BayGVBl. S. 260)
BBG	Bundesbeamtengesetz v. 5.2.2009 (BGBl. I S. 160), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 8.6.2017 (BGBl. I S. 1570)
BbgBekanntmVO	(brandenburgische) Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften in den Gemeinden, Ämtern und Landkreisen (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmV –) v. 1.12.2000 (BbgGVBl. II S. 435), zuletzt geändert durch Art. 17 Gesetz v. 15.10.2018 (BbgGVBl. I Nr. 22)
BbgBG	Beamtengesetz für das Land Brandenburg (Landesbeamtengesetz – LBG) i.d.F.v. 3.4.2009 (BbgGVBl. I S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz v. 29.6.2018 (BbgGVBl. I Nr. 17)
BbgEigBVO	(brandenburgische) Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung – EigV) v. 26.3.2009 (BbgGVBl. II S. 150)

BbgFAG	Gesetz über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz – BbgFAG) v. 29.6.2004 (BbgGVBl. I S. 262), zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.3.2016 (BbgGVBl. I Nr. 10)
BbgGebG	Gebührengesetz für das Land Brandenburg (GebGBbg) v. 7.7.2009 (BbgGVBl. I S. 246), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 10.7.2014 (BbgGVBl. I Nr. 32)
BbgGKG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) v. 10.7.2014 (BbgGVBl. I Nr. 32), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 15.10.2018 (BbgGVBl. I Nr. 22)
BbgKAG	Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) i.d.F.v. 31.3.2004 (BbgGVBl. I S. 174), zuletzt geändert durch Art. 10 Gesetz v. 10.7.2014 (BbgGVBl. I Nr. 32)
BbgKomHKVO	(brandenburgische) Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung – KomHKV) v. 14.2.2008 (BbgGVBl. II S. 14), zuletzt geändert durch Verordnung v. 15.2.2018 (BbgGVBl. II Nr. 15)
BbgKomVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) v. 18.12.2007 (BbgGVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 15.10.2018 (BbgGVBl. I Nr. 23)
BbgKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz – BbgKWahlG) i.d.F.v. 9.7.2009 (BbgGVBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 29.6.2018 (BbgGVBl. I Nr. 16)
BbgLOG	(brandenburgisches) Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung (Landesorganisationsgesetz – LOG) v. 24.5.2004 (BbgGVBl. I S. 186), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 10.7.2014 (BbgGVBl. I Nr. 28)
BbgOBG	(brandenburgisches) Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) i.d.F.v. 21.8.1996 (BbgGVBl. I S. 266), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 15.10.2018 (BbgGVBl. I Nr. 22)
BbgVerfG	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
BbgVgMvG	(brandenburgisches) Gesetz zur Einführung der Verbandsgemeinde und der Mitverwaltung (Verbandsgemeinde- und Mitverwaltungsgesetz – VgMvG), verkündet als Art. 1 Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene vom 15.10.2018 (BbgGVBl. I Nr. 22)
BbgVwGG	Gesetz über die Errichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verwaltungsgerichtsgesetz – BbgVwGG) i.d.F.v. 22.11.1996 (BbgGVBl. I S. 317), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 10.7.2014 (BbgGVBl. I Nr. 37)
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG) v. 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 8.6.2017 (BGBl. I S. 1570)

BMG	Bundesmeldegesetz v. 3.5.2013 (BGBl. I S. 1084), zuletzt geändert durch Art. 11 Abs. 4 Gesetz v. 18.7.2017 (BGBl. I S. 2745)
BWAGVwGO	(baden-württembergisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) v. 14.10.2008 (BWGBl. S. 343, 356), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 23.5.2017 (BWGBl. S. 5)
BWDVOGO	(baden-württembergische) Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung (DVO GemO) v. 11.12.2000 (BWGBl. 2001 S. 2), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 28.10.2015 (BWGBl. S. 870)
BWEigBG	(baden-württembergisches) Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) i.d.F.v. 8.1.1992 (BWGBl. S. 21), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 16.4.2013 (BWGBl. S. 55)
BWFAG	(baden-württembergisches) Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz – FAG) i.d.F.v. 1.1.2000 (BWGBl. S. 14), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 10.4.2018 (BWGBl. S. 113)
BWGemHVO	(baden-württembergische) Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) v. 11.12.2009 (BWGBl. S. 770), zuletzt geändert durch Verordnung v. 29.4.2016 (BWGBl. S. 332)
BWGKZ	(baden-württembergisches) Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) i.d.F.v. 16.9.1974 (BWGBl. S. 408, ber. 1975 S. 460, 1976 S. 408), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 15.12.2015 (BWGBl. S. 1147)
BWGO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (Gemeindeordnung – GemO) i.d.F.v. 24.7.2000 (BWGBl. S. 581), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 19.6.2018 (BWGBl. S. 221)
BWGPAG	(baden-württembergisches) Gesetz über die Gemeindeprüfungsanstalt (Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz – GPAG) i.d.F.v. 14.7.1983 (BWGBl. S. 393), zuletzt geändert durch Art. 10 Gesetz v. 15.12.2015 (BWGBl. S. 1147)
BWKAG	(baden-württembergisches) Kommunalabgabengesetz (KAG) v. 17.3.2005 (BWGBl. S. 206), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 7.11.2017 (BWGBl. S. 592)
BWKonnexAG	Gesetz zu einem Konsultationsverfahren zur Kostenfolgenabschätzung nach Artikel 71 Abs. 3 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG) v. 6.5.2008 (BWGBl. S. 119)
BWKWG	(baden-württembergisches) Kommunalwahlgesetz (KomWG) i.d.F.v. 1.9.1983 (BWGBl. S. 429), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 19.6.2018 (BWGBl. S. 221)
BWKWO	(baden-württembergische) Kommunalwahlordnung (KomWO) v. 2.9.1983 (BWGBl. S. 459), zuletzt geändert durch Art. 2 Verordnung v. 19. 4.2016 (BWGBl. S. 277)
BWLGebG	(baden-württembergisches) Landesgebührengesetz (LGebG) v. 14.12.2004 (BWGBl. S. 895), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 17.12.2015 (BWGBl. S. 1191)

BWLKO	Landkreisordnung für Baden-Württemberg (Landkreisordnung – LKrO) i.d.F.v. 19.6.1987 (BWGBL. S. 288), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 19.6.2018 (BWGBL. S. 221)
BWLVG	(baden-württembergisches) Landesverwaltungsgesetz (BWGBL. S. 313), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 12.6.2018 (BWGBL. S. 173)
BWPolG	(baden-württembergisches) Polizeigesetz i.d.F.v. 13.1.1992 (BWGBL. S. 1, ber. S. 596, ber. 1993, S. 155), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 28.11.2017 (BWGBL. S. 631)
BWStGH	Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg (jetzt BWVerfGH)
BWVerfGH	Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg (früher BWStGH)
DRiG	Deutsches Richtergesetz i.d.F.v. 19.4.1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Art. 9 Gesetz v. 8.6.2017 (BGBl. I S. 1570)
GemFinRefG	Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) i.d.F.v. 10.3.2009 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 21.11.2016 (BGBl. I S. 2613)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F.v. 26.6.2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), zuletzt geändert durch Art. 10 Gesetz v. 12.7.2018 (BGBl. I S. 1151)
HessAbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) v. 18.10.1989 (HessGVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz v. 18.12.2017 (HessGVBl. S. 464)
HessAGVwGO	Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) i.d.F.v. 27.10.1997 (HessGVBl. I S. 381), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 28.5.2018 (HessGVBl. S. 184)
HessBekanntmVO	(hessische) Verordnung über öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden und Landkreise v. 12.10.1977 (HessGVBl. I S. 409), zuletzt geändert durch Art. 12 Gesetz v. 16.12.2011 (HessGVBl. I S. 786)
HessEigBG	(hessisches) Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) i.d.F.v. 9.6.1989 (HessGVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Art. 6 Gesetz v. 14.7.2016 (HessGVBl. S. 121)
HessFAG	(hessisches) Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz – FAG) v. 23.7.2015 (HessGVBl. S. 298), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 25.11.2015 (HessGVBl. S. 414)
HessGemFinAusstG	(hessisches) Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden v. 7.11.2002 (HessGVBl. I S. 654), zuletzt geändert durch Art. 16 Gesetz v. 27.9.2012 (HessGVBl. I S. 290)
HessGemHVO	(hessische) Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) v. 2.4.2006 (HessGVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Art. 1 Verordnung v. 7.12.2016 (HessGVBl. S. 254)
HessGO	Hessische Gemeindeordnung (HGO) i.d.F.v. 7.3.2005 (HessGVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 6 Gesetz v. 21.6.2018 (HessGVBl. S. 291)

HessKAG	(hessisches) Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) i.d.F.v. 24.3.2013 (HessGVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 28.5.2018 (HessGVBl. S. 247)
HessKGG	(hessisches) Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit v. 16.12.1969 (HessGVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 20.12.2015 (HessGVBl. S. 618)
HessKWG	Hessisches Kommunalwahlgesetz (KWG) i.d.F.v. 7.3.2005 (HessGVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz v. 20.12.2015 (HessGVBl. S. 618)
HessLKO	Hessische Landkreisordnung (HKO) i.d.F.v. 7.3.2005 (HessGVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 20.12.2015 (HessGVBl. S. 618)
HessOrtsGG	(hessisches) Ortsgerichtsgesetz i.d.F.v. 2.4.1980 (HessGVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 23.7.2015 (HessGVBl. S. 315)
HessStGH	Staatsgerichtshof des Landes Hessen
HessÜPKKG	Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) v. 22.12.1993 (HessGVBl. I S. 708), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 8.3.2011 (HessGVBl. I S. 153)
HessVwKostG	Hessisches Verwaltungskostengesetz i.d.F.v. 12.1.2004 (HessGVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.6.2018 (HessGVBl. S. 330)
LVwVfGe	Landesverwaltungsverfahrensgesetze
MVAGGerStrG	(mecklenburg-vorpommersches) Gesetz zur Ausführung des Gerichtsstrukturgesetzes v. 10.6.1992 (MVGVOBl. S. 314), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 11.11.2013 (MVGVOBl. S. 609)
MVEigBVO	(mecklenburg-vorpommersche) Eigenbetriebsverordnung (EigVO M-V) v. 14.7.2017 (MVGVOBl. S. 206)
MVFAG	Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) v. 10.11.2009 (MVGVOBl. S. 606), zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.2.2018 (MVGVOBl. S. 54)
MVGemHVO-Doppik	(mecklenburg-vorpommersche) Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) v. 25.2.2008 (MVGVOBl. S. 34), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 12.7.2018 (MVGVOBl. S. 242)
MVKAG	(mecklenburg-vorpommersches) Kommunalabgabengesetz – KAG – MV i.d.F.v. 12.4.2005 (MVGVOBl. S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.7.2016 (MVGVOBl. S. 584)
MVKomVerf	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung – KV M-V) v. 13.7.2011 (MVGVOBl. S. 777)
MVKV-DVO	(mecklenburg-vorpommersche) Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung (KV-DVO) v. 9.5.2012 (MVGVOBl. S. 133), zuletzt geändert durch Verordnung v. 27.3.2014 (MVGVOBl. S. 129)
MVLKWG	Gesetz über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz – LKWG-MV) v. 16.12.2010 (MVGVOBl. S. 690), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 22.5.2018 (MVGVOBl. S. 193)
MVLVerfG	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern
MVSOG	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-

	V) i.d.F.v. 9.5.2011 (MVGVOBl. S. 246), zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.3.2018 (MVGVOBl. S. 114)
MVVwKostG	Verwaltungskostengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesverwaltungskostengesetz – VwKostG M-V) v. 4.10.1991 (MVGVOBl. S. 366), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 2.12.2009 (MVGVOBl. S. 666)
NdsDiszG	Niedersächsisches Disziplinargesetz (NDiszG) v. 13.10.2005 (NdsGVBl. S. 296), zuletzt geändert durch Art. 23 Gesetz v. 16.5.2018 (NdsGVBl. S. 66)
NdsEigBVO	(niedersächsische) Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) v. 12.7.2018 (NdsGVBl. S. 161)
NdsFAG	Niedersächsisches Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) i.d.F.v. 14.9.2007 (NdsGVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 28.2.2018 (NdsGVBl. S. 22)
NdsGO	Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) i.d.F.v. 28.10.2006 (NdsGVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Art. 20 Gesetz v. 7.10.2010 (NdsGVBl. S. 462), inzwischen aufgehoben und abgelöst durch NdsKomVG
NdsKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) i.d.F.v. 20.4.2017 (NdsGVBl. S. 121)
NdsKomHKVO	(niedersächsische) Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung – KomHKVO) vom 18.4.2017 (NdsGVBl. S. 130)
NdsKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.d.F.v. 17.12.2010 (NdsGVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 20.6.2018 (NdsGVBl. S. 113)
NdsKomZG	Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) i.d.F.v. 21.12.2011 (NdsGVBl. S. 493), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 26.10.2016 (NdsGVBl. S. 226)
NdsKWG	Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) i.d.F.v. 28.1.2014 (NdsGVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 17.9.2015 (NdsGVBl. S. 186)
NdsStGH	Niedersächsischer Staatsgerichtshof
NdsVwKostG	Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) i.d.F.v. 25.4.2007 (NdsGVBl. S. 172), zuletzt geändert durch Art. 11 Gesetz v. 15.12.2016 (NdsGVBl. S. 301)
NST-N	Niedersächsischer Städtetag – Nachrichten
NWAbgG	Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW) v. 5.4.2005 (GV. NRW. S. 252), zuletzt geändert durch Art. 12 Gesetz v. 17.5.2018 (GV. NRW. S. 244)
NWBekanntmVO	(nordrhein-westfälische) Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung/BekanntmVO) v. 26.8.1999 (GV. NRW. S. 516), zuletzt geändert durch Verordnung v. 5.11.2015 (GV. NRW. S. 741)
NWBürgerentscheidDVO	(nordrhein-westfälische) Verordnung zur Durchführung eines Bürgerentscheides (BürgerentscheidDVO) v. 10.7.2004 (GV. NRW. S. 383), zuletzt geändert durch Verordnung v. 13.5.2014 (GV. NRW. S. 305)

NWEigBVO	Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) v. 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644), zuletzt geändert durch Art. 26 Gesetz v. 8.7.2016 (GV. NRW. S. 559)
NWGebG	Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) i.d.F.v. 23.8.1999 (GV. NRW. S. 524), zuletzt geändert durch Gesetz v. 12.5.2009 (GV. NRW. S. 296)
NWGemHVO	Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW – GemHVO NRW) v. 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005, S. 15), zuletzt geändert durch Verordnung v. 27.4.2018 (GV. NRW. S. 239)
NWGF 2018	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GF 2018) v. 23.1.2018 (GV.NRW. S. 68)
NWGKG	(nordrhein-westfälisches) Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) i.d.F.v. 1.10.1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Art. 9 Gesetz v. 23.1.2018 (GV. NRW. S. 90)
NWGO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.d.F.v. 14.7.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 15 Gesetz v. 23.1.2018 (GV. NRW. S. 90)
NWKAG	Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) v. 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Art. 19 Gesetz v. 23.1.2018 (GV. NRW. S. 90)
NWKO	Kreisordnung (KrO NRW) für das Land Nordrhein-Westfalen i.d.F.v. 14.7.1994 (GV. NRW. S. 646), zuletzt geändert durch Art. 10 Gesetz v. 23.1.2018 (GV. NRW. S. 90)
NWKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz) i.d.F.v. 30.6.1998 (GV. NRW. S. 454, ber. S. 509, 1999 S. 70), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 6.12.2016 (GV. NRW. S. 1052)
NWKWO	(nordrhein-westfälische) Kommunalwahlordnung (KWahlO) v. 31.8.1993 (GV. NRW. S. 592, 967), zuletzt geändert durch Art. 1 Verordnung v. 25.10.2016 (GV. NRW. S. 861)
NWLBG	Gesetz über die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG NRW) v. 14.6.2016 (GV. NRW. S. 310, 642), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz v. 17.5.2018 (GV. NRW. S. 244)
NWLOG	(nordrhein-westfälisches) Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung – Landesorganisationsgesetz (LOG NRW) – v. 10.7.1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 1.10.2013 (GV. NRW. S. 566)
NWOBG	(nordrhein-westfälisches) Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – i.d.F.v. 13.5.1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Gesetz v. 6.12.2016 (GV. NRW. S. 1062)
NWVerfGH RhPfAGVwGO	Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen (rheinland-pfälzisches) Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) i.d.F.v. 5.12.1977 (RhPfGVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz v. 19.8.2014 (RhPfGVBl. S. 187)

RhPfBezO	Bezirksordnung für den Bezirksverband Pfalz (BezO) i.d.F.v. 13.10.1994 (RhPFGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 22.12.2015 (RhPFGVBl. S. 477)
RhPfEigAnVO	(rheinland-pfälzische) Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) v. 5.10.1999 (RhPFGVBl. S. 373)
RhPFFAG	(rheinland-pfälzisches) Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) v. 30.11.1999 (RhPFGVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 21.12.2016 (RhPFGVBl. S. 583)
RhPfGebG	(rheinland-pfälzisches) Landesgebührengesetz (LGebG) v. 3.12.1974 (RhPFGVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz v. 13.6.2017 (RhPFGVBl. S. 106)
RhPfGemHVO	(rheinland-pfälzische) Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) v. 18.5.2006 (RhPFGVBl. S. 203), zuletzt geändert durch Verordnung v. 7.12.2016 (RhPFGVBl. S. 597)
RhPfGO	(rheinland-pfälzische) Gemeindeordnung (GemO) i.d.F.v. 31.1.1994 (RhPFGVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz v. 2.3.2017 (RhPFGVBl. S. 21)
RhPfKAG	(rheinland-pfälzisches) Kommunalabgabengesetz (KAG) v. 20.6.1995 (RhPFGVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 22.12.2015 (RhPFGVBl. S. 472)
RhPfKomZG	(rheinland-pfälzisches) Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) v. 22.12.1982 (RhPFGVBl. S. 476), zuletzt geändert durch Art. 14 Gesetz v. 2.3.2017 (RhPFGVBl. S. 21)
RhPfKonnexAG	Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG) v. 2.3.2006 (RhPFGVBl. S. 53)
RhPfKWG	(rheinland-pfälzisches) Landesgesetz über die Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen (Kommunalwahlgesetz – KWG –) i.d.F.v. 31.1.1994 (RhPFGVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz v. 8.5.2018 (RhPFGVBl. S. 73)
RhPFLBG	(rheinland-pfälzisches) Landesbeamtengesetz (LBG) v. 20.10.2010 (RhPFGVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 7.2.2018 (RhPFGVBl. S. 9)
RhPFLKO	(rheinland-pfälzische) Landkreisordnung (LKO) i.d.F.v. 31.1.1994 (RhPFGVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Art. 9 Gesetz v. 2.3.2017 (RhPFGVBl. S. 21)
RhPfVerfGH SaarAGVwGO	Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz Gesetz Nr. 719 Saarländisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) v. 5.7.1960 (SaarlAmtsbl. S. 558), zuletzt geändert durch Gesetz v. 20.4.2016 (SaarlAmtsbl. I S. 402)
SaarlEigBVO	(saarländische) Eigenbetriebsverordnung (EigVO) v. 29.11.2010 (SaarlAmtsbl. I S. 1426), zuletzt geändert durch Art. 2 Verordnung v. 9.9.2016 (SaarlAmtsbl. I S. 912)
SaarlGebG	Gesetz Nr. 800 über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren im Saarland (SaarlGebG) v. 24.6.1964 (SaarlAmtsbl. S. 629), zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.2.2006 (SaarlAmtsbl. S. 474, 530)
SaarlKAG	Gesetz Nr. 1074 – Kommunalabgabengesetz – KAG – v. 26.4.1978 i.d.F.v. 29.5.1998 (SaarlAmtsbl. S. 691), zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.8.2018 (SaarlAmtsbl. I S. 674)

SaarKFAG	(saarländisches) Gesetz Nr. 1157 – Kommunalfinanzausgleichsgesetz – KFAG – v. 12.7.1983 (SaarlAmtsbl. S. 462), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz v. 5.12.2017 (SaarlAmtsbl. I S. 1029)
SaarKGG	(saarländisches) Gesetz Nr. 1021 über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) i.d.F.v. 27.6.1997 (SaarlAmtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 13.7.2016 (SaarlAmtsbl. S. 711)
SaarKomHVO	(saarländische) Kommunalhaushaltsverordnung (KommHVO) v. 10.10.2006 (SaarlAmtsbl. S. 1842), zuletzt geändert durch Verordnung v. 20.4.2018 (SaarlAmtsbl. S. 244)
SaarKSVG	(saarländisches) Gesetz Nr. 788 – Kommunalselbstverwaltungsgesetz – KSVG – i.d.F.v. 27.6.1997 (SaarlAmtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 15.6.2016 (SaarlAmtsbl. I S. 840)
SaarKWG	(saarländisches) Gesetz Nr. 984 – Kommunalwahlgesetz – KWG – i.d.F.v. 9.11.2008 (SaarlAmtsbl. S. 1835), zuletzt geändert durch Art. 8 Gesetz v. 13.10.2015 (SaarlAmtsbl. I S. 712)
SaarLOG	(saarländisches) Gesetz Nr. 883 Landesorganisationsgesetz (LOG) i.d.F.v. 27.3.1997 (SaarlAmtsbl. S. 410), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 13.6.2018 (SaarlAmtsbl. I S. 358)
SaarPolG	Saarländisches Polizeigesetz (SPolG) i.d.F.v. 26.3.2001 (SaarlAmtsbl. S. 1074), zuletzt geändert durch Gesetz v. 15.3.2017 (SaarlAmtsbl. I S. 486)
SaarVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Saarlandes
SachsAnhAGVwGO	(sachsen-anhaltisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und des Bundesdisziplinalgesetzes (AG VwGO LSA) v. 28.1.1992 (SachsAnhGVBl. S. 36), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 17.2.2017 (SachsAnhGVBl. S. 14)
SachsAnhAnstG	(sachsen-anhaltisches) Gesetz über die kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts (Anstaltsgesetz – AnstG) v. 3.4.2001 (SachsAnhGVBl. S. 136), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz v. 22.6.2018 (SachsAnhGVBl. S. 166)
SachsAnhEigBG	Gesetz über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) v. 24.3.1997 (SachsAnhGVBl. S. 446), zuletzt geändert durch Art. 6 Gesetz v. 22.6.2018 (SachsAnhGVBl. S. 166)
SachsAnhFAG	(sachsen-anhaltisches) Finanzausgleichsgesetz (FAG) i.d.F.v. 28.3.2017 (SachsAnhGVBl. S. 60)
SachsAnhGKG	(sachsen-anhaltisches) Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) i.d.F.v. 26.2.1998 (SachsAnhGVBl. S. 81), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 22.6.2018 (SachsAnhGVBl. S. 166)
SachsAnhGO	Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (Gemeindeordnung – GO LSA) i.d.F.v. 10.8.2009 (SachsAnhGVBl. S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz v. 30.11.2011 (SachsAnhGVBl. S. 814), inzwischen aufgehoben und abgelöst durch SachsAnhKomVG
SachsAnhKAG	(sachsen-anhaltisches) Kommunalabgabengesetz (KAG-LSA) i.d.F.v. 13.12.1996 (SachsAnhGVBl. S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz v. 17.6.2016 (SachsAnhGVBl. S. 202)
SachsAnhKomHVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden, Landkreise und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Kommunalhaushaltsverordnung – KomHVO) v. 16.12.

	2015 (SachsAnhGVBl. S. 636), zuletzt geändert durch Verordnung v. 12.12.2016 (SachsAnhGVBl. S. 380)
SachsAnhKomVG	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Kommunalverfassungsgesetz – KVG LSA) v. 17.6.2014 (SachsAnhGVBl. S. 288), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 22.6.2018 (SachsAnhGVBl. S. 166)
SachsAnhKWG	Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA) i.d.F.v. 27.2.2004 (SachsAnhGVBl. S. 92), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 22.6.2018 (SachsAnhGVBl. S. 166)
SachsAnhLVerfG	Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt
SachsAnhVwKostG	Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) v. 27.6.1991 (SachsAnhGVBl. S. 154), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 18.5.2010 (SachsAnhGVBl. S. 340)
SächsBekanntmVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Form der kommunalen Bekanntmachungen (Kommunalbekanntmachungsverordnung – KomBekVO) v. 17.12.2015 (SächsGVBl. S. 693)
SächsBG	Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Beamtengesetz – SächsBG) v. 18.12.2013 (SächsGVBl. S. 970), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 28.6.2018 (SächsGVBl. S. 458)
SächsBürgerentscheid-DVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung von Bürgerentscheiden v. 19.6.1995 (SächsGVBl. S. 195)
SächsEigBVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung – SächsEigBVO) v. 16.12.2013 (SächsGVBl. S. 941), zuletzt geändert durch Art. 2 VO v. 28.9.2017 (SächsGVBl. S. 547)
SächsFAG	Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Finanzausgleichsgesetz – SächsFAG) i.d.F.v. 21.1.2013 (SächsGVBl. S. 95), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 11.4.2018 (SächsGVBl. S. 171)
SächsGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (Sächsische Gemeindeordnung – SächsGemO) i.d.F.v. 9.3.2018 (SächsGVBl. S. 62)
SächsJustizG	Gesetz über die Justiz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Justizgesetz – SächsJG) v. 24.11.2000 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 14.12.2012 (SächsGVBl. S. 748)
SächsKAG	Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) i.d.F.v. 9.3.2018 (SächsGVBl. S. 116)
SächsKomHVO-Doppik	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die kommunale Haushaltswirtschaft (Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung v. 10.12.2013 (SächsGVBl. S. 910), zuletzt geändert durch Art. 1 Verordnung v. 4.9.2017 (SächsGVBl. S. 504)
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) i.d.F. v. 3.3.2014 (SächsGVBl. S. 196), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 13.12.2017 (SächsGVBl. S. 626)
SächsKWG	Gesetz über die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen (Kommunalwahlgesetz – KomWG) i.d.F.v. 20.4.2018 (SächsGVBl. S. 298)
SächsLKO	Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (Sächsische Landkreisordnung – SächsLKrO) i.d.F.v. 9.3.2018 (SächsGVBl. S. 99)

SächsVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen
SächsVwKostG	Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen (SächsVwKG) i.d.F.v. 17.9.2003 (SächsGVBl. S. 698), zuletzt geändert durch Art. 31 Gesetz v. 27.1.2012 (SächsGVBl. S. 130)
SHAmtsO	Amtsordnung für Schleswig-Holstein (Amtsordnung – AO –) i.d.F.v. 28.2.2003 (SHGVOBl. S. 112), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 14.3.2017 (SHGVOBl. S. 140)
SHEigBVO	(schleswig-holsteinische) Landesverordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung – EigVO –) v. 5.12.2017 (SHGVOBl. S. 558)
SHFAG	Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz – FAG –) i.d.F.v. 10.12.2014 (SHGVOBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz v. 21.3.2018 (SHGVOBl. S. 70)
SHGemHVO-Doppik	(schleswig-holsteinische) Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik – GemHVO-Doppik) v. 14.8.2017 (SHGVOBl. S. 433)
SHGemHVO-Kameral	(schleswig-holsteinische) Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines kameraleen Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung-Kameral – GemHVO-Kameral) v. 30.8.2012 (SHGVOBl. S. 670), zuletzt geändert durch Verordnung v. 14.8.2017 (SHGVOBl. S. 459)
SHGKAVO	(schleswig-holsteinische) Landesverordnung zur Durchführung der Gemeinde-, der Kreis- und der Amtsordnung (GKAVO) v. 5.11.2008 (SHGVOBl. S. 588), zuletzt geändert durch Art. 8 Verordnung v. 16.3.2015 (SHGVOBl. S. 96)
SHGKWG	Gesetz über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz – GKWG) i.d.F.v. 19.3.1997 (SHGVOBl. S. 151), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 20.11.2017 (SHGVOBl. S. 492)
SHGKZ	(schleswig-holsteinisches) Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) v. 28.2.2003 (SHGVOBl. S. 122), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 21.6.2016 (SHGVOBl. S. 528)
SHGO	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO –) i.d.F.v. 28.2.2003 (SHGVOBl. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz v. 4.1.2018 (SHGVOBl. S. 6)
SHGuLB	Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein i.d.F.v. 3.4.1996 (SHGVOBl. S. 406), zuletzt geändert durch Art. 8 Verordnung v. 16.3.2015 (SHGVOBl. S. 96)
SHKAG	Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein (KAG) i.d.F.v. 10.1.2005 (SHGVOBl. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz v. 18.3.2018 (SHGVOBl. S. 69)
SHKO	Kreisordnung für Schleswig-Holstein (Kreisordnung – KrO –) i.d.F.v. 28.2.2003 (SHGVOBl. S. 94), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 14.3.2017 (SHGVOBl. S. 140)
SHLBG	(schleswig-holsteinisches) Landesbeamtenengesetz (LBG) v. 26.3.2009 (SHGVOBl. S. 93), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 2.5.2018 (SHGVOBl. S. 162).

SHLDG	(schleswig-holsteinisches) Landesdisziplinalgesezt (LDG) v. 18.3.2003 (SHGVOBl. S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz v. 10.4.2017 (SHGVOBl. S. 222)
SHLVerfG	Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht
SHLVwG	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG –) i.d.F.v. 2.6.1992 (SHGVOBl. S. 243, ber. S. 534), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 17.4.2018 (SHGVOBl. S. 231)
SHVwKostG	Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein v. 17.1.1974 (SHGOVBl. S. 37), zuletzt geändert durch Art. 8 Verordnung v. 16.3.2015 (SHGVOBl. S. 96)
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft v. 8.6.1967 (BGBI. I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 267 Verordnung v. 31.8.2015 (BGBI. I S. 1474)
ThürAGVwGO	Thüringer Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (ThürAGVwGO) i.d.F.v. 15.12.1992 (ThürGVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 18 Gesetz v. 6.6.2018 (ThürGVBl. S. 229)
ThürBekanntmVO	Thüringer Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise (Thüringer Bekanntmachungsverordnung – ThürBekVO –) v. 22.8.1994 (ThürGVBl. S. 1045)
ThürEBBG	Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEBBG) v. 7.10.2016 (ThürGVBl. S. 506), zuletzt geändert durch Art. 23 Gesetz v. 6.6.2018 (ThürGVBl. S. 229)
ThürEigBVO	Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) v. 6.9.2014 (ThürGVBl. S. 642)
ThürFAG	Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) v. 20.12.2007 (ThürGVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 2.3.2012 (ThürGVBl. S. 93)
ThürGemHVO	Thüringer Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung – ThürGemHV) v. 26.1.1993 (ThürGVBl. S. 181), zuletzt geändert durch Verordnung v. 7.4.2014 (ThürGVBl. S. 150)
ThürKAG	Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) i.d.F.v. 19.9.2000 (ThürGVBl. S. 301), zuletzt geändert durch Gesetz v. 14.6.2017 (ThürGVBl. S. 150)
ThürKGG	Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) i.d.F.v. 10.10.2001 (ThürGVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 23.7.2013 (ThürGVBl. S. 194)
ThürKomO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO –) i.d.F.v. 28.1.2003 (ThürGVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 10.4.2018 (ThürGVBl. S. 74)
ThürKWBG	Thüringer Gesetz über kommunale Wahlbeamte (ThürKWBG) v. 16.8.1993 (ThürGVBl. S. 540), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz v. 23.7.2013 (ThürGVBl. S. 194)
ThürKWG	Thüringer Gesetz über die Wahlen in den Landkreisen und Gemeinden (Thüringer Kommunalwahlgesetz – ThürKWG –) v. 16.8.1993 (ThürGVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Art. 5 Gesetz v. 6.6.2018 (ThürGVBl. S. 229)

L

Abkürzungsverzeichnis

ThürOBG	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG –) v. 18.6.1993 (ThürGVBl. S. 323), zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetz v. 6.6.2018 (ThürGVBl. S. 229)
ThürVerfGH	Thüringer Verfassungsgerichtshof
ThürVwKostG	Thüringer Verwaltungskostengesetz (ThürVwKostG) v. 23.9.2005 (ThürGVBl. S. 325), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 10.5.2018 (ThürGVBl. S. 212)
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung) i.d.F.v. 12.4.2016 (BGBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz v. 10.7.2018 (BGBl. I S. 1117)

Häufig verwendete Literatur*

- Achterberg, BesVwR: *Norbert Achterberg/Günter Püttner/Thomas Würtenberger* (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Bd. II, 2. Aufl. 2000
- Bauer/Böhle/Ecker: *Martin Bauer/Thomas Böhle/Gerhard Ecker*, *Bayerische Kommunalgesetze*, Stand: April 2018
- Bennemann, HessGO: *Gerhard Bennemann/Uwe Daneke/Arnulf Simon/Alexander Steiß/Sven Teschke/Walter Unger/Lorenz Zabel/Stefan Zabradnik/Helmut Schmidt*, *Hessische Gemeindeordnung. Kommunalverfassungsrecht Hessen*, Stand: Oktober 2018
- Bennemann, HessKGG: *Gerhard Bennemann*, *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG). Kommunalverfassungsrecht Hessen*, Stand: Mai 2017
- Bennemann/Schmidt, HessKWG: *Gerhard Bennemann/Helmut Schmidt*, *Hessisches Kommunalwahlgesetz. Kommunalverfassungsrecht Hessen*, Stand: Dezember 2017
- Berliner Kommentar: *Karl Heinrich Friauf/Wolfram Höfling* (Hrsg.), *Berliner Kommentar zum Grundgesetz*, Stand: September 2017
- Birkenfeld, KommR Hessen: *Daniela Birkenfeld*, *Kommunalrecht Hessen*, 6. Aufl. 2016
- BK: *Wolfgang Kahl/Christian Waldhoff/Christian Walter* (Hrsg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*, Stand: Juni 2018
- Blum, NdsKomVG: *Peter Blum/Torsten Baumgarten/Herbert Freese/Oliver Groseck/Ekkehard Grunwald/Bernd Häusler/Richard Höptner/Lutz Mehlhorn/Andreas Menzel/Hubert Meyer/Jörg Mielke/Dennis Miller/Joachim Rose/Joachim Schwind/Thomas Smollich/Christian Wefelmeier*, *Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz. Kommunalverfassungsrecht Niedersachsen*, Stand: April 2018
- Bogumil/Holtkamp: *Jörg Bogumil/Lars Holtkamp*, *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung*, 2013
- Borchmann/Breithaupt/Kaiser: *Michael Borchmann/Dankwart Breithaupt/Gerrit Kaiser*, *Kommunalrecht in Hessen*, 3. Aufl. 2006
- Borchmann/Hilligardt, HessLKO: *Michael Borchmann/Jan Hilligardt/Tim Ruder/Astrid Deicke-Schäfer/Thomas Euler/Gilbert Gornig/Thomas Naumann/Sven Simon/Björn Spanknebel/Jürgen Sommer*, *Hessische Landkreisordnung. Kommunalverfassungsrecht Hessen*, Stand: August 2014 (s. ab Juni 2015 Hilligardt, HessLKO)
- Bracker, SHGO: *Reimer Bracker/Hartmut Borchert/Klaus-Dieter Dehn/Gerd Lütje/Kurt-Friedrich von Scheliba/Utz Schliesky/Joachim Schwind/Dietrich Sprenger/Jochen von Allwörden/Marcus Arndt/Jörg Bülow/Jochen Nielsen/Frank Dieckmann/Marc Ziertmann/Bernhard Schmaal/Sönke E. Schulz/Gabriele Anhalt/Frank Husvogt/Jakob Tischer/Thilo Roblfs/Thorsten Ingo Wolf/Saskia Habelt/Achmed El Bureiasi*, *Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein. Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein*, Stand: August 2018
- Bracker, SHKO: *Reimer Bracker/Klaus-Dieter Dehn/Christian Ernst/Kurt-Friedrich von Scheliba/Utz Schliesky/Helmut Birkner/Joachim Schwind/Jürgen-Patrick Roth/Thilo*

* Abkürzungen der zitierten Literatur beziehen sich entweder auf dieses Literaturverzeichnis oder auf die Literaturangaben am Anfang der Kapitel.

- Roblfs/Thorsten Ingo Wolf*, Kreisordnung für Schleswig-Holstein. Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Stand: August 2018
- Bracker/Wolf, SHAmtsO: *Reimer Bracker/Thorsten Ingo Wolf*, Amtsordnung für Schleswig-Holstein. Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Stand: April 2018
- Bücken-Thielmeyer, SachsAnhKomVG: *Detlef Bücken-Thielmeyer/Michael Grimberg/Manfred Miller/Peter Schneider/Bernd Wiegand*, Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt. Kommunalverfassungsrecht Sachsen-Anhalt, Stand: August 2018
- Burgi: *Martin Burgi*, Kommunalrecht, 5. Aufl. 2015
- Dehn, SHGKZ: *Klaus-Dieter Dehn*, Gesetz über kommunale Zusammenarbeit. Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Stand: April 2018
- Dietlein, RhPFLKO: *Johannes Dietlein/Thomas Drysch/Manfred Gabler/Burkhard Höhlelein/Werner Klöckner/Helmut Lukas/Rudolf Oster/Edmund Schaaf/Hubert Stubenrauch/Uwe Tutschapsky*, Landkreisordnung Rheinland-Pfalz. Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2018
- Dreier: *Horst Dreier* (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, Bd. I, 3. Aufl. 2013; Bd. II, 3. Aufl. 2015; Bd. III, 3. Aufl. 2018
- Ehlers/Fehling/Pünder: *Dirk Ehlers/Michael Fehling/Hermann Pünder* (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Bd. 1, 2012; Bd. 3, 2013
- Ehlers/Pünder: *Dirk Ehlers/Hermann Pünder* (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht, 15. Aufl. 2016
- Engels: *Andreas Engels*, Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung. Eine dogmatische Rekonstruktion, 2014
- Engels/Krausnick: *Andreas Engels/Daniel Krausnick*, Kommunalrecht, 2015
- Erichsen: *Hans-Uwe Erichsen*, Kommunalrecht des Landes Nordrhein-Westfalen, 2. Aufl. 1997
- Faiß, BWLKO: *Konrad Faiß*, Landkreisordnung für Baden-Württemberg. Kommunalverfassungsrecht Baden-Württemberg, Stand: Juli 2017
- Festschrift Faber: *Götz Frank/Heinrich-Wilhelm Langrebr* (Hrsg.), Die Gemeinde. Festschrift zum 70. Geburtstag von Heiko Faber, 2007
- Franke/Weidemann, NdsKomZG: *Jürgen Franke/Holger Weidemann*, Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit. Kommunalverfassungsrecht Niedersachsen, Stand: April 2018
- Gabler, RhPFGO: *Manfred Gabler/Burkhard Höhlelein/Werner Klöckner/Helmut Lukas/Rudolf Oster/Beate Rheindorf/Edmund Schaaf/Hubert Stubenrauch/Uwe Tutschapsky/Hans-Dirk Nies/Andreas Dazert/Johannes Dietlein/Winfried Manns/Manfred Stamm/Stefanie Bambach/Thomas Drysch/Thomas Krentz*, Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz. Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2018
- Gärditz: *Klaus F. Gärditz* (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, 2. Aufl. 2018
- Geis: *Max-Emanuel Geis*, Kommunalrecht, 4. Aufl. 2016
- Gern/Brüning: *Alfons Gern/Christoph Brüning*, Deutsches Kommunalrecht, 4. Aufl. 2019
- Gönnenwein: *Otto Gönnenwein*, Gemeinderecht, 1963
- Grimm/Caesar, RhPfVerf: *Christoph Grimm/Peter Caesar* (Hrsg.), Verfassung für Rheinland-Pfalz, 2001
- Gröpl/Guckelberger/Wohlfarth: *Christoph Gröpl/Annette Guckelberger/Jürgen Wohlfarth*, Landesrecht Saarland, 3. Aufl. 2017
- Gundlach/Fenzel, SachsAnhGKG: *Ulf Gundlach/Stefan Fenzel*, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit in Sachsen-Anhalt. Kommunalverfassungsrecht Sachsen-Anhalt, Stand: September 2017

- Hartmann/Mann/Mehde *Bernd J. Hartmann/Thomas Mann/Veith Mehde* (Hrsg.), Landesrecht Niedersachsen, 2. Aufl. 2018
- Held, NWGO: *Friedrich Wilhelm Held/Ernst Becker/Heinrich Decker/Markus Faber/Roland Kirchhof/Lars Martin Klieve/Franz Krämer/Detlev Plückhahn/Jörg Sennewald/Rudolf Wansleben/Johannes Winkel/UDO Kotzea/Werner Haßenkamp*, Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Kommunalverfassungsrecht Nordrhein-Westfalen, Stand: August 2018
- Henneke/Meyer: *Hans-Günter Henneke/Hubert Meyer* (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung zwischen Bewahrung, Bewährung und Entwicklung. Festgabe für Gernot Schlebusch zum 65. Geburtstag, 2006
- Hermes/Groß: *Georg Hermes/Thomas Groß* (Hrsg.), Landesrecht Hessen, 7. Aufl. 2011
- Hermes/Reimer: *Georg Hermes/Franz Reimer* (Hrsg.), Landesrecht Hessen, 9. Aufl. 2019
- Hilligardt, HessLKO: *Michael Borchmann/Jan Hilligardt/Tim Ruder/Astrid Deicke-Schäfer/Thomas Euler/Gilbert Gornig/Thomas Naumann/Sven Simon/Björn Spanknebel/Jürgen Sommer*, Hessische Landkreisordnung. Kommunalverfassungsrecht Hessen, Stand: September 2018 (s. vor Juni 2015 Borchmann/Hilligardt, HessLKO)
- HKWP: *Thomas Mann/Günter Püttner* (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3. Aufl., Bd. 1 Grundlagen und Kommunalverfassung, 2007; Bd. 2 Kommunale Wirtschaft, 2011
- HKWP, 2. Aufl.: *Günter Püttner* (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 2. Aufl., Bd. 1, 1981; Bd. 2, 1982; Bd. 3, 1983; Bd. 4, 1983; Bd. 5, 1984; Bd. 6, 1985
- HStR: *Josef Isensee/Paul Kirchhof* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Bd. III, 2005; Bd. V, 2007; Bd. VI, 2008
- HStR, 1. Aufl.: *Josef Isensee/Paul Kirchhof* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1. Aufl., Bd. V, 1992; Bd. VII, 1992
- HStR, 2. Aufl.: *Josef Isensee/Paul Kirchhof* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bd. IV, 1999; Bd. VI, 2001
- Hufen: *Friedhelm Hufen*, Verwaltungsprozessrecht, 10. Aufl. 2016
- Hufen/Jutzi/Proelß: *Friedhelm Hufen/Siegfried Jutzi/Alexander Proelß* (Hrsg.), Landesrecht Rheinland-Pfalz, 8. Aufl. 2018
- Ipsen, KommR Nds: *Jörn Ipsen*, Niedersächsisches Kommunalrecht, 4. Aufl. 2011
- Jarass/Pieroth: *Hans D. Jarass/Bodo Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar, 15. Aufl. 2018
- Kahl: *Wolfgang Kahl*, Die Staatsaufsicht. Entstehung, Wandel und Neubestimmung unter besonderer Berücksichtigung der Aufsicht über die Gemeinden, 2000
- Kirchhof, NWKO: *Roland Kirchhof/Rudolf Wansleben/Ernst Becker/Detlev Plückhahn/Lars Martin Klieve/Johannes Winkel/Markus Faber/Marco Kuhn*, Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Kommunalverfassungsrecht Nordrhein-Westfalen, Stand: August 2018
- Knemeyer, Bayerisches Kommunalrecht: *Franz-Ludwig Knemeyer*, Bayerisches Kommunalrecht, 12. Aufl. 2007
- Köhler/Held, NWGKG: *Heinz Köhler/Friedrich Wilhelm Held/Detlev Plückhahn/Lars Martin Klieve/Frank Zakerzewski*, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG). Kommunalverfassungsrecht Nordrhein-Westfalen, Stand: August 2018
- Kopp/Ramsauer: *Ulrich Ramsauer* (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, 19. Aufl. 2018
- Kopp/Schenke: *Wolf-Rüdiger Schenke* (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, 24. Aufl. 2018
- Kunze/Bronner/Katz, BWGO: *Alfred Katz/Peter Giebler/Heinz Strobl/Christian O. Steger/Werner Sixt/Irmtraut Bock/Gerd Armbruster*, Gemeindeordnung für Baden-Württemberg. Kommentar, Stand: Dezember 2017

- Lissack, KommR Bayern: *Gernot Lissack*, Bayerisches Kommunalrecht, 3. Aufl. 2009
- Löwer/Tettinger, NWVerf: *Wolfgang Löwer/Peter J. Tettinger*, Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2002
- Maunz/Dürig: *Roman Herzog/Rupert Scholz/Matthias Herdegen/Hans H. Klein* (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar. Stand: April 2018
- Maurer/Waldhoff: *Hartmut Maurer/Christian Waldhoff*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl. 2017
- Meyer/Stolleis: *Hans Meyer/Michael Stolleis* (Hrsg.), Staats- und Verwaltungsrecht für Hessen, 5. Aufl. 2000
- Nauheim-Skrobek, RhPfKomZG: *Ulrike Nauheim-Skrobek*, Das Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz (KomZG). Kommunalverfassungsrecht Rheinland-Pfalz, Stand: Juni 2017
- Ossenbühl/Cornils: *Fritz Ossenbühl/Matthias Cornils*, Staatshaftungsrecht, 6. Aufl. 2013
- Pencereci, BbgGKG: *Turgut Pencereci*, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg. Kommunalverfassungsrecht Brandenburg, Stand: Oktober 2018
- Kingreen/Poscher: *Thorsten Kingreen/Ralf Poscher*, Grundrechte. Staatsrecht II, 33. Aufl. 2017
- Rauber, HessGO: *David Rauber/Matthias Rupp/Katrin Stein/Helmut Schmidt/Gerhard Bennemann/Thomas Euler/Tim Ruder/Andreas Stöhr*, Hessische Gemeindeordnung, 3. Aufl. 2017
- Rehn/Cronauge/von Lennep/Knirsch, NWGO: *Erich Rehn/Ulrich Cronauge/Hans-Gerd von Lennep/Hanspeter Knirsch*, Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Stand: Dezember 2017
- Rücker, ThürKomO: *Norbert Rücker/Jürgen Dieter/Axel W.-O. Schmidt/Klaus Vetzberger/Joachim Bender/Dieter Käß/Alexander Meier/Sven Müller-Grune/Matthias Werner Schneider/Brigitte Baum*, Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung). Kommunalverfassungsrecht Thüringen, Stand: Juli 2018
- Sachs: *Michael Sachs* (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 8. Aufl. 2018
- Schmidt, KommR: *Thorsten Ingo Schmidt*, Kommunalrecht, 2. Aufl. 2014
- Schmidt, ThürKGG: *Axel W.-O. Schmidt*, Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit. Kommunalverfassungsrecht Thüringen, Stand: Januar 2018
- Schmidt/Kneip: *Fritz W. Schmidt/Hans-Otto Kneip*, Hessische Gemeindeordnung mit Landkreisordnung, 2. Aufl. 2008
- Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG: *Hans Hofmann/Hans-Günter Henneke* (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 14. Aufl. 2018
- Schmidt-Jortzig: *Edzard Schmidt-Jortzig*, Kommunalrecht, 1982
- Schneider/Dreßler/Rauber/Risch, HessGO: *Gerhard Schneider/Ulrich Dreßler/David N. Rauber/Ben Michael Risch*, Hessische Gemeindeordnung, Stand: März 2017
- Schoch: *Friedrich Schoch* (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 2018
- Schoch/Schneider/Bier: *Friedrich Schoch/Jens-Peter Schneider/Wolfgang Bier* (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, Stand: Juni 2017
- Schön, HessKGG: *Wolfgang Schön*, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG). Kommunalverfassungsrecht Hessen, Stand: Dezember 2015
- Schröder, MVGO: *Dieter Schröder/Gert Willner/Hartmut Wollenteit/Michael Skeries/Marion Vieweg/Reimer Bracker/Thomas Freund/Andreas Wellmann/Markus Bitto/Birgit Hill/Dominik Meyer zu Schlochtern/Dirk Schartow/Franziska Ullrich/Dieter B. Schütte/Michael Horstkotte/Olaf Hünemörder/Gerhard Pfützner/Andreas Beutin/Markus Grigatcht*, Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Teil 1: Gemeindeordnung. Kommunalverfassungsrecht Mecklenburg-Vorpommern, Stand: April 2018

- Schumacher, BbgKomVerf: *Paul Schumacher/Jens Augustesen/Niels Peter Benedens/Christian Erdmann/Holger Obermann/Brigitte Scheiper/Barbara Nitsche/Hagen Schönmeier/Monika Prochnow/Dietmar Liese/Stephan Tomerius/Matthias Dombert/Urich Becker*, Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Kommunalverfassungsrecht Brandenburg, Stand: Oktober 2018
- Schumacher/Nobbe, BbgKWG: *Paul Schumacher/Thomas Nobbe*, Gesetz über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg. Kommunalverfassungsrecht Brandenburg, Stand: Juli 2017
- Sodan/Ziekow: *Helge Sodan/Jan Ziekow* (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, 4. Aufl. 2014
- Sponer, SächsGO: *Wolf-Uwe Sponer/André Jacob/Helena Musall/Peter Musall/Frank Sollondz/Karl-Heinz Binus/Isabelle Jänchen/Tino Schlegel*, Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Kommunalverfassungsrecht Sachsen, Stand: Januar 2018
- Steiner/Brinktrine: *Udo Steiner/Ralf Brinktrine* (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 9. Aufl. 2018
- Stelkens/Bonk/Sachs: *Michael Sachs/Heribert Schmitz* (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, 9. Aufl. 2018
- Stimpfl/Weisenberger/Sponer, SächsKomZG: *Hans Stimpfl/Dieter Weisenberger/Wolf-Uwe Sponer*, Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit. Kommunalverfassungsrecht Sachsen, Stand: Januar 2018
- Stober: *Rolf Stober*, Kommunalrecht in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. 1996
- Surén/Loschelder: *Friedrich-Karl Surén/Wilhelm Loschelder*, Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, 2 Bde, 1940
- v. Mangoldt/Klein/Starck: *Peter M. Huber/Andreas Voßkuhle* (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 7. Aufl. 2018
- v. Münch/Kunig: *Ingo von Münch/Philip Kunig* (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar, 6. Aufl. 2012
- v. Mutius: *Albert von Mutius*, Kommunalrecht, 1996
- Waechter: *Kay Waechter*, Kommunalrecht, 3. Aufl. 1997
- Waibel, BWGKZ: *Gerhard Waibel*, Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ). Kommunalverfassungsrecht Baden-Württemberg, Stand: Juli 2017
- Weisenberger/Stimpfl/Ewert, SächsLKO: *Dieter Weisenberger/Hans Stimpfl/Klaus-Peter Ewert*, Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen. Kommunalverfassungsrecht Sachsen, Stand: Januar 2018
- Widtmann/Grasser/Glaser: *Erhard Glaser u.a.*, Bayerische Gemeindeordnung mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit, Stand: Mai 2018
- Wohlfarth, KommR Saarl.: *Jürgen Wohlfarth*, Kommunalrecht für das Saarland, 3. Aufl. 2003
- Wolff/Bachof/Stober: *Hans J. Wolff/Otto Bachof/Rolf Stober*, Verwaltungsrecht, Bd. 3, 5. Aufl. 2004
- Wolff/Bachof/Stober/Kluth: *Rolf Stober/Winfried Kluth*, Verwaltungsrecht I, 13. Aufl. 2017; Verwaltungsrecht II, 7. Aufl. 2010

Teil 1: Grundlagen

Kapitel 1: Die Verfassungsgarantie gemeindlicher Selbstverwaltung

Literatur

- 1 *Willi Blümel/Rolf Grawert*, Gemeinden und Kreise vor den öffentlichen Aufgaben der Gegenwart, VVDStRL 36 (1978), S. 171–336; *Horst Dreier*, in: Dreier, Art. 28; *Dirk Ehlers*, Die verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, DVBl. 2000, 1301–1310; *Andreas Engels*, Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung, 2014; *Johannes Hellermann*, Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung, 2000; *Hans-Günter Henneke*, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, Art. 28; *Hans-Günter Henneke/Hubert Meyer* (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung zwischen Bewahrung, Bewährung und Entwicklung. Festgabe für Gernot Schlebusch zum 65. Geburtstag, 2006; *Knemeyer/Wehr*, Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, VerwArch. 92 (2001), 317–343; *Wolfgang Löwer*, in: v. Münch/Kunig, Art. 28; *Thomas Mann*, in: BK, Art. 28 Rn. 114–291; *Hartmut Maurer*, Verfassungsrechtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, DVBl. 1995, 1037–1046; *Michael Nierhaus/Andreas Engels*, in: Sachs, Art. 28; *Ulrich Scheuner*, Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, AfK 12 (1973), 1–44; *Eberhard Schmidt-Aßmann*, Kommunale Selbstverwaltung „nach Rastede“, in: Everhardt Franßen/Konrad Redeker/Otto Schlichter/Dieter Wilke (Hrsg.), Bürger – Richter – Staat. Festschrift für Horst Sendler zum Abschied aus seinem Amt, 1991, S. 121–138; *Friedrich Schoch*, Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung nach der Rastede-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, VerwArch. 81 (1990), 18–54; *Klaus Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2. Aufl. 1984, § 12 (S. 391–429); *ders.*, Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung, in: HKWP, 2. Aufl., Bd. 1, S. 204–228; *Peter J. Tettinger*, in: Wolfgang Löwer/Peter J. Tettinger, Kommentar zur Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2002, Art. 78; *ders.*, Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung, in: HKWP, Bd. 1, § 11, S. 187–215; *Kyrill-Alexander Schwarz*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Art. 28; *Kay Waechter*, in: Volker Epping/Hermann Butzer/Frauke Brosius-Gersdorf/Ulrich Haltern/Veith Mehde/Kay Waechter (Hrsg.), Hannoverscher Kommentar zur Niedersächsischen Verfassung, 2012, Art. 57.

I. Grundgesetz

1. Die Mehrschichtigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie

- 2 „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG bildet mit dieser Formulierung das – inzwischen allerdings etwas verwiterte – Fundament des Gemeinderechts in der Bundesrepublik.

Die Norm enthält vor allem eine institutionelle Garantie¹, d.h. sie garantiert eine Einrichtung im Bereich des öffentlichen Rechts, indem sie bestimmt, dass es gemeindliche Selbstverwaltung geben muss. Das geht nicht ohne Gemeinden. Die Garantie der Existenz von Gemeinden, die deshalb unweigerlich Bestandteil der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie ist, wird oft mit einem besonderen Begriff als **institutionelle Rechtssubjektsgarantie** bezeichnet. Die zugunsten der Gemeinden ausgesprochene Gewährleistung eigenverantwortlicher Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft kann dann eigentlich nur als **institutionelle Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung im engeren Sinne** bezeichnet werden. Zusammen mit der institutionellen Rechtssubjektsgarantie der Gemeinde bildet sie die institutionelle Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung im weiteren Sinne.

Zum anderen gewährt Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG nach zutreffender herrschender Meinung Gemeinden ein **subjektives Recht auf Selbstverwaltung**; erst dadurch wird diesen die Möglichkeit eröffnet, sich gegen rechtswidrige Eingriffe in die Selbstverwaltung selbst gerichtlich zur Wehr zu setzen².

¹ Gegen die Verwendung des Begriffs „institutionelle Garantie“ für die in Art. 28 GG klarer als in der Weimarer Verfassung formulierte Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung *Kabl*, S. 446ff., insbes. S. 450ff., weil es bei Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG im Wesentlichen um ein subjektives Recht gehe, und *Walter Schmitt*, in Festschrift Faber, S. 17ff., weil der heutige Verfassungstext eine solche Hilfskonstruktion überflüssig und eher verwirrend mache. Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie beschränkt sich aber nicht auf ein subjektives Recht, von dessen Ausübung etwa abgesehen oder auf welches verzichtet werden könnte. Dazu treffend *Ute Mager*, Einrichtungsgarantien, 2003, S. 348. Dort wird auf S. 335f. zu Recht auch darauf hingewiesen, dass die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie in Anbetracht ihrer Ausgestaltungsbedürftigkeit durch den Gesetzgeber das für Einrichtungsgarantien typische Spannungsverhältnis zwischen Angewiesensein auf und Bedrohung durch den Gesetzgeber aufweist. Dieser Dimension wird auch das von *Waechter*, DV 29 (1996), 47 (63ff.), vertretene Verständnis des Art. 28 Abs. 2 GG als Kompetenzvorschrift nicht gerecht. Wenn man die kommunale Selbstverwaltungsgarantie deshalb als institutionelle Garantie bezeichnet, muss man sich aber darüber im Klaren sein, dass mit Art. 28 Abs. 2 GG nicht mehr nur ein grundsätzlicher und deshalb nur institutioneller – vgl. *Schmitt*, a.a.O., 33 – Schutz der kommunalen Selbstverwaltung begründet ist, sondern dass deren Inhalte damit inzwischen teilweise so differenziert und präzise vorgegeben sind, dass sie auch für den Schutzbereich des subjektiven Selbstverwaltungsrechts der einzelnen Kommune maßgeblich sind. Die herkömmlich angenommene Kluft zwischen institutioneller Garantie und subjektivem Recht besteht insofern nicht mehr. So auch *Schmidt-Aßmann*, Entwicklungen der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, in: Henneke/Meyer, S. 59 (64). Nach *Engels*, insbes. S. 103ff., lassen sich die unterschiedlichen Schichten der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes am besten unter Anwendung der Prinzipientheorie erfassen, die zwischen unmittelbar verbindlichen Rechtsregeln und Rechtsprinzipien, die einer gesetzlichen Ausgestaltung bedürfen, unterscheidet. Zur Problematik weiterhin *Maik Möller*, Subsidiaritätsprinzip und kommunale Selbstverwaltung, 2009, S. 136ff. Vgl. dazu unten Rn. 132.

² Zu diesen drei Schichten der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie *Stern*, in: HKWP, 2. Aufl., Bd. 1, S. 204 (205), und im Anschluss vor allem an dessen ausführliche Kommentierung des Art. 28 GG im Bonner Kommentar (Stand: Dezember 1964) *Mann*, Rn. 149ff.; *Dreier*, Art. 28 Rn. 90ff.; *Tettinger/Schwarz*, Art. 28 Rn. 155ff.; *Nierhaus/Engels*, in: Sachs, Art. 28 Rn. 40ff.; *Henneke*, Rn. 52ff.

- 5 Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG enthält sowohl nach seinem Wortlaut als auch nach seinem Sinn lediglich eine **Mindestgarantie gemeindlicher Selbstverwaltung**³. Er verbietet es nicht, den Gemeinden durch einfaches Bundesgesetz, Landesverfassungsrecht oder einfaches Landesgesetz mehr an Selbstverwaltungsaufgaben einzuräumen oder andere Aufgaben zu übertragen⁴. Damit ist er aber auch keine Auslegungsleitlinie, die es nahelegt, Landesrecht im Sinne einer Deckungsgleichheit mit Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG zu interpretieren⁵. Die Formulierung, dass die Grenzen des Schutzbereichs des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG zugleich Kompetenzgrenzen seien⁶, dürfte jedenfalls im Allgemeinen nicht gegen das Verständnis des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG als Mindestgarantie, die einer gesetzlichen Erweiterung zugänglich ist, gerichtet sein, sondern – zutreffend – die Rechtslage bezeichnen, wie sie bei Fehlen einer solchen Erweiterung besteht⁷.
- 6 Gewiss liegt es schon vom Sinn des Selbstverwaltungsbegriffs, aber auch unter demokratischen Legitimationsaspekten nahe, dass ein Selbstverwaltungsrecht sich auf eigene Angelegenheiten beziehen muss⁸. Aber dazu bedarf es nicht des Bezugs auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in dem allgemein und insbesondere auch vom *Bundesverfassungsgericht* vertretenen Verständnis⁹. Es genügt der Bezug zu Verwaltungstätigkeiten, die in der Gemeinde stattfinden oder die Gemeinde betreffen.¹⁰

³ *BVerwGE* 125, 68 (72f., Rn. 17); *BVerwG*, Urteil v. 16.10.2013 – 8 CN 1/12 –, juris, Rn. 16; *Britz*, NVwZ 2001, 380 (385) m.w.Nachw.; *Löwer*, Art. 28 Rn. 36 (s. aber ebd., Rn. 40, und dazu unten Fn. 10); *Papier*, DVBl 2003, 686 (688); *Dreier*, Art. 28 Rn. 84f.; *Jarass*, DVBl 2006, 1 (3); *Tettinger*, HKWP, Bd. 1, § 11 Rn. 1; *Klaus Lange*, DÖV 2007, 820 (821); *Burgi*, § 6 Rn. 2. Dies übergeht *Scheps*, Das Örtlichkeitsprinzip im kommunalen Wirtschaftsrecht, 2006, passim, insbes. S. 57, 70, 233. A.A. als hier *Nierhaus*, in: HKWP, Bd. 2, § 40 Rn. 24ff. m.w.Nachw.

⁴ *BVerwG*, NVwZ 1998, 952 (952f.); *OVG Münster*, DVBl. 2008, 919 (922); *Burgi*, § 7 Rn. 7. S. auch unten Rn. 52.

⁵ So aber *BWVGH*, NuR 2004, 668 (670).

⁶ Vgl. *Pieroth*, in: *Jarass/Pieroth*, Art. 28 Rn. 18; *Tettinger/Schwarz*, Art. 28 Rn. 173; *Chr. Lux*, NWVBl 2000, 7 (9); *Löwer*, Art 28 Rn. 39ff.

⁷ Vgl. *Britz*, NVwZ 2001, 380 (385). So dürften sich auch die zunächst widersprüchlich klingenden Äußerungen von *Tettinger*, HKWP, Bd. 1, Rn. 1 einerseits und Rn. 10 andererseits erklären.

⁸ Aus dem Demokratieprinzip folgert *Rennert*, in: *Umbach/Clemens* (Hrsg.), Grundgesetz, 2002, Art. 28 II Rn. 113, 119, dass den Gemeinden keine Aufgaben ohne jeden örtlichen Bezug zur Selbstverwaltung übertragen werden dürfen. Diesen örtlichen Bezug weisen aber nicht nur die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft i.S.d. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG auf. Das spricht auch gegen die Äußerung von *Löwer*, Art. 28 Rn. 40, dass das Demokratieprinzip einer über die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft hinausgehenden gesetzlichen Erweiterung der gemeindlichen Verbandskompetenz entgegenstehe. Diese Äußerung ist überdies mit den Ausführungen von *Löwer*, Art. 28, Rn. 34, nicht ohne Weiteres zu vereinbaren. Dazu oben Fn. 5.

⁹ S. unten Rn. 19ff.

¹⁰ *Klaus Lange*, DÖV 2007, 820 (821). Dafür, dass der Bundesgesetzgeber es genauso sieht, spricht etwa der Umstand, dass den Gemeinden durch das Baugesetzbuch die eigenverantwortliche Wahrnehmung überörtlicher Belange wie des Klimaschutzes und insbesondere der Nutzung erneuerbarer Energien sowie der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. f BauGB) in der Bauleitplanung überlassen worden ist. S. des Näheren unten Rn. 23ff.

2. Institutionelle Rechtssubjektsgarantie der Gemeinden

Mit Gemeinden im Sinne des Artikels 28 Abs. 2 Satz 1 GG können grundsätzlich nur die Einrichtungen gemeint sein, die man bei Schaffung des Grundgesetzes unter dieser Bezeichnung kannte. Gemeinden sind danach öffentlichrechtliche Körperschaften, die aus den Einwohnern des der Gemeinde nach geltendem Recht zugeordneten Gebiets bestehen. Ihr Charakter als **Gebietskörperschaften** mit einem in dieser Weise räumlich bestimmten Mitgliederkreis¹¹ muss als verfassungsrechtlich gewährleistet angesehen werden, wenn die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie nicht durch Abschaffung oder grundlegende Veränderung der Gemeinden soll unterlaufen werden können.

Die **Rechtsfähigkeit** wird bereits als Begriffsmerkmal der Gebietskörperschaft angesehen¹². Jedenfalls gehört die Rechtsfähigkeit der Gemeinde, also ihre Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, zum überkommenen Bild der Gemeinde, das von der institutionellen Rechtssubjektsgarantie abgedeckt wird. Gemeindliche Selbstverwaltung ist ohne sie auch gar nicht vorstellbar¹³.

Gute Gründe sprechen dafür, zum verfassungsrechtlich vorgegebenen Gemeindebegriff darüber hinaus noch andere Merkmale wie eine minimale **Geschlossenheit der Siedlungsstruktur** zu rechnen, die beispielsweise einer Gebietsreform entgegenstünde, welche nur noch vergleichsweise monströsen Gebilden gemeindliches Selbstverwaltungsrecht zuerkennen wollte¹⁴. Eine Gemeinde braucht al-

¹¹ Die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einem bestimmten Gebiet ist das konstituierende Merkmal der Gebietskörperschaft. Vgl. *Hans J. Wolff/Otto Bachof*, Verwaltungsrecht II, 4. Aufl. 1976, S. 176. Dass Gebietskörperschaften in einem größeren Umfang Aufgaben wahrnehmen, ist entgegen *Ehlers*, in: *Ehlers/Pünder*, § 1 Fn. 55, kein weiteres notwendiges Begriffsmerkmal der Gebietskörperschaft, sondern die faktische Folge des Umstandes, dass die Mitglieder der Gebietskörperschaft nicht nach bestimmten Eigenschaften ausgewählt werden, sondern allein nach ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Raum. Damit eignet sich die Gebietskörperschaft wenig für Spezialaufgaben, sondern vor allem für Aufgaben, die im Wesentlichen alle angehen.

¹² So *Kluth*, in: *Wolff/Bachof/Stober*, Bd. 3, § 87 Rn. 19. Das erscheint allerdings nicht unzweifelhaft, vgl. die Beispiele für nicht-rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts bei *Hans J. Wolff/Otto Bachof*, Verwaltungsrecht II, 4. Aufl. 1976, § 84 III. a) 3.

¹³ Die hamburgischen Bezirke sind mangels Rechtsfähigkeit und wegen der ihnen fehlenden Allzuständigkeit keine Kommunen und mit diesen auch nicht vergleichbar (*BVerfG*, DVBl. 2008, 236 [239]). Nach *BVerwG*, NVwZ 2013, 663, sind auch die Berliner Bezirke keine Gemeinden i.S. des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG, da Berlin nach Art. 1 Abs. 1 der Verfassung von Berlin ein deutsches Land und zugleich eine Stadt, allein Berlin also eine Gemeinde (Einheitsgemeinde) ist. Anders die Freie Hansestadt Bremen, die nach Art. 143 ihrer Landesverfassung einen aus der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven, die jede für sich eine Gemeinde des bremischen Staates sind, gebildeten Gemeindeverband höherer Ordnung darstellt (vgl. *BVerwGE* 138, 226 [234 Rn. 42]).

¹⁴ Überschaubarkeit kommunaler Selbstverwaltungskörperschaften ist Voraussetzung für die Aktivierung der Einwohner für ihre eigenen Angelegenheiten. Vgl. *Henneke/Ritgen*, DVBl. 2007, 1253 (1265), *Wendel*, LKV 2011, 488; (differenzierend) *SachsAnhLVerfG*, NVwZ-RR 2014, 289 (291). Nach *Engels*, S. 139, 225 ff., fallen auch die organisationsstrukturellen Grundlagen einschließlich der Binnenorganisation und der Finanzausstattung unter die verfassungsrechtliche Garantie der Einrichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

lerdings nicht zwingend aus einem einheitlichen zusammenhängenden Gemarkungsgebiet zu bestehen¹⁵.

10 Die institutionelle Rechtssubjektsgarantie der Gemeinde wird verletzt, wenn Gemeinden so verändert werden, dass sie ihrem danach vorgegebenen Bild nicht mehr entsprechen. Eine solche Denaturierung der Gemeinde ist auch dann schon verfassungswidrig, wenn sie nur eine einzelne Gemeinde trifft.

11 Der Auflösung einzelner Gemeinden oder Änderungen ihres Gebiets, die mit dem überkommenen Gemeindemodell noch vereinbar sind, steht die institutionelle Rechtssubjektsgarantie aber nicht entgegen. Das wird von der h.M damit begründet, dass Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG die Gemeinden nur institutionell, aber nicht individuell gewährleiste¹⁶. Es gehöre jedoch zum verfassungsrechtlich garantierten Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung, dass **Bestandsänderungen** und **Gebietsänderungen** von Gemeinden nur aus Gründen des öffentlichen Wohls und nach vorheriger Anhörung der betroffenen Gebietskörperschaften zulässig seien¹⁷.

12 Indessen verlangt es einige begriffliche Artistik, die Auflösung einer Gemeinde durch ein Bundesland – genauer: deren Gemeinwohlorientierung – als Bestandteil der eigenverantwortlichen gemeindlichen Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft – und sogar von deren Kernbereich – zu verstehen; nur das Recht hierauf ist den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG garantiert. Sachlich überzeugender erscheint es, die genannten Anforderungen an gemeindliche Bestands- und Gebietsänderungen bereits der Rechtssubjektsgarantie der Gemeinden zu entnehmen¹⁸. Denn wenn mit ihr Gemeinden gemeint sind, wie man sie bereits bei Schaffung des Grundgesetzes kannte, dann sind auch diese Voraussetzungen einer Gemeindeauflösung oder Änderung des Gebiets einer Gemeinde durch den Staat von ihr umfasst. Bereits vor Inkrafttreten des Grundgesetzes durften Gemeindegrenzen nur nach Anhörung der Gemeinde und aus Gründen des öffentlichen Wohls geändert werden¹⁹. Da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass die institutionelle Rechtssubjektsgarantie der Gemeinde insofern irgendwelchen Einschränkungen zugänglich sein könnte, unterscheidet sich die Zuordnung der Voraussetzungen einer Bestands- oder Gebietsänderung zur Rechtssubjektsgarantie der Gemeinden im Ergebnis nicht von dem Standpunkt des *BVerfG*.

¹⁵ *BbgVerfG*, Urteil vom 16.6.2005 – VfGBbg 48/03 –. S. auch *BWStGH*, ESVG 25, 1(14).

¹⁶ *BVerfGE* 50, 50.

¹⁷ *BVerfGE* 50, 50; 86, 90 (107); 107, 1 (24). Ebenso zur Auflösung von Landkreisen *SächsAnbLVerfG*, Urteil v. 9.3.2007 – LVG 7/06 –; *SächsVerfGH*, NVwZ 2009, 39 (40); Urteil v. 26.6.2009 – Vf. 79-II/08 –, S. 33, und zur Auflösung und Eingliederung von Verbandsgemeinden *RbPfVerfGH*, Urteil v. 8.6.2015 – VGH N 18/14 –, juris, Leitsatz 1. Zum verfassungsmäßigen Recht betroffener Kommunen auf Anhörung *Perne*, LKRZ 2014, 276.

¹⁸ In diesem Sinne offenbar auch *ThürVerfGH*, LVerfGE 7, 361 (380) sowie *Röhl*, in: Schoch, Kap. 2 Rn. 29; *Löwer*, Art. 28 Rn. 46f.

¹⁹ *BGH*, DVBl 1953, 117 (117f.); *Hoppe/Rengeling*, Rechtsschutz bei der kommunalen Gebietsreform, 1973, S. 11. Vgl. auch *BVerfGE* 50, 50; *Gönnenwein*, S. 78f.

Die Bindung von Gemeindeauflösungen und gemeindlichen Gebietsveränderungen an das öffentliche Wohl hat das *BVerfG* im Anschluss an die Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte überzeugend zunächst wie folgt konkretisiert: „Das Verfassungsgericht hat insbesondere nachzuprüfen, ob der Gesetzgeber den für seine Maßnahmen erheblichen Sachverhalt zutreffend und vollständig ermittelt und dem Gesetz zu Grunde gelegt hat, ob er alle Gemeinwohlgründe sowie die Vor- und Nachteile der gesetzlichen Regelung umfassend und in nachvollziehbarer Weise abgewogen hat und ob der gesetzgeberische Eingriff geeignet, erforderlich und verhältnismäßig ist und die Gebote der Sach- und Systemgerechtigkeit beachtet. Soweit indessen über die Zielvorstellungen, Sachabwägungen, Wertungen und Prognosen des Gesetzgebers zu befinden ist, darf sich das Verfassungsgericht nicht an die Stelle des Gesetzgebers setzen, sondern hat seine Nachprüfung darauf zu beschränken, ob die Einschätzungen und Entscheidungen des Gesetzgebers offensichtlich fehlerhaft oder eindeutig widerlegbar sind oder der verfassungsrechtlichen Wertordnung widersprechen“²⁰. *Schmidt-Aßmann* hat darauf hingewiesen, dass in der neueren Recht-

13

²⁰ *BVerfGE* 50, 50 (51) m.w.Nachw.; s. auch *BVerfGE* 86, 90 (109); *NWVerfGH*, DVBl 1970, 794 (795); NJW 1976, 231; *BayVerfGH*, DVBl 1975, 28 (29, 35 m.w.Nachw.); NJW 1978, 773; *RbPVerfGH*, Urteil v. 8.6.2015 – VGH N 18/14 –, juris, Rn. 163 f. (wonach es deshalb unabdingbar ist, dass der Gesetzgeber seiner Entscheidung eine Begründung beigibt, aus der die für den Abwägungsprozess und sein Ergebnis relevanten Gesichtspunkte erkennbar werden); Urteil v. 29.1.2016 – VGH N 11/14 –, juris, Rn. 71 ff.). Vgl. weiterhin *Stern*, Staatsrecht, Bd. 1, S. 307 m.w.Nachw.; *Mann*, Rn. 201 ff. Im Einzelnen *Hoppe/Rengeling* (oben Fn. 21); *Stüer*, Funktionalreform und kommunale Selbstverwaltung, 1980, S. 145 f.; *Janbernd Oebbecke*, Materielle Verfassungsmäßigkeit kommunaler Gebietsreformen, in: Veit Mehde/Ulrich Ramsauer/Margrit Seckelmann (Hrsg.), Staat, Verwaltung, Information. Festschrift für Hans Peter Bull zum 75. Geburtstag, 2011, S. 715. Zur diese Kriterien konkretisierenden neueren Rechtsprechung hinsichtlich Gebietsreformen in den ostdeutschen Bundesländern *BbgVerfG*, LKV 2004, 313; *LVerfGE* 15, 90 (97 ff.); *SächsVerfGH*, *LVerfGE* 10, 375 (393 ff.); LKV 2009, 372; *SachsAnhLVerfG*, LKV 2009, 367; Urteil v. 31.8.2011 – LVG 48/10 –, *ThürVerfGH*, *LVerfGE* 5, 391 (411 ff.); 7, 361 (376 ff.); *Stüer/Landgraf*, LKV 1998, 209; *Brinktrine/Unnerstall*, LKV 2000, 330; *Schmabl*, DVBl 2003, 1300; *Grünwald*, LKV 2004, 302; *ders.*, LKV 2006, 109; *Katz/Ritgen*, DVBl. 2008, 1525 (1526 f.). Zu den Voraussetzungen einer Einkreisung bislang kreisfreier Städte *SächsVerfGH* BeckRS 2008 35585. Generell zu den heutigen verfassungsrechtlichen Kontrollmaßstäben kommunaler Gebietsreform *Kluth*, in: Wolff/Bachof/Stober, Bd. 3, § 94 Rn. 111 ff.; *Stüer*, DVBl. 2007, 1267 (1268 ff.); *Imo Gebhardt*, Das kommunale Selbstverwaltungsrecht, 2007, S. 55 ff.; *Burgi*, Kommunale Selbstverwaltung und Sozialstaatlichkeit, in: Schimanke (Hrsg.), Verwaltung und Raum, 2010, 143 (148 ff.); *Hubert Meyer*, NVwZ 2013, 1177; *Christoph Brüning*, (Verfassungs-)Rechtliche Maßstäbe an Funktional- und Territorialreformen, in: *ders./Joachim Suerbaum* (Hrsg.), Die Vermessung der Staatlichkeit. Symposium zu Ehren von Rolf Grawert anlässlich seines 75. Geburtstages, 2013, S. 97 (106 ff.). Kritisch zur Kontrolldichte der Landesverfassungsgerichte *Bull*, DVBl. 2008, 1 (2 ff.); *Joachim Wieland*, Verfassungsgerichtliche Kontrolle von Gebietsreformen, in: Festschrift für Hans Peter Bull zum 75. Geburtstag (s. oben), S. 923 (940 f.). Einen Überblick über die kommunalen Gebiets- und Funktionalreformen in Deutschland bieten *Sabine Mecking/Janbernd Oebbecke* (Hrsg.), Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive, 2009, und aus jüngerer Zeit *Hubert Meyer*, Ergebnisse und Perspektiven der Gebiets- und Funktionalreformen des letzten Jahrzehnts, in: Hans-Günter Henneke (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung in der Bewährung, 2013, 157.

sprechung Fragen des Neugliederungsmodells und der Konsistenz der Einzelentscheidungen im Rahmen dieses Modells Bedeutung gewinnen. Hieran lasse sich ansatzweise das auch sonst in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung deutlicher werdende Bemühen erkennen, komplexe Regelungssituationen dadurch zu entflechten, dass die rationalisierende Wirkung vorher erarbeiteter Konzepte ins Spiel gebracht werde.²¹

- 14 Die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie umfasst zwar grundsätzlich auch einen **Bestandsschutz der gewählten Organe** für die Dauer der Wahlperiode, gestattet aber deren vorzeitige Auflösung, wenn gewichtige Gründe des Gemeinwohls dies gebieten, wie es bei der Auflösung einer Gemeinde der Fall sein kann²².
- 15 Entsprechendes wie für Gemeindeauflösungen gilt für Änderungen von **Gemeindennamen** durch den Gesetzgeber. Auch sie ist nur nach Anhörung der Gemeinde und aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig, wobei das *BVerfG* jedenfalls die Pflicht zur Anhörung der Gemeinde zum verfassungsrechtlich geschützten Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung zählt²³. Richtiger dürfte es auch hier sein, die genannten Voraussetzungen der Namensänderung einer Gemeinde als Bestandteil der Rechtssubjektsgarantie anzusehen.

3. Institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung

- 16 Im Mittelpunkt des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG steht die institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung im engeren Sinn. Sie bedeutet nach dem Sinnzusammenhang des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG mit den Absätzen 1 und 3 dieses Artikels und nach seiner Einbettung in den „Der Bund und die Länder“ überschriebenen II. Abschnitt des Grundgesetzes in erster Linie, dass die Länder die gemeindliche Selbstverwaltung zu ermöglichen haben. Sie verpflichtet nach ihrer weiten Wortfassung und ihrem Zweck aber darüber hinaus alle Träger staatlicher Gewalt, also etwa auch den Bund, die Landkreise und andere Gemeinden²⁴. Maßnahmen von Hoheitsträgern, welche die institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung verletzen, sind rechtswidrig und, soweit es sich um Rechtsnormen handelt, deshalb grundsätzlich nichtig. Das gilt auch für

21 *Schmidt-Aßmann*, Entwicklungen der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, in: Henneke/Meyer, S. 59 (70f.) unter Bezugnahme insbesondere auf *BVerfGE* 86, 90 (108f.), wo allerdings doch eine starke Kontinuität zu der früheren Rechtsprechung gewahrt zu sein scheint. Vgl. auch *ThürVerfGH*, KommJur 2017, 291 (292); Urteil v. 9.6.2017 – *VerfGH* 61/16 –, juris, Rn. 121ff.

22 *SachsAnhLVerfG*, Urteil v. 31.8.2011 – LVG 48/10 –.

23 *BVerfGE* 59, 216 (227ff.).

24 *Schoch*, Stand der Dogmatik, in: Henneke/Meyer, S. 11 (23f.). *BVerwGE* 127, 155 (157f., Rn. 22), hebt demgegenüber darauf ab, dass Art. 28 Abs. 2 GG sich nach seinem Wortlaut und seiner systematischen Stellung im Grundgesetz an die Länder wende, und lässt dahingestellt, ob der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie eine interkommunale Geltung, also im Verhältnis der einen Gemeinde zur anderen, unmittelbar zukomme. Dafür *BVerwGE* 40, 323 (329f.); *Kühling*, NJW 2001, 177 (179); *Suerbaum*, in: Ehlers/Fehling/Pünder, Bd. I, § 13 Rn. 62. Dafür, dass Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG die Gemeinden auch in deren Verhältnis zum Kreis schützt, *BVerwGE* 145, 378 (391, Rn. 36).

eine Privatisierung gemeindlicher Aufgaben durch den Staat²⁵. Private werden durch die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie hingegen nicht gebunden. Aktivitäten privater Energieversorgungsunternehmen, welche gemeindliche Versorgungsunternehmen beeinträchtigen, kann sie mithin nicht entgegeng gehalten werden²⁶. Das Selbstverwaltungsrecht schützt die Gemeinden nicht vor privater Konkurrenz²⁷.

Im Einzelnen wirft die institutionelle Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung schwierige Probleme auf, die sich zum großen Teil aus der Diskrepanz zwischen ihrer Formulierung und der gesellschaftlichen Realität ergeben. 17

a) Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft

Diese Schwierigkeiten betreffen besonders den Gegenstand der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie. Ihr unterliegen nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“. Weil sie sich auf alle diese Angelegenheiten bezieht, spricht man von der Allzuständigkeit der Gemeinde²⁸ oder der Universalität des gemeindlichen Wirkungskreises²⁹. Aber diese Allzuständigkeit oder Universalität bezieht sich eben nur auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, und deren Abgrenzung ist das Problem. 18

Das *BVerfG* definierte die von ihm auch als Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises bezeichneten Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in seiner Rastede-Entscheidung als „diejenigen Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindeeinwohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen“³⁰. Inzwischen spricht es etwas einfacher von „Aufgaben, die das Zusammenleben und -wohnen der Menschen vor Ort betreffen oder einen spezifischen Bezug darauf haben“³¹. Wesentlich anderes dürfte damit aber nicht gemeint sein. 19

Gerade gegen die Definition der gemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben durch einen spezifischen Bezug auf die örtliche Gemeinschaft ist vor einigen Jahrzehnten in einer heute im Wesentlichen verstummten, aber sachlich nicht 20

25 Frenz, DV 28 (1995), 33 (50f.); Wieland/Hellermann, DVBl. 1996, 401 (408). A.A. Löwer, Art. 28 Rn. 44.

26 So Scheuener, AfK 12 (1973), 1 (3) Fußn. 6 m.w.Nachw. hier und auf S. 22 Fn. 55; im gleichen Sinne Tettinger/Schwarz, Art. 28 Rn. 165. Vgl. auch Schmidt-Aßmann, Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, in: Badura/Dreier (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre BVerfG, Bd. 2, 2001, S. 803 (809); Dreier, Art. 28 Rn. 98.

27 Vgl. BayVerfGHE 49, 79 (86ff.) – kein Schutz der Gemeinde vor Zulassung privater Konkurrenz beim Betrieb von Feuerbestattungsanlagen.

28 So BVerfGE 1, 167 (175); 21, 117 (128); 50, 195 (200); 79, 127 (146f.).

29 Vgl. Mann, Rn. 172 Tettinger, Verfassungsgarantie, Rn. 6.

30 BVerfGE 79, 127 (127 [Leitsatz 4], 151f.)

31 BVerfGE 138, 1 (16, Rn. 45); BVerfG, Urteil v. 21.11.2017 – 2 BvR 2177/16 –, juris, Rn. 70. Zur Überzeugungskraft der Formulierungsänderung Klaus Lange, ZG 2018, 75 (77).

unberechtigten Kontroverse eingewandt worden, dass es eine örtliche Gemeinschaft im Sinne einer gerade durch den gemeinsamen Wohnsitz verbundenen sozialen Einheit überhaupt nicht mehr gebe und dass örtliche und überörtliche Aufgaben in Anbetracht der heutigen Verflochtenheit aller Angelegenheiten gar nicht mehr unterschieden werden könnten³². Obendrein führe ein Festhalten am Örtlichkeitsmaßstab wegen der zunehmenden Einbeziehung gemeindlicher Aufgaben in überörtliche Zusammenhänge und Aufgaben zu einem ständigen Aufgabenverlust der Gemeinden und damit zu einer Umkehrung der Schutzrichtung des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG.³³ Auf das Gefälle hin zu einem „Entörtlichungsprozess“ infolge der wachsenden Anforderungen, welche an die Art und Weise des Aufgabenvollzugs im Hinblick auf die Notwendigkeiten des modernen Sozial- und Leistungsstaates, der ökonomischen Entwicklung und der ökologischen Vorsorge gestellt werden müssen, hat auch das *BVerfG* hingewiesen³⁴.

21 Von einem Teil des Schrifttums ist aus dieser Kritik die Folgerung gezogen worden, dass die Gemeinden – unbeschadet des in Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG vorbehaltenen Rahmens der Gesetze – für alle (staatlichen Verwaltungs-)Aufgaben zuständig seien, ohne dass es auf deren Örtlichkeit oder Überörtlichkeit ankäme^{35 36}. Dieser Standpunkt ist jedoch mit dem auf die Örtlichkeit abstellenden Text des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG unvereinbar.

22 Eine andere Konsequenz hat *Grawert* aus der auch von ihm angenommenen Ununterscheidbarkeit örtlicher und überörtlicher Angelegenheiten gezogen: Er hat Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG als „unbeschriebene Substanzgarantie“³⁷ bezeichnet, wonach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG nur eine nicht mehr auf feste Bereiche zugeschnittene Substanz gemeindlicher Selbstverwaltung mit der Möglichkeit eigener Entscheidung sicherstellt. Aber diese Substanz muss vom Landesgesetzgeber aufgefüllt werden, wenn er es nicht beim Status quo belässt³⁸. Trotz des Beifalls, den *Grawerts* Sicht teilweise erhalten hat³⁹, wird man sich ihr nicht anschließen können. Durch eine derartige Freistellung des Gesetzgebers wird die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG mit der

32 Vgl. *Scheuner*, AfK 12 (1973), 2f.; *Burmeister*, Verfassungstheoretische Neukonzeption der kommunalen Selbstverwaltung, 1977, S. 24 m.w.Nachw.: *Blümel*, Gemeinden und Kreise vor den öffentlichen Aufgaben der Gegenwart, VVDStRL 36 (1978), S. 360; *Ossenbühl*, Diskussionsbeitrag, in: VVDStRL 36 (1978), S. 374; symptomatische Beschreibung für das Umweltrecht bei *Schmidt-Aßmann*, NVwZ 1987, 265.

33 So *Burmeister* (oben Fn. 34), S. 23; *Grawert*, Gemeinden und Kreise vor den öffentlichen Aufgaben der Gegenwart, VVDStRL 36 (1978), S. 287, 334.

34 *BVerfGE* 79, 127 (148).

35 So *Burmeister* (oben Fn.34), S. 74f., der lediglich die unmittelbare Berührung der Rechts- oder Interessenssphäre des Bürgers als Einschränkung nennt.

36 Im Hinblick auf die landesverfassungsrechtlichen Gewährleistungen der gemeindlichen Selbstverwaltung wird man dies in der Tat zum Teil so sehen müssen, vgl. unten II.; Rückwirkungen auf Art. 28 Abs. 2 GG kann dies aber nicht haben.

37 *Grawert*, VVDStRL 36 (1978), S. 295; Diskussionsbeitrag, ebd., S. 381; Schlusswort, ebd., S. 400.

38 *Grawert*, ebd.

39 Vgl. *Häberle*, Diskussionsbeitrag, in: VVDStRL 36 (1978), S. 357f.

Sachregister

Die fett gedruckten Zahlen verweisen auf die Kapitel,
die mageren auf die Randnummern im jeweiligen Kapitel. Verweisungen auf die
Randnummern können sich auch allein auf dazugehörige Fußnoten beziehen.

- Abfallentsorgung 11 20; **13 131, 139;**
14 34, 39
- Abgaben 15 6ff.
- Abgabenbescheid durch Private 11 79;
13 119; 15 6
 - Satzung 4 117f.
 - siehe auch Beiträge; Gebühren; Kultur-
förderabgabe; Sonderabgaben; Steuern;
Vorzugslasten
- Ablösung des Bürgermeisters 17 153
- Abstimmung 7 153ff.
- En-bloc-Abstimmung 7 156
 - Geheime Abstimmung 7 159ff., 183ff.
 - Namentliche Abstimmung 7 162
 - Offene Abstimmung 7 156ff.
 - Offenlegung 7 163
 - Schriftliches Verfahren 7 163
 - siehe auch: Beschlüsse der Gemeinde-
vertretung; Mehrheiten; Wahlen durch
die Gemeindevertretung
- Abwasserbeseitigung 11 20; **13 35, 37, 109,**
113, 135, 139, 148; 14 34, 39
- Abwassergebühren 15 126f.
- Akteneinsicht siehe: Gemeindevertreter,
Akteneinsichtsrecht
- Allgemeine Aufsicht siehe: Rechtsaufsicht
- Allgemeine Grundsätze für die Verwaltung
4 100ff.
- Amt 19 118ff.
- Amtliche Äußerungen 1 60; 4 53; **8 23, 34**
- Amtsblatt siehe: Mitteilungsblätter
Amtshaftung 13 107ff.
- Angelegenheiten der örtlichen Gemein-
schaft 1 18ff.
- Keine Belange lediglich einzelner Ge-
meindeeinwohner 1 34, 136
- Anordnung der Kommunalaufsichtsbe-
hörde 17 102ff.
- bei gemeindlichem Ermessensspiel-
raum 17 105
- Anschluss- und Benutzungszwang
13 125ff.
- Allgemeine Handlungsfreiheit 13 142
 - Ausnahmen 13 144ff.
 - Bedeutung 13 125ff.
 - Berufsfreiheit 13 140f.
 - Beschränkungen 13 144ff.
 - Beurteilungsspielraum 13 138
 - Durchsetzung 13 152f.
 - Eigentumsgarantie 13 139
 - Ermächtigungsgrundlage 12 19
 - Grundfreiheiten 13 143
 - Öffentliches Bedürfnis 13 133ff.
 - Übermaßverbot 13 136
 - Volksgesundheit 13 135
 - Wirtschaftliche Unternehmen 14 49
- Anspruch auf angemessene Finanzaus-
stattung 15 183ff., 221
- Angemessene Finanzausstattung
15 201ff.
 - Finanzielle Mindestausstattung
15 189ff.
 - Leistungsfähigkeit des Landes 15 190ff.,
201ff.
 - Mindestmaß freiwilliger Selbstverwal-
tung 15 189, 195ff.
 - Verfahrensanforderungen 15 207
 - Verteilungssymmetrie 15 202, 205
- Anzeigepflicht 17 177f.
- Appropriationsprinzip siehe: Haushalts-
plan, sachliche Bindung
- Äquivalenzprinzip 11 92; 15 87ff.
- Arbeitsplatzsicherung 14 84
- Atomwaffen, Stationierung 1 37
- Aufgabenprivatisierung siehe: Privati-
sierung
- Aufgabensicherung 16 52

- Aufgabenüberbürdung 1 114
 Aufgabenübertragung durch Bund 2 86ff.
 Aufgabenübertragung auf andere Verwaltungsträger 4 129
 Aufgabenverteilungsprinzip siehe:
 Gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie
 Aufgabenzuweisung siehe: Aufgabenüberbürdung
 Aufhebung siehe: Beanstandung, Aufhebung
 Aufhebungsverlangen siehe: Beanstandung, Aufhebungsverlangen
 Auflösung der Gemeindevertretung 17 143ff.
 – Rechtscharakter 17 151
 – Rechtsfolgen 17 152
 – Voraussetzungen 17 144ff.
 – Zuständigkeiten 17 150
 Auflösung einzelner Gemeinden 1 11ff.; 2 39ff.
 Aufsicht siehe: Kommunalaufsicht
 Aufsichtsmittel 17 62ff.
 – Numerus clausus der Aufsichtsmittel 17 64
 – Präventive Aufsichtsmittel 17 62ff.
 – Repressive Aufsichtsmittel 17 62, 64, 66
 – siehe auch: Ablösung des Bürgermeisters; Anordnung; Anzeigepflicht; Auflösung der Gemeindevertretung; Genehmigung; Beanstandung; Beauftragter (Kommunalaufsicht); Ersatzvornahme; Insolvenz; Unterrichtsrecht; Zulassung von Ausnahmen; Zwangsvollstreckung
 Auftragsangelegenheiten 8 111ff.; 11 25ff.
 – Anwendungsbereich 11 33ff.
 – Bedeutung 11 25ff.
 – Keine Zuweisung durch Gewohnheitsrecht 11 43
 – Überholte Begriffsbildung 11 54
 – Rechtsschutz gegen Weisungen 11 37ff.
 – Voraussetzungen 11 42ff.
 Aufwandsteuern 15 28
 – siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
 Ausfertigung 12 35ff.
 – Identitätsfunktion 12 35ff.
 – Legalitätsfunktion 12 41ff.
 Ausländerbeiräte 9 15f.
 – Wahlrechtsgleichheit 9 16
 Ausnahmen siehe: Zulassung von Ausnahmen
 Ausschuss der Regionen 1 165
 Ausschüsse 6 80ff.
 – Auflösung 6 150
 – Ausschussmitglieder 6 107ff.
 – Beanstandung 8 143ff.
 – Beratende Ausschüsse 6 87ff.
 – Beratende Mitglieder 6 144
 – Beschließende Ausschüsse 6 90ff.
 – Bestimmung der Ausschussmitglieder 6 117ff.
 – Einberufung 6 153f.
 – Externe Ausschussmitglieder 6 110ff., 147ff.
 – Fehlerhafte Besetzung 6 149
 – Fraktionen 6 118ff.
 – Grundmandat 6 109
 – Hauptausschuss 4 72; 6 101ff., 106
 – Jugendhilfeausschuss 6 82
 – Mehrheitsprinzip 6 119ff.
 – Minderheitenschutz 6 144ff.
 – Nichtöffentliche Sitzungen 6 155f.
 – Öffentliche Sitzungen 6 155
 – Spiegelbildlichkeit 6 108, 118ff.
 – Tagesordnung 6 153f.
 – Über-Aufrundung 6 130
 – Verfahren 6 151ff.
 – Verwaltungsausschuss 4 73; 6 105
 – Vorsitz 6 152
 – Widerspruch 8 142ff.
 – Zählgemeinschaften 6 133ff.
 Außerplanmäßige Ausgaben etc. 4 152ff.; 16 85ff.
 Badeanstalt 13 77
 Bankgeschäfte 14 119
 Bauleitplanung 11 20
 Baulanderschließung 11 20
 Beanstandung 17 75ff.
 – Adressat 17 101
 – Anordnungen 17 78
 – Aufhebung 17 92
 – Aufhebungsverlangen 17 82ff.
 – Aufschiebende Wirkung 17 90f.
 – Bedeutung 17 75ff.
 – Beschlüsse 17 78
 – Folgemaßnahmen 17 93ff.
 – Form 17 100

- Rechtscharakter 17 99
- Vorbeugende Beanstandung 17 79
- Beauftragte 9 17f.
- Beauftragter (Kommunalaufsicht)
 - 17 131 ff.
 - Ausmaß der Beauftragung 17 139
 - Auswahl 17 138
 - Bestellungsvoraussetzungen 17 131 ff.
 - Rechtsstellung 17 141
- Beigeordnete 8 38ff.; 18 43ff.
- Abgrenzung der Geschäftskreise 4 97; 8 86
- Abberufung siehe: Abwahl
- Abwahl 8 49ff.
- Aufgaben 8 4
- Bestellung 8 38
- Rechtsstellung 8 39f.
- Vertretung des Bürgermeisters 8 41f.
- Übertragung von Aufgabenbereichen 8 43f.
- Wahl 8 46ff.
- Weisungsgebundenheit 8 41, 45
- Beihilfen 14 266ff.
 - Almunia-Paket 14 270
 - Altmark-Entscheidung 14 270f.
 - Ausgleichsansatz 14 272
 - Beihilfeansatz 14 272
 - De-Minimis-Verordnung 14 273
 - Durchsetzung des Beihilfeverbots 14 275
 - Notifizierungspflicht 14 269, 272f.
 - Soziale Dienstleistungen 14 273
 - Verkehrssektor 14 274
- Beiräte 6 157f.; 9 17f.
- Beitrag 15 11, 13, 78ff., 159ff.
 - Abrechnungseinheit 15 167f.
 - Anschlussbeitrag (Abwasserbeseitigung) 15 169ff.
 - Aufwandsüberschreitungsverbot 15 172
 - Beitragsbemessung 15 163ff.
 - Gesetzliche Grundlage 15 80ff.
 - Satzungserfordernis 15 83
 - Umstellung auf Gebühren 15 159
- Bekanntmachung siehe: Satzungen
- Beliehener 11 91; 15, 95
- Benutzungsgebühren 13 120ff.
 - Bemessungszeitraum 15 129
 - Betriebswirtschaftlicher Kostenbegriff 15 118f.
 - Einrichtungsbezogene Erforderlichkeit 15 119
 - Einwohnerprivilegierung 15 137
 - Fremdleistungsentgelte 15 122
 - Gebührenbemessung 15 124ff., 130ff.
 - Gebührenkalkulation 15 119ff.
 - Gewinnerzielung 13 123; 15 104
 - Globalprinzip 15 103
 - Grundgebühren 15 128
 - Kostenbezogene Erforderlichkeit 15 119
 - Kostendeckungsgebot 15 102ff.
 - Kostenunterschreitungsverbot 15 109ff.
 - Kostenüberschreitungsverbot 15 103ff.
 - Pflicht zur Gebührenerhebung 15 98ff.
 - Typengerechtigkeit 15 128
 - Umstellung auf Beiträge 15 159
 - Wahrscheinlichkeitsmaßstab 15 126f.
 - Wirklichkeitsmaßstab 15 126f.
 - siehe auch: Abwassergebühren; Feuerwehrkosten; Gebühren; Kindergartengebühr; Kostendeckungsprinzip; Straßenreinigungsgebühren
- Benutzungszwang siehe: Anschluss- und Benutzungszwang
- Beratung der Einwohner 2 21
- Berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder 5 9; 8 56
 - siehe auch: Beigeordnete
- Beschlüsse der Gemeindevertretung 7 153ff.
 - Abänderung 7 259ff.
 - Ausführung 7 241 ff.; 8 121, 125
 - Außenwirkung 7 239ff.
 - Beanstandung siehe: Bürgermeister, Gemeindevorstand
 - Innenwirkung 7 239ff.
 - Öffentliche Bekanntmachung 7 173
 - Nichtigkeit 7 220ff.
 - Rechtswidrigkeit 7 220ff.
 - Vorbereitung 8 121ff.
 - Vorratsbeschluss 4 116
 - Widerspruch siehe: Bürgermeister, Gemeindevorstand
 - siehe auch: Abstimmungen; Mehrheiten; Ordnungsvorschriften
- Besetzungsvorschläge 7 178ff.
- Besondere Arbeitsgemeinschaften 19 36, 38
- Bestandsänderungen 1 11ff.; 2 39ff.

- Bestattungen 13 84, 141; 14 42, 61, 88, 144, 146ff.
- Beteiligtenfähigkeit der Gemeinde 2 6
- Beteiligungsgesellschaften siehe: Gesellschaften des Privatrechts
- Bettensteuer siehe: Übernachtungssteuer
- Bezeichnung „Stadt“ u.a. 2 58ff.; 4 90
- Bezirke (Bayern) 19 130
- siehe auch: Ortsbezirke
- Bezirksverband Pfalz 19 131
- Bezirksverband Oldenburg 19 129
- Bibliotheken 13 22, 58
- Bilanz 16 46, 118
- Bolzplatz 13 106
- Brandschutz 11 49
- Brauchwasser 13 135, 144
- Bundesfreundliches Verhalten 2 92ff.
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände 19 138
- Bürger 2 23ff.
- Bürgerantrag 9 26
- siehe auch: Kreis, Bürger-/Einwohnerantrag
- Bürgerbefragung 9 22f.
- Bürgerbegehren 9 27ff., 52ff.
- Abgaben 9 89ff.
- Auftragsangelegenheiten 9 114
- Bauleitplanung 9 95ff.
- Begründung 9 36f.
- Befristung kassatorischer Bürgerbegehren 9 52ff.
- Entscheidungsorientierung 9 77f.
- Entscheidung über Zulässigkeit 4 98; 9 119ff.
- Fragestellung 9 69ff.
- Gesetzwidriges Ziel 9 104ff.
- Gute Sitten 9 113
- Haushaltssatzung 9 89ff.
- Initiierende Bürgerbegehren 9 52
- Innere Organisation 9 85ff.
- Jahresabschluss 9 94
- Kassatorische Bürgerbegehren 9 52ff.
- Kostendeckungsvorschlag 9 38ff.
- Negativkataloge 9 83ff.
- Planfeststellungsverfahren 9 98f.
- Positivlisten 9 82f.
- Rechtsbehelfsverfahren, Rechtsstreitigkeiten 9 100ff.
- Rechtsschutz gegen Ablehnung 9 142ff.
- Rechtsschutz gegen Zulassung 9 160
- Rechtsverhältnisse bestimmter Personen 9 88
- Schriftlichkeit 9 34f.
- Sicherung 9 161ff.
- Unionsbürger 9 32
- Vertrauenspersonen siehe: Vertretungspersonen
- Vertretungspersonen 9 43ff.
- Vorbereitung 9 115ff.
- Vorbeugend-kassatorische Bürgerbegehren 9 53
- Weisungsaufgaben 9 114
- Wichtige Angelegenheiten 9 82
- Zuständigkeit der Gemeindevertretung 9 79ff.
- siehe auch: Kreis, Bürgerbegehren/-entscheid
- Bürgerbeteiligung 9
- Bürgerentscheid 9 27ff.
- Beteiligungsquoten 9 31
- Durchführung 9 133f.
- Entscheidung über Durchführung 4 98
- Klage auf Durchführung 9 173
- Klage auf Einhaltung von Verfahrensvorschriften 9 174ff.
- Klage auf Vollzug des Bürgerentscheids 9 184ff.
- Klage gegen Bürgerentscheid 9 180ff.
- Ratsbürgerentscheid 9 28, 128
- Rechtswirkungen 9 135ff.
- Unionsbürger 9 32
- Vorbereitung 9 129ff.
- siehe auch: Kreis, Bürgerbegehren/-entscheid
- Bürgerfragestunden siehe: Gemeindevertretung, Einwohnerfragestunden
- Bürgerhaushalt 9 187; 16 37
- Bürgerkommune 9 187
- Bürgermeister 2 31; 8 3
- Abwahl 8 31ff.
- Beanstandung 8 135ff.
- Eilentscheidungen 8 126ff.
- Hausrecht 8 89
- Leitung der Gemeindeverwaltung 8 81ff.
- Neutralitätspflicht 8 8
- Personalangelegenheiten 8 87f.
- Rechtsstellung 8 7ff.
- Ruhestand 8 33, 37
- Sitzungsteilnahme 8 155f.

- Stellvertreter des Bürgermeisters 8 4f., 41f.
- Stichwahl 8 10ff.
- Wahlberechtigung 8 15
- Wählbarkeit 8 15ff.
- Wahlfehler 8 19ff.
- Wahlprüfungsverfahren 8 20
- Wahlverfahren 8 10ff.
- Weitere Bürgermeister 8 38ff.
- Widerspruch 8 132f.
- siehe: Verwaltungsorgan sowie auch: Ablösung des Bürgermeisters
- Bürgernähe 1 164; 9
- Bürgerversammlungen 9 21
- Bürgschaften 4 160; 16, 115
- Business Improvement District (BID) 14 291; 15 182

- Cross-Border-Leasing 8 165; 16 97, 110

- Denkmalpflege 11 20
- Deutscher Landkreistag 19 138f., 141
- Deutscher Städtetag 19 138f., 141
- Deutscher Städte- und Gemeindebund 19 138f., 141
- D'Hondtsches Verfahren 4 30, 34
- Dienstleistungskonzession 13 46
- Dienstsiegel 2 64; 4 90; 8 181, 187, 189, 207f., 213f.
- Doppelte Buchführung siehe: Gemeindehaushaltsrecht, Doppik
- Dienstvorgesetzter 4 143
- Diskontinuität siehe: Gemeindevertretung
- Dualistisches Aufgabenmodell 11 2f.
- Dualistische Gemeindeverfassung 3 4

- Ehrenamt 2 26f.
- Ehrenamtliche Tätigkeit 2 26f.; 5 8f.
- Ehrenbezeichnungen 4 89
- Ehrenbürger 4 89
- Eigenbetriebe 14 168
 - Eigenbetriebssatzung 12 27
 - Entscheidungskompetenz der Gemeindevertretung 4 123ff.
 - Jahresabschluss 4 159
 - Nichtwirtschaftliche Unternehmen 14 34
- Eigengesellschaft siehe: Gesellschaften des Privatrechts
- Eigentum der Gemeinde 2 73, 75f., 79

- Einheimischenmodelle 2 16; 16 108
- Einköpfige Gemeindeverfassung 3 6, 10f.
- Einschränkbarkeit gemeindlicher Selbstverwaltung 1 79ff.
 - Aufgabenentzug 1 101ff.
 - Aufgabenverteilungsprinzip 1 101
 - Einschränkungen der Eigenverantwortlichkeit 1 109ff.
 - Gemeinwohlgründe 1 101, 103f., 109
 - Rahmen der Gesetze 1 79ff.
 - Übermaßverbot 1 104ff., 112f.
 - Unantastbarkeit eines Kernbereichs 1 91ff.
- Einwohner 2 7ff.
- Einwohnerantrag 9 26
 - siehe auch: Kreis, Bürger-/Einwohnerantrag
- Einwohnerbefragung 9 22ff.
- Einwohnerfragestunden siehe: Gemeindevertretung
- Einwohnerselbsthilfe 11 95f.
- Einwohnerversammlungen 9 20f.
- Energieerzeugung 14 79
- Energieverträge 14 263
- Entgelte 15 18
- Entlastung 4 157f.; 16 129
- Ersatzvornahme 17 107ff.
 - Androhung 17 124f.
 - Anhörung 17 127
 - Doppelnatur 17 117ff.
 - Gegenstand 17 107ff.
 - Gemeindliches Ermessen 17 110
 - Kosten 17 129f.
 - Rechtswirkungen 17 113ff.
 - Verwaltungsakt 17 126f.
 - Verwaltungsvollstreckungsrecht 17 121ff.
- Erster Bürgermeister siehe: Bürgermeister
- Ergebnisniederschriften 4 209
- Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung 1 163
- Existenzaufgaben 18 65f.; 19 19, 58
- Experimentierklausel 1 110

- Fachaufsicht 17 4, 187ff.
 - Amtshaftung 17 15f.
 - Bedeutung 17 187f.
 - Durchsetzung durch Kommunalaufsicht 17 197ff.

- Fachaufsichtliche Weisungen 11 31f., 37ff., 45ff.
- Grenzen 17 192ff.
- Schutz der Kommunen 17 6ff.
- Schutzvorschrift 17 196
- Selbsteintrittsrecht 17 194f.
- Zuständigkeit 17 189ff.
- Fernwärmeversorgung 13 135f., 150
- Feuerwehrkosten 15 96
- Finanzausgleich 15 15f., 209ff.
 - Abundante Gemeinden 15 213
 - Bemessungskriterien 15 213ff.
 - Fiktive Hebesätze 15 207
 - Horizontaler Finanzausgleich 15 209
 - Interkommunales Gleichbehandlungsgebot 15 215
 - Nivellierungsverbot 15 216
 - Systemgerechtigkeit 15 217
 - Vertikaler Finanzausgleich 15 209
 - siehe auch: Umlagen; Finanzzuweisungen
- Finanzausstattung siehe: Anspruch auf angemessene Finanzausstattung
- Finanzgarantien
 - Dualistisches Modell 15 225
 - Monistisches Modell 15 225
- Finanzhoheit 1 71, 74f.
- Finanzierung der Gemeinden 15 1ff.
- Finanzkontrolle 16 116ff.
- Finanzplanung 4 148ff.; 16 89ff.
- Finanzzuweisungen 15 15ff., 20, 183ff.
 - Bedarfszuweisungen 15 16
 - Schlüsselzuweisungen 15 16, 219
 - Zweckzuweisungen 15 16, 218ff.
- Flächennutzungsplanung 4 107ff.
- Forensen 2 22; 13 42
- Fraktion 6 22ff.
 - Aufnahmeanspruch 6 39
 - Fraktionsausschluss 6 72ff.; 10 14
 - Fraktionsbildung 6 27ff.
 - Fraktionsdisziplin 6 70
 - Fraktionsfremde 6 63ff.
 - Fraktionsmitglieder 4 183; 6 58f., 62ff.; 7 234
 - Fraktionssitzung 5 131
 - Fraktionszwang 5 74; 6 68f.
 - Hospitanten 6 38
 - Mindeststärke 6 41ff.
 - Öffentlichkeitsarbeit 6 53f.
 - Rechte 6 46ff.
- Rechtscharakter 6 23ff.
- Rechtsschutz 6 61
- Zuwendungen 6 55ff.
- Frauenbeauftragte siehe: Gleichstellungsbeauftragte
- Freiwillige Aufgaben 4 128
- Fremdenverkehrsbeitrag 15 163, 166
- Friedhof
 - Benutzer 13 16
 - Benutzungsanspruch 13 58
 - Benutzungsordnung 13 84, 101
 - Friedhofssatzung 1 36; 13, 101
 - Gebühren 13 99
 - Gesetzliche Verpflichtung 14 39
 - Gestaltungsanforderungen 13 66, 68, 95
 - Haftung 13 112
 - Leichenhallen 13 141
 - Nichtwirtschaftliche Betätigung 14 54
 - Organisationsform 13 21ff.
 - siehe auch: Bestattungen
- Funktionales Selbstverwaltungsverständnis 1 77
- Funktionssperre siehe: Subsidiarität, einfache Subsidiaritätsklauseln
- Gebietsänderungen 1 11ff.; 2 39ff.; 4 87f.; 18 16f.
- Gebietshoheit 1 56ff.
- Gebietskörperschaft 1 7; 2 2; 19 42
- Gebühren 15 11f., 78ff., 84ff.
 - Äquivalenzprinzip 15 87ff., 135, 156f.
 - Gebührenreduzierung bei Nutzung einer Einrichtung auch im Allgemeininteresse 15 100
 - Gesetzliche Grundlage 15 80ff., 138ff.
 - Gleichheitssatz 15 92, 135
 - Minderung bei Schlechtleistung 15 90
 - Sachliche Rechtfertigung 15 84ff.
 - Satzungserfordernis 15 83
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 15 87ff., 135
 - siehe auch: Benutzungsgebühren; Verwaltungsgebühren; Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung
- Gefahrenabwehr 11 35
- Geheimhaltungsbedürftigkeit 5 150ff.
- Gemeindefreie Grundstücke/Gebiete 2 36ff.
- Gemeindebezirke siehe: Ortsbezirke
- Gemeindefreundliches Verhalten 2 92ff.

- Gemeindegebiet 1 11ff.; 2 35ff.
- Gemeindegliederklassenvermögen 4 164
- Gemeindegliedervermögen 4 164
- Gemeindehaushaltsrecht 16
 - Doppik 16 19ff.
 - Grundlagen 16 3ff.
 - Kameralistik 16 19ff.
- Gemeindehoheiten 1 55ff.
- Gemeindelasten 2 18
- Gemeindenamen 1 15; 2 47ff.
- Gemeinderat siehe: Gemeindevertretung
- Gemeindetag siehe: Städte- und Gemein-
debund
- Gemeindeverband 19 41f.
- Gemeindeverfassungstypen 3
- Gemeindevermögen 4 161ff.; 16 101ff.
 - Erwerb 16 103
 - Schutz 16 102
 - Veräußerung 16 105ff.
 - wirtschaftliche Verwertung 14 75;
16 104
- Gemeindevertreter 5
 - Abführungspflichten 5 184
 - Akteneinsichtsrecht 5 88ff.
 - Amtsverschwiegenheit 5 147ff.
 - Aufwandsentschädigung 5 119f., 122ff.;
7, 109
 - Aufwandsentschädigung, erhöhte 5 133
 - Auskunftsanspruch 4 180ff.; 5 81ff.
 - Auslagensatz 5 114ff.
 - Ausscheiden/Ausschluss 4 25, 92;
10 4ff.
 - Beleidigungen 7 121, 123; 10 7
 - Betreuungskostenentschädigung 5 140
 - Entschädigung 5 122ff.
 - Entzug der Sitzungsentschädigung
7 104
 - Fahrtkostenerstattung 5 135ff.
 - Fragerecht 7 16
 - Freies Mandat 5 74f.; 7 114
 - Funktionszulagen 5 133f.
 - Gegenseitige Rücksichtnahme 7 118
 - Geldbuße 7 103, 132
 - Grundrechte 7 112f.
 - Haftung 5 185ff.
 - Haftungsrisiko 5 122ff.
 - Haushaltsentschädigung 5 107ff.
 - Hausverbot 8 87; 13 9
 - Inkompatibilität 5 15ff.
 - Interessenwiderstreit 5 41ff.; 12 73
 - Mandatsausübungspflichten 5 144ff.
 - Mandatssicherung 5 76ff.
 - Mandatsverlust 10 4ff.
 - Mitwirkungsrechte 10 24
 - Mitwirkungsverbot siehe: Interessen-
widerstreit
 - Nachteilsausgleich 5 104
 - Offenbarungspflicht 5 182f.
 - Ordnungsruf 7 127f.
 - Ordnungsverstoß und freies Mandat
7 111ff.
 - Recht auf Erfolgswert der Stimme bei
Wahlen 10 26
 - Recht auf Öffentlichkeit 7 90; 10 25
 - Recht auf Sitzungsunterlagen 7 54
 - Recht zur Mandatsausübung 5 38ff.
 - Rederecht 5 38f.; 7 52, 97, 113f.
 - Redezeit 7 17, 20, 117
 - Richter 5 37
 - Sitzungsgeld 5 128ff.
 - Störungsbeseitigungsanspruch 7 129;
10 25
 - Strafrecht 5 10
 - Treueverhältnis 5 11ff., 191
 - Unfallschutz 5 141ff.
 - Ungebühr 7 110f., 114f., 121ff.
 - Verdienstausschüttung 5 91ff.
 - Verhalten außerhalb der Sitzung 7 124
 - Verstöße gegen die Ordnung 7 110f.,
114ff.
 - Vertretungsverbot 5 164ff.
 - Verweisung aus dem Beratungsraum
7 108
 - Zuwendungen 5 40
 - siehe auch: Sitzungsausschluss
- Gemeindevertretung 4, 6, 7
 - Abstimmungen 7 153ff.
 - Allgemeine Entscheidungskompetenz
4 68ff.
 - Akteneinsichtsrecht 4 195ff.
 - Anhörung Externer 7 4, 58
 - Aufgabenübertragung 4 69ff., 95f.
 - Auskunftsanspruch 4 173ff.
 - Ausschluss der Öffentlichkeit 7 58ff.
 - Beratungsfähigkeit 7 139ff.
 - Beschlüsse siehe: Beschlüsse der
Gemeindevertretung
 - Beschlussfähigkeit 7 139ff.
 - Diskontinuität 4 7, 66; 7 15
 - Eilfälle 7 43ff.

- Einberufung 6 8ff.; 7 28ff.
- Einberufungsmängel, Heilung 7 55
- Einwohnerfragestunden 7 16, 25; 9 20
- Ergänzung der Tagesordnung 7 48ff.
- Film- und Tonaufnahmen 7 79
- Geschäftsordnung siehe: Geschäftsordnung der Gemeindevertretung
- Gewaltenteilung 4 67
- Grundstücksangelegenheiten 7 68f.
- Hausrecht 6 19; 7 96, 136
- Ladungsfrist 7 36ff.
- Nichtöffentliche Vorberatungen 7 57
- Parlamentsähnlichkeit 4 65; 7 2
- Personalangelegenheiten 7 73
- Prüfungsrecht des Vorsitzenden 6 16ff.
- Rechtsstellung 4 60ff.
- Rederecht 7 4
- Repräsentation 6 21
- Rückholrecht 4 74ff.
- Sitzungsbekanntmachung 7 38ff.
- Sitzungsöffentlichkeit siehe: Öffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindevertretung
- Sitzungsordnung 6 19; 7 96ff.
- Sitzungsunterlagen 7 33, 54
- Tagesordnung 6 8, 10ff.; 7 31ff.
 - Absetzung eines Tagesordnungspunkts 7 51
 - Antragsrecht 6 12
 - Bekanntmachung 7 38ff.
 - Bekanntmachung in Eilfällen 7 43ff.
 - Ergänzung der Tagesordnung 7 48ff.
- Überwachungskompetenz 4 168ff., 224ff.
- Unübertragbare Aufgaben 4 81ff.
- Verhandlungsleitung 6 19f.; 7 92ff.
- Vertretung 6 21
- Vorsitz 6 4ff.; siehe auch: Gemeindevertretung, Hausrecht, Prüfungsrecht, Sitzungsordnung, Verhandlungsleitung; Ordnungsmittel des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
- Wahl der Gemeindevertretung siehe dort
- Wahlen durch die Gemeindevertretung siehe dort
- Wichtige Angelegenheiten 4 71
- siehe auch: Auflösung der Gemeindevertretung; Verpflichtungserklärungen, Genehmigung
- Gemeindeverwaltungsverband 19 100ff., 125ff.
- Baden-Württemberg 19 100ff.
- Hessen 19 125ff.
- Gemeindevorstand 8 3f., 6, 57ff.
 - Beanstandung 8 139
 - Beschlussfähigkeit 8 59
 - Recht auf nichtöffentliche Sitzung 10 25
 - Widerspruch 8 138
 - siehe: Verwaltungsorgan
- Gemeindewaldungen 4 122
- Gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie 1
 - Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft 1 18ff.
 - Aufgabenverteilungsprinzip 1 101; 18 12
 - Einbeziehung selbstverwaltungsprägender Verfassungsnormen 1 133, 143, 160f.
 - Einnahmehoheit 15 45
 - Einschränkung gemeindlicher Selbstverwaltung siehe dort
 - Europarecht 1 163ff.
 - Grundrechtsähnliche Inhalte 2 77ff.
 - Institutionelle Selbstverwaltungsgarantie i.e.S. 1 16ff.
 - Institutionelle Rechtssubjektsgarantie 1 7ff.
 - Kernbereich 1 91ff.
 - Landesverfassungen 1 153ff.
 - Pflicht zur Ausübung des Selbstverwaltungsrechts 1 50f.
 - Recht zu eigenverantwortlicher Regelung 1 48ff.
 - Rechtsschutz 1 136ff.
 - Selbstverwaltungsadäquanz 1 124
 - Subjektives Recht auf Selbstverwaltung 1 7ff., 126ff.
 - Wesensgehalt der gemeindlichen Selbstverwaltung 1 96ff.
- Gemeinsame kommunale Anstalt 19 68
- Gemeinsames Kommunalunternehmen siehe: Gemeinsame kommunale Anstalt
- Genehmigung 17 154ff.
 - Form 17 174ff.
 - Freistellung 17 177
 - Genehmigungsbedürftige Angelegenheiten 4 111; 17 154f.
 - Genehmigungsfiktion 17 175f.

- Genehmigungsvoraussetzungen 17 167ff.
- Rechtscharakter 17 172f.
- Schwebende Unwirksamkeit 17 157ff.
- Verpflichtungsklage 17 219
- Wirksamwerden 17 161ff.
- Zuständigkeit 17 156
- siehe auch: Kondominale Genehmigungen; Rechtsverordnungen, Genehmigung; Satzungen, Genehmigungsvorbehalte
- Gesamtabschluss 16 118f.
- Gesamtdeckung 16 66f.
- Gesamtgemeinden 19 84ff.
- Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 16 65
- Geschäftsfähigkeit der Gemeinde 2 6
- Geschäftsordnung der Gemeindevertretung
 - Durchbrechung 7 6
 - Erlass 4 91
 - Geltung über die Wahlperiode hinaus 7 15
 - Inhalte 7 16ff.
 - Rechtscharakter 7 5ff.
 - Sanktionen 7 26f.
 - Satzungsform 7 14, 101, 103f., 107
 - Überprüfung im Normenkontrollverfahren 7 8f.
 - Verstöße 7 10ff.
- Gesellschaften des Privatrechts 14 177ff.
 - Aufsichtsratsmitglieder 14 248ff.
 - Beteiligungsgesellschaft 14 178
 - Beherrschungsvertrag 14 256
 - Eigenbetriebsvorschriften 14 231
 - Eigengesellschaft 14 178
 - Faktischer Konzern 14 256
 - Gemischtwirtschaftliche Unternehmen 14 26, 178
 - Haftung von Aufsichtsratsmitgliedern 14 257
 - Haftung von Vertretern in Gesellschafterversammlungen 14 247
 - Information und Prüfung 5 81; 14 226ff., 246
 - Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen 14 241
 - Pflichten der Gemeinde 14 226ff.
 - Vertretung in Gesellschafterversammlungen 14 235ff.
- Vorrang des Gesellschaftsrechts 14 251ff.
- Weisungsgebundenheit von Aufsichtsratsmitgliedern 14 254f.
- Weisungsgebundenheit von Vertretern in Gesellschafterversammlungen 14 242ff.
- Wirtschaftsgrundsätze 14 232f.
- Zuweisung von Kommunalbeamten 14 200
- Gewährverträge 4 160
- Gleichstellung 1 111
- Gleichstellungsbeauftragte 8 84, 133
- Grabsteine aus Kinderarbeit 13 84
- Große kreisangehörige Städte 2 30, 34
- Große Kreisstädte 2 30, 34
- Große selbständige Städte 2 30, 34
- Großkreise 18 16
- Grundrechtsfähigkeit der Gemeinde 2 71ff.
- Gruppe 6 33f., 36
- Hand- und Spanndienste 2 19f.
- Hare-Niemeyer 4 31ff.
- „Hartz IV“-Arbeitsgemeinschaften 1 125
- Hauptausschuss siehe: Ausschüsse
- Hauptsatzung siehe: Satzungen
- Haushaltsausgleich 16 76ff.
- Haushaltsgrundsätze 16 51ff.
 - siehe auch: Haushaltsplan
- Haushaltsplan 16 30ff.
 - Bedeutung 16 42ff.
 - Bruttoprinzip 16 71
 - Budgets 16 73
 - Deckungsfähigkeit 16 72
 - Doppik 16 46
 - Einzelveranschlagung 16 72
 - Ergebnishaushalt 16 46
 - Finanzhaushalt 16 46
 - Haushaltseinheit 16 70
 - Jährlichkeit 16 74
 - Kameralistik 16 43ff.
 - Kassenwirksamkeit 16 75
 - Produktbeschreibungen 16 73
 - Sachliche Bindung 16 72
 - Übertragbarkeit 16 74
 - Vermögenshaushalt 16 44
 - Verwaltungshaushalt 16 44
 - Vollständigkeit 16 69
 - Vorherigkeit 16 74

- Zeitliche Bindung 16 74
- siehe auch: Bilanz; Haushaltsausgleich
- Haushaltssatzung 4 146f.; 12 26; 16 30ff.
- Aufstellung 16 35ff.
- Bedeutung 16 30ff.
- Genehmigung 16 41
- Öffentlichkeit 16 68
- Haushaltssicherungskonzept 16 81
- Haushaltsvollzug 16 82ff.
- Haushaltswirtschaftliche Sperre 16 88
- Hausnummern 11 20
- Hebesätze siehe: Finanzausgleich, Steuern
- Hilfsbetriebe 14 57, 90
- Hilfsgeschäfte 14 64
- Hoheitsbetriebe siehe: Nichtwirtschaftliche Unternehmen
- Höhere Kommunalverbände 19 128ff.
- Hundesteuer 15 28, 60, 77
- siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern

- Insolvenz 16 131 ff.; 17 186
- Interkommunale Zusammenarbeit 19
- Demokratieprinzip 19 20f.
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit 19 29ff.
- Öffentlichrechtliche Formen 19 27f.
- Privatrechtsform 14 104; 19 25f.
- Rechtsgrundlagen 19 3ff.
- Selbstverwaltungsgarantie 19 17ff.
- Unionsrecht 19 23
- siehe auch: Amt; Gemeindeverwaltungsverband; Gemeinsame kommunale Anstalt; Gesamtgemeinden; Höhere Kommunalverbände; Kommunale Arbeitsgemeinschaft; Kooperationshoheit; Kreis, interkommunale Zusammenarbeit; Öffentlichrechtliche Vereinbarung; Verwaltungsgemeinschaft; Verwaltungsverband; Zweckverband
- Investitionsprogramm 4 148ff.

- Jagdsteuer 15 28
- Jahresabschluss 4 156; 16 118, 119
- Jahresrechnung 4 156; 16 117, 119
- Jahrmarkt siehe: Volksfest

- Kamerale Buchführung siehe: Gemeindehaushaltsrecht, Kameralistik
- Kämmerer 8 4, 38, 64; 16 36, 38, 40

- Kanalisation siehe: Abwasserbeseitigung
- Kapitalanlage 14 179
- Kassenkredite 16 92, 100
- Kindergarten siehe: Öffentliche Einrichtungen
- Kindergartengebühr
- Staffelung nach Einkommen 15 136
- Kinderspielplatz 13 106, 116
- Kindertagesstätten 13 111; 15, 215
- Kommissionen 6 157ff.
- Kommunalaufsicht 17 3, 17ff.
- Amtshaftung 17 15f.
- Anzeigepflichten 14 264
- Eigene Ansprüche des Landes 17 31
- Ermessen 17 42f.
- Gemeindefreundlichkeit 17 34ff.
- Genehmigungspflicht 14 262
- Geschäftsordnungen 17 21
- Klagebefugnis eines Gemeindevertreters 17 218
- Negative Kommunalaufsicht 17 102
- Öffentliches Interesse 17 30ff.
- Positive Kommunalaufsicht 17 102
- Privatrecht 17 24ff.
- Recht auf Einschreiten 17 32
- Rechtsschutz 17 207ff.
- Schutz der Kommunen 17 6ff.
- Staatliche Aufgabe 17 17ff.
- Unbestimmte Rechtsbegriffe 17 40f.
- Verhältnismäßigkeit 17 33
- siehe auch: Aufsichtsmittel
- Kommunalaufsichtsbehörden 17 44ff.
- Selbsteintrittsrecht der höheren Behörde 17 50ff.
- Zuständigkeiten 17 44ff.
- Kommunale Arbeitsgemeinschaft 19 33f.
- siehe auch: Besondere Arbeitsgemeinschaften
- Kommunale Selbstverwaltung im internationalen Vergleich 2 28; 11 5
- Kommunale Spitzenverbände 19 136ff.
- Kommunale Verfassungsbeschwerde 1 137ff.
- beim Bundesverfassungsgericht 1 137ff.
- beim Landesverfassungsgericht 1 146ff.
- gegen Gesetze 1 138ff.
- gegen gesetzgeberisches Unterlassen 1 141
- Prüfungsmaßstab 1 143ff., 161f.

- Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht 1 146ff.
- Kommunale Zusammenarbeit siehe: Interkommunale Zusammenarbeit
- Kommunaler Finanzausgleich siehe: Finanzausgleich
- Kommunaler Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern 19 129
- Kommunaler Sozialverband Sachsen 19 129
- Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg 19 129
- Kommunalverfassungsstreit 10
 - Abgrenzungsprobleme 10 3ff.
 - Allgemeine Leistungsklage 10 49ff.
 - Beteiligungsfähigkeit 10 16ff.
 - Ehemalige Organe 10 31
 - Feststellungsklage 10 49ff., 68ff.
 - Fortbestehende Organe bei personellem Wechsel 10 38
 - Fortsetzungsfeststellungsklage 10 57
 - Kassatorische Gestaltungsklage 10 47f.
 - Klageart 10 41ff.
 - Klagebefugnis 10 60ff.
 - Klagefrist 10 72
 - Kosten 10 78ff.
 - Missbilligende Äußerungen und Anordnungen 10 10
 - nach Mandats- oder Amtsablauf 10 31, 38
 - Normenkontrollklage 10 58f.
 - Organschaftliche Rechte 10 22ff.
 - Prozessfähigkeit 10 39
 - Prozessführungsbefugnis 10 40
 - Rechtsschutzbedürfnis 10 74f.
 - Streit über Mandats- oder Amtsinhaberschaft 10 4ff.
 - Verwirkung 10 76
 - Vorläufiger Rechtsschutz 10 77
- Kompensationsmodell 1 78, 106ff.
- Kondominiale Genehmigung 17 168ff., 220
- Konnexitätsprinzip 15 17, 222ff.
 - Art des Ausgleichs 15 258ff.
 - Aufgabenänderungen 15 232ff.
 - Aufgabenarten 15 236f.
 - Aufgabenzuweisung 15 226ff.
 - Ausgleichsumfang 15 252ff.
 - Interessenquote 15 253, 255
 - Landesrecht 15 238ff.
 - Mehrbelastung 15 241
 - Organisationsaufgaben (Existenzaufgaben) 15 227
 - Relatives Konnexitätsprinzip 15 253ff.
 - Sachaufgaben (Zweckaufgaben) 15 227
 - Striktes Konnexitätsprinzip 15 252ff.
 - Verfahren 15 245ff.
 - Zeitpunkt des Ausgleichs 15 261
 - Konzern-/Gesamtabschluss 16 69
 - Konzessionsabgabe 15 18
 - Kooperationshoheit 1 72; 19 17
 - Körperschaftsteuerpflicht 14 10
 - Kostendeckungsprinzip 13 121ff.; 15 102ff.
 - siehe auch: Benutzungsgebühren
 - Kostenüberschreitungsverbot 11 92; 15 103ff.
 - siehe auch: Benutzungsgebühren
 - Kostenunterschreitungsverbot 15 109ff.
 - Kraftfahrzeugkennzeichen 14 18, 87
 - Krankenhäuser 13 22; 14 39
 - Kredite 15 19; 16 92ff.
 - Kreis 18
 - Aufgaben 18 57ff.
 - Auflösung 18 5
 - Aufsicht 18 116
 - Ausgleichsaufgaben 18 84ff.
 - Beigeordnete 18 43ff.
 - Bürger-/Einwohnerantrag 18 22
 - Bürgerbegehren/-entscheid 18 22
 - Ergänzungsaufgaben 18 70ff.
 - Existenzaufgaben 18 65f.
 - Finanzhilfen an Gemeinden 18 87f.
 - Finanzierung 18 97ff.
 - Gebietsänderung 18 5
 - Gebietskörperschaft 18 4
 - Gemeindeverband 18 3f.
 - Haushalt 18 115
 - Institutionelle Rechtssubjektsgarantie 18 5
 - Institutionelle Selbstverwaltungsgarantie i.e.S. 18 6ff.
 - Interkommunale Zusammenarbeit 18 69
 - Kompetenz-Kompetenz 18 89f.
 - Kreisintegrale Aufgaben 18 65
 - Öffentliche Einrichtungen 18 57
 - Selbstverwaltungsgarantie 18 3, 5ff.
 - Staatlicher Verwaltungsbezirk 18 15

- Subjektives Selbstverwaltungsrecht 18 14
- Übergemeindliche Aufgaben 18 61 ff.
- Wirtschaftliche Betätigung 18 57
- Übernahmekompetenz 18 91 ff.
- siehe auch: Kreisausschuss; Kreisbeigeordnete; Kreistag; Kreistagsmitglieder; Kreisumlage; Landrat
- Kreisausschuss 18 50 ff.
- Kreisbeigeordnete 18 43 ff.
- Kreisfreie Städte 2 29, 31, 33; 18 2
- Kreisgebietsreformen 18 16 f.
- Kreissitz 1 68, 72
- Kreistag 18 18 ff.
- Kreistagsmitglieder 18 18 ff.
- Inkompatibilität 18 19
- Vertretungsverbot 18 20
- Kreisumlage 18 101 ff.
- Bindung an Kreisaufgaben 18 104, 111 ff.
- Doppik 18 101
- Erforderlichkeit 18 104 ff.
- Fehlerfolgen 18 111 ff.
- Genehmigung 18 108
- Rechtsschutz der Gemeinden 18 110 ff.
- Kulturförderabgabe 15 28, 181
- siehe auch: Übernachtungssteuer
- Kumulieren 4 29
- Kurbeitrag siehe: Kurtaxe
- Kurtaxe 15 14, 160, 169

- Landeswohlfahrtsverband Hessen 19 129
- Landkreis siehe: Kreis
- Landkreistag 19 137 ff.
- Landrat 18 23 ff.
- Amtshaftung 18 32 f.
- Bedienstete 18 32 f., 36
- Hauptverwaltungsbeamter des Kreises 18 23 ff.
- Interessenkollision 18 35
- Kommunalaufsicht 18 35
- Leiter der staatlichen Verwaltung 18 30 ff.
- Vertreter 18 45, 48 f.
- Wahl 18 24 ff., 39 ff.
- Landschaftverband Rheinland 19 129
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe 19 129
- Laufende Verwaltung siehe: Verwaltungsorgan

- Leasingverträge 16 97
- Lokale Agenda 21 9 187

- Märkte 13 50
- Magistrat siehe: Gemeindevorstand
- Magistratsverfassung 3 14
- Mahnung siehe: Rüge
- Markterkundungsverfahren siehe: Wirtschaftliche Unternehmen
- Mehrheiten 7 165 ff., 190 ff.
- Einfache absolute Mehrheit 7 169, 190
- Einfache relative Mehrheit 7 165, 190
- Leere Stimmzettel 7 192
- Nein-Stimmen 7 192
- Qualifizierte Mehrheiten 7 168 ff.
- siehe auch: Stimmengleichheit; Stimmenthaltungen
- Mehrheitswahl 4 28, 32, 36
- Meinungsaussäuerungen der Gemeinde 2 73, 75, 79
- Minderheitenschutz 4 176
- Mitteilungen im amtlichen Verkehr 5 153 f.
- Mitteilungsblätter 14 86
- Mittelbare Staatsverwaltung 2 67 ff.
- Mittelstädte 2 30, 34
- Mittlere kreisangehörige Städte 2 30, 34
- Mitverwaltung 19 83
- Mitwirkung an überörtlichen Entscheidungen 1 76 ff.
- Monistisches Aufgabenmodell 11 2, 4
- Monistische Gemeindeverfassung 3 4
- Museen 13 22, 58

- Nachbarschaftsverbände 19 132
- Nachtragshaushaltssatzung 4 146 f.; 16 47 f.
- Namen siehe: Gemeindenamen; Straßennamen
- Neues Steuerungsmodell 16 21
- Neutralitätsgebot 1 60; 4 53 ff.; 8 8, 22 ff.
- Nichtwirtschaftliche Unternehmen 14 27 ff.
- Anzeigepflichten 14 264
- Annexfähigkeit 14 58 ff.
- Eigenbetriebsform 14 34
- Einflussminderung 14 262
- Einflussssicherung 14 222
- Einrichtungen der Daseinsvorsorge 14 29, 40 ff.

- Gesetzliche Verpflichtung 14 28, 39
- Haftungsbegrenzung 14 223
- Hilfsbetriebe 14 31, 57
- Information und Prüfung 14 224
- Leistungsfähigkeit der Gemeinde 14 216
- Mittelbare Beteiligungen 14 225
- Öffentlicher Zweck 14 217f.
- Privatrechtsform 14 214ff.
- Subsidiarität 14 214
- Subsidiarität privatrechtlicher Rechtsform 14 221
- Veräußerung 14 262
- siehe auch: Gesellschaften des Privatrechts
- Niederschrift 7 172
- Bedeutung 7 209
- Einsichtnahme 7 217ff.
- Einwendungen 7 212ff.
- Inhalt 7 205ff.
- Schriftführer 7 210f.
- Non-Affektationsprinzip siehe: Gesamtddeckung
- Norddeutsche Ratsverfassung 3 8f.
- Nothaushalt siehe: Vorläufige Haushaltsführung
- Obdachlosenunterkunft 13 30, 77
- Oberbürgermeister 2 31; 8 6
- Oberste Dienstbehörde 4 144f.
- Offenkundige Tatsachen 5 150
- Öffentliche Einrichtungen 2 17; 13
- Aufgabe der Gemeinde 13 31ff.
- Ausschluss von der Benutzung 13 105
- Bedeutung 13 2ff.
- Benutzungsanspruch 13 12, 24, 42ff.
- Benutzungsordnungen 13 97ff.
- Bestehende Vorschriften 13 64ff.
- Betretungsrecht 12 11
- Einrichtungszweck 13 14ff., 65ff.
- Entgelte 13 117ff.
- Errichtungskompetenz 4 112ff.
- Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe 11 16
- im Gemeingebrauch 13 19
- Haftung der Gemeinde 13 106ff.
- Haftungsbeschränkung 13 106, 114f.
- Kapazitätsgrenzen 13 51ff., 85ff.
- Kindergartenplatz 13 55
- Kontrahierungszwang 13 56, 61ff.
- Öffentlichrechtliche Benutzungsordnung 13 23
- Öffentlichrechtliche Organisationsform 13 22
- Ortsfremde 13 7, 45, 47
- Politische Parteien 13 48f., 73f., 81, 96
- Privatrechtliche Benutzungsordnung 13 28f.
- Privatrechtliche Organisationsform 13 24ff., 62
- Rechtmäßigkeit der Benutzung 13 73f.
- Rücksichtnahmegebot 13 103f.
- Schäden 13 74, 96
- Sondernutzung 13 71
- Übermaßverbot 13 89ff.
- Umwandlung der Rechtsform 4 120
- Verschaffungs- u. Einwirkungsanspruch 13 62
- Widmung 13 13ff., 42ff., 70ff.
- Zulassung 13 19
- siehe auch: Amtshaftung; Benutzungsgebühren; Friedhof; Schausteller; Stadthalle; Verkehrssicherungspflicht; Wasserpreise; verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis; Volksfest
- Öffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindevertretung 7 56ff.
- Anspruch auf Öffentlichkeit 7 90
- Ausschluss durch Geschäftsordnung 7 60ff.
- Beschlussfassung über Ausschluss der Öffentlichkeit 7 84ff.
- Gerichtliche Überprüfbarkeit eines Ausschlusses der Öffentlichkeit 7 63
- Nichtöffentliche Vorberatung 7 57
- Rechtsfolgen einer Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes 7 91
- Zuständigkeit zur Entscheidung über den Ausschluss der Öffentlichkeit 7 80f.
- Öffentlichrechtliche Vereinbarung 19 69ff.
- Delegierende öffentlichrechtliche Vereinbarung 19 73ff.
- Mandatierende öffentlichrechtliche Vereinbarung 19 73ff.
- Öffentlichrechtlicher Vertrag 19 69ff.
- Pflichtvereinbarung 19 69
- Vergaberecht 19 81
- Oldenburgische Landschaft 19 129

- Onlinezugangsgesetz 2 21
 Ordnungsmittel des Vorsitzenden der
 Gemeindevertretung 7 97ff.; 10 8ff.
 – Ermächtigungsgrundlage 7 100ff.
 – Rechtsschutz 7 129ff.
 – Verhalten außerhalb der Sitzung 7 124
 Ordnungsvorschriften 7 228f.
 Organkompetenz 6 16f.
 Organleihe 11 70
 Organtheorie 2 6; 8 194
 Organtreue 8 86; 19 89
 Organisationshoheit 1 71f., 75
 – Einschränkungen 1 110
 Ortsbezirke 4 99; 9 3ff.
 – Anhörungsrecht 9 7f.
 – Bezirksausschüsse 9 11
 – Bezirksverwaltungsstellen 9 14
 – Entscheidungsbefugnisse 9 9f.
 – Mittelausstattung 9 13
 – Ortsbezirksvertretung 9 6ff.
 – Ortsvorsteher 9 6ff.
 – Vorschlagsrecht 9 9
 Ortschaften siehe: Ortsbezirke
 Ortsrat 4 99; 9 6, 9
 Ortsteile
 – Benennung 2 57
 – siehe auch: Ortsbezirke
 Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
 15 10, 25ff.
 – Anspruch auf Übertragung der Norm-
 setzungskompetenz 15 45
 – Berufsbedingte Aufwendungen 15 28
 – Bestimmtheit der gesetzlichen Grund-
 lage 15 42ff.
 – Erdrosselungssteuer 15 60f.
 – Gemeinden und Landkreise 15 35ff.
 – Genehmigung 15 48ff.
 – Gleichartigkeitsverbot 15 30
 – Gleichheitsgrundsatz 15 74ff.
 – Grundrechte 15 74ff.
 – Kommunale Normsetzungskompetenz
 15 25
 – Lenkungssteuern 15 59ff.
 – Örtlichkeit 15 29
 – Typisierung 15 74ff.
 – Widerspruchsfreiheit 15 62
 Ostfriesische Landschaft 19 129

 Panaschieren 4 29
 Parkhaus 14 61f.

 Parteifähigkeit der Gemeinde 2 6
 Partnerschaften siehe: Städtepartner-
 schaften
 Personalangelegenheiten 4 135ff.
 Personalhoheit 1 71, 73, 75
 Petitionen 4 227ff.; 8 79
 Pfandleihanstalten 14 53
 Pferdesteuer 15 28
 Pflichtaufgaben 11 19ff.
 – Anspruch auf Erfüllung 11 21
 – Rechtsgrundlagen 11 22f.
 Planungen 4 130
 Planungshoheit 1 65ff.
 – Beeinträchtigungen 1 117ff.
 Politische Erklärungen 1 35, 60
 Presseerklärungen siehe: Vertretung der
 Gemeinde
 Privateinrichtungen 13 10f.
 Privatisierung 11 73ff.; 13 119
 – Formelle Privatisierung 11 74, 86ff.
 – Funktionale Privatisierung 11 74, 78ff.
 – Materielle Privatisierung 11 74, 77
 – Privatisierungsfolgen 11 90ff.
 – Privatisierungsformen 11 73f.
 – Privatisierungsschranke 13 40
 Privatrechtliche Handlungsformen 2 3
 Privatrechtliche Organisationsformen
 1 72
 Protokoll siehe: Niederschrift
 Prozessfähigkeit der Gemeinde 2 6
 Public Private Partnership 11 77, 81ff.
 – Institutionalisierte PPP 11 86ff.
 – Projektbezogene PPP 11 82

 Rastede-Entscheidung des BVerfG 1 96,
 101
 Rat siehe: Gemeindevertretung
 Ratsbürgerentscheid siehe: Bürgerent-
 scheid
 Ratskeller 13 11
 Ratsmitglied siehe: Gemeindevertreter
 Raumordnungspläne 4 110
 Rechnungslegung 16 116ff.
 Rechnungsprüfung 4 165f.; 16 120ff.
 – Örtliche Prüfung 16 120ff.
 – Überörtliche Prüfung 16 130
 – Rechnungsprüfungsamt 4 165f.;
 16 121ff.
 Rechtsaufsicht siehe: Kommunalaufsicht
 Rechtsfähigkeit der Gemeinde 2 3

- Rechtsstreitigkeiten 4 134
 Rechtsverordnungen 4 106; 12 6; 17 160, 165
 – Genehmigung 17 160, 165
 Referent 5 9
 Region Hannover 19 135
 Regionalisierung 18 16
 Regionalprinzip siehe: Sparkassen
 Regionalverband FrankfurtRheinMain 19 135
 Regionalverband Ruhr 19 129
 Regionalverband Saarbrücken 19 135
 Rekommunalisierung 11 93
 Repräsentation siehe: Vertretung der Gemeinde
 Rettungsdienste 11 91
 Rheinische Bürgermeisterverfassung 3 8, 10f.
 Rückstellungen 16 20, 104, 118
 Rüge 7 99
- Sachliche Spezialität siehe: Haushaltsplan, Einzelveranschlagung
 Sachlichkeitsgebot 1 60; 4 53 ff.; 8 22 ff.
 Sachruf 7 98
 Sainte-Laguë/Schepers 4 32 ff.
 Samtgemeinden 19 91 ff.
 Satzungen 12
 – Anzeige- u. Mitteilungspflichten 12 61 ff.
 – Bedingt pflichtige Satzungen 12 27
 – Bekanntmachung 12 49 ff.
 – Bestimmtheit der Ermächtigung 12 5f.
 – Bestimmtheit der Satzung 12 79
 – Bußgeldbewehrung 12 19
 – Evidente Verfahrensfehler 12 30
 – Gegenstände 12 20 ff.
 – Genehmigungsvorbehalte 12 58 ff.
 – Hauptsatzung 12 25
 – Heilung 12 82 ff.
 – Materielle Rechtmäßigkeit 12 75 ff.
 – Nichtigkeit 12 28 ff., 75 ff.
 – Normenklarheit 12 77
 – Normenwahrheit 12 77
 – Pflichten Satzungen 12 25f.
 – Rechtsschutz 12 90 ff.
 – Rückwirkung 12 85 ff.
 – Satzungsautonomie 12 2 ff.
 – Übertragener Wirkungskreis 12 4
 – Unbeachtlichkeit von Verfahrensfehlern 12 65 ff.
 – Vorbehalt des Gesetzes 12 15 ff.
 – Vorlagepflichten 12 61 f.
 – Vorrang der Verfassung 12 11 ff.
 – Vorrang des Gesetzes 12 7 ff.
 – Vorrang des Unionsrechts 12 14
 – Zitiergebot 12 64
 – Zuständigkeit der Gemeindevertretung 4 104 f.; 12 33 f.
 – siehe auch: Ausfertigung; Genehmigung, Satzungen; Haushaltssatzung
 Sitzungshoheit 1 64
 – siehe auch: Satzungen, Satzungsautonomie
 Saunaaanlagen 14 52
 Schausteller 13 16, 46
 – Zulassung 13 46, 51 ff., 57, 60, 62, 86 ff.
 Scheinkandidatur 4 56; 5 29
 Schenkungsverbot 16 58
 Schlachthof 13 75, 113
 Schulen 13 22, 30; 14 39
 Schulträgerschaft 11 20
 Schutzschirmgesetz 15 200
 Selbständige Gemeinden 2 30, 34
 Selbstgestaltungsrecht 1 69
 Selbstverwaltung, juristische 1 54
 Selbstverwaltung, politische 1 54
 Selbstverwaltungsaufgaben 11 3 ff.
 – Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben 11 8 ff.
 – siehe auch: Pflichtaufgaben
 Selbstverwaltungsgarantie siehe:
 Gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie; Kreis, Selbstverwaltungsgarantie
 Seniorenbeiräte 9 17 f.
 Sicherheiten 4 160; 16 115
 Sitzungsausschluss 7 105 ff., 126, 131, 133
 – Anwesenheit als Zuhörer 7 108
 – Aufwandsentschädigung 7 109
 Sonderabgaben 15 14, 173 ff.
 Sonderaufsicht 17 5, 188, 202 ff.
 – siehe auch: Fachaufsicht
 Sonderstatusstädte 2 30 ff.; 18 2
 Sondervermögen 4 159
 Sparkassen 14 120
 Sparkassenverbände 19 132
 Sparsamkeit 16 53 ff.
 Spekulationsgeschäfte 16 57, 62 ff.

- siehe auch: Swap-Geschäfte
- Spenden 16 113
- Sperrklausel 4 38
- Spielplätze 13 19
- Spielautomatensteuer 15 28, 60f., 63, 75f.
- Sponsoring siehe: Spenden
- Staatsfreundliches Verhalten 2 92ff.
- Stadt siehe: Bezeichnung „Stadt“ u.a.
- Stadtbezirke siehe: Ortsbezirke
- Städtepartnerschaften 1 57; 11 16; 19 32
- Städtetag 19 137ff.
- Städte- und Gemeindebund 19 137ff.
- Städte- und Gemeindetag siehe: Städte- und Gemeindebund
- Stadthalle 13 22, 74, 81f.
- Stadtkreis 2 29, 31, 33
- Stadtrat 8 38ff.
- siehe auch: Beigeordnete
- Stadtreinigung Hamburg siehe: Interkommunale Zusammenarbeit, Unionsrecht
- Stadtstaaten 1 8
- Stadtteile siehe: Ortsbezirke
- Stadt-Umland-Verbände 19 133ff.
- Stadtvorstand 8 63
- Stellplatzabgabe 15 14, 181
- Steuerfindungsrecht 15 39ff.
- Steuern 15 7ff.
- Ertragshoheiten 15 21ff.
- Hebesätze 15 54ff.
- Kapitalertragsteuer 14 179
- Normsetzungskompetenzen 15 24ff.
- Querverbund 14 159
- Subsidiarität gegenüber nichtsteuerlichen Einnahmen 15 64ff.
- siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern; Umsatzsteuerpflicht
- Stiftungen 4 127
- Stimmgleichheit 7 165, 190, 193ff.
- Stimmhaltungen 7 166f., 192
- Straßen 13 19
- Straßenbaulast 11 20
- Straßennamen 2 57; 4 90
- Straßenreinigung 11 20; 13 22f., 129, 131; 14 34
- Straßen(ausbau)beiträge 15 64, 73, 167f.
- Straßenreinigungsgebühren 15 97
- Stromversorgung 13, 56, 83; 14 63ff., 78ff., 93, 95, 136, 161, 163, 182
- Subsidiarität gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit 14 108ff., 117
- Ausnahmen 14 113
- Echte (verschärfte) Subsidiaritätsklauseln 14 109ff.
- Einfache Subsidiaritätsklauseln 14 108, 110ff.
- Konkurrentenschutz 14 125ff.
- Maßstäbe 14 110
- Verhältnis zum öffentlichen Zweck 14 114f.
- Ziel 14 111
- Subvention 14 267ff.
- Süddeutsche Ratsverfassung 3 11ff.
- Swap-Geschäfte 2 4; 16 57
- siehe auch: Spekulationsgeschäfte
- Tarife 4 117ff.
- Teilhaushalte siehe: Haushaltsplan, Budgets
- Telekommunikationsdienstleistungen 14 113
- Theater 13 22
- Tierkörperbeseitigung 14 39
- Übernachungssteuer 15 28, 34
- siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
- Überplanmäßige Ausgaben etc. 4 152ff.; 16 85ff.
- Übertragener Wirkungskreis 11 3ff., 25ff., 54
- Überholte Begriffsbildung 11 54
- Ultra-vires-Lehre 2 4
- Umlagen 15 212
- Umsatzsteuerpflicht 14 10; 19 2
- Umweltverträglichkeit 14 83
- Unternehmen
- Bayern 14 13, 38
- Umwandlung der Rechtsform 4 120
- Vertreter der Gemeinde 4 121
- siehe auch: Wirtschaftliche Unternehmen
- Unterrichtung der Einwohner 2 21; 9 20
- Unterrichtungsrecht der Aufsichtsbehörde 17 67ff.
- Form 17 70ff.
- Gegenstand 17 67ff.
- Untersuchungsausschüsse 4 210
- Veräußerung unter Wert 16 58
- Verband Region Stuttgart 19 135

- Verbandsgemeinden **19** 97ff.
 Verbandskompetenz **1** 53; **6** 16
 Verbrauchsteuern **15** 27
 – siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
 Verfassungsbeschwerde siehe: Kommunale Verfassungsbeschwerde
 Vergaberecht **14** 276ff.
 – Ausübung öffentlicher Gewalt **14** 282
 – Bauauftrag **14** 288ff.
 – Baukonzession **14** 287ff.
 – Dienstleistungskonzession **14** 287f., 290, 302
 – Eigengeschäfte **14** 292f.
 – In-house-Geschäfte **14** 294ff.
 – Kartellvergaberecht **14** 283ff.
 – Nachprüfungsverfahren **14** 305ff.
 – Nicht offenes Verfahren **14** 291
 – Offenes Verfahren **14** 291
 – Öffentlicher Auftrag **14** 287
 – Öffentlicher Auftraggeber **14** 286
 – Schadensersatz **14** 305, 307
 – Schwellenwerte **14** 277f., 287
 – Unwirksamkeit von Verträgen **14** 304
 – Verhandlungsverfahren **14** 291
 – Wettbewerblicher Dialog **14** 291
 Vergnügungssteuer **15** 28
 – Betreten von Geschäftsräumen **12** 16
 Verhältniswahl **4** 28ff.
 Verkehrsbetriebe **13** 7, 22, 30; **14** 23, 56, 113
 Verkehrssicherungspflicht **11** 20f.; **13** 106, 111
 Vermögen **16** 101ff.
 – Erwerb **16** 103f.
 – Geldanlagegeschäfte **16** 104
 – Nutzungsüberlassung **16** 109ff.
 – Thesaurierungsverbot **16** 104
 – Veräußerung **16** 105ff.
 – Vermögensverwaltung **14** 17
 Vermögensrechnung siehe: Bilanz
 Verordnungen siehe: Rechtsverordnungen
 Verpackungsteuer **12** 12
 Verpflichtungserklärungen **8** 175ff.
 – Fehlende Gesamtvertretung **8** 194ff.
 – Fehlerfolgen **8** 191ff.
 – Fehlerhaftung der Gemeinde **8** 215ff.
 – Fehlerhaftung des Handelnden **8** 226ff.
 – Formvorschriften **8** 189ff., 206ff.
 – Genehmigung **8** 196ff.
 – Geschäfte der laufenden Verwaltung **8** 182ff.
 – Treu und Glauben **8** 212ff.
 – Vertretungsregelungen **8** 189ff.
 Versorgungsbetriebe **13** 22, 30; **14** 23, 56, 78, 93, 113, 163
 Verträge
 – mit Amts- und Mandatsträgern **4** 132f.
 Vertretung der Gemeinde **6** 21; **8** 158ff.
 – Interne Willensbildungsmängel **8** 165ff.
 – Öffentlichrechtliche Rechtshandlungen **8** 169ff.
 – Presseerklärungen **8** 161
 – Privatrechtliche Willenserklärungen **8** 169ff.
 – Realakte **8** 161
 – Rechtshandlungen **8** 160
 – Repräsentation **6** 21; **8** 162ff.
 – Vertrauensschutz **8** 169ff.
 – siehe auch: Verpflichtungserklärungen
 Verwaltungsausschuss **4** 73; **6** 105; **8** 4, 60ff., 121
 Verwaltungseinrichtungen **13** 8f.
 Verwaltungsgebühren **15** 140ff.
 – Gebührenbemessung **15** 153ff.
 – Kostendeckungsgebot **15** 147ff.
 – Tatbestandsvoraussetzungen **15** 142ff.
 – siehe auch: Gebühren
 Verwaltungsgemeinschaft **19** 82f., 100ff.
 – Baden-Württemberg **19** 100ff.
 – Bayern **19** 107ff.
 – Hessen **19** 125ff.
 – Mecklenburg-Vorpommern **19** 80
 – Sachsen **19** 103, 106
 – Schleswig-Holstein **19** 82
 – Thüringen **19** 115ff.
 – Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft **19** 100ff.
 – siehe auch: Gemeindeverwaltungsverband
 Verwaltungshelfer **11** 74, 91; **15** 95
 Verwaltungshoheit **1** 56ff.
 Verwaltungsorgan **8**
 – Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung **8** 121, 125
 – Hausrecht **7** 89
 – Inkompatibilität **8** 65ff.
 – Kollegiales Verwaltungsorgan **3** 5
 – Landtagsabgeordnete **8** 78
 – Laufende Verwaltung **8** 90ff.

- Monokratisches 3 5
- Personalangelegenheiten 8 88
- Repräsentation der Gemeinde 6 21
- Richter 8 75ff.
- Unmittelbare Wahl 3 7, 11ff.
- Unterrichtspflicht 4 211ff.; 8 157
- Unterrichtsrecht 4 221ff.; 8 157
- Vorbereitung der Beschlüsse der Gemeindevertretung 8 121ff.
- Zuständigkeiten 8 79ff.
- siehe auch: Auftragsangelegenheiten; Beigeordnete; Bürgermeister; Neutralitätsgebot; Vertretung der Gemeinde; Volksfest; Weisungsaufgaben
- Verwaltungsprivatrecht 11 86; 13 63, 122; 14 91
- Verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis 13 112
- Verwaltungsverband 19 103ff.
- Verwaltungsvorstand 8 64
- Volksfest 13 4, 41, 51ff., 60, 62, 86
- Volkszählungen 1 41
- Vorbehalt des Gesetzes 1 56
- Vorlagepflicht siehe: Anzeigepflicht
- Vorläufige Haushaltsführung 16 49f.
- Vorsitzender der Gemeindevertretung siehe: Gemeindevertretung, Vorsitz
- Vorzugslasten 15 11ff.

- Wahl der Gemeindevertretung 4 1ff.
- Geschlechterparität 4 27
- Wählbarkeit 4 23ff.
- Wahlberechtigung 2 23f.; 4 8ff.
- Wahlbereiche 4 36
- Wahlfehler 4 39ff.
- Wahlgebiet 4 35
- Wahlprüfungsverfahren 4 39ff.
- Wahlverfahren 4 27ff.
- Wohnsitz 4 13ff.
- Wahlen durch die Gemeindevertretung 4 39f.; 7 153ff.
- Abänderung 7 262f.
- Abbruch 7 200
- Außenwirkung 7 252ff.
- Begriff und Bedeutung 7 174ff.
- Einheitlicher Wahlvorschlag 6 118; 7 203
- Geheime Wahl 7 174ff., 183ff.
 - siehe auch: Abstimmung
- Gremienwahlen 7 202ff.
- Innenwirkung 7 251ff.
- Rechtswidrigkeit 7 231ff.
- Rechte des Gewählten 7 253ff.
- Rücktritt eines Bewerbers 7 197
- Stichwahl 7 193ff.
- Ungültigkeit 7 231ff.
- Wahlanfechtung 7 234ff.
- Wahlvorschläge 7 181f.
- Weiterer Wahlgang 7 193ff.
 - siehe auch: Abstimmung; Mehrheiten
- Wappen 2 64f.; 4 90
- Wasserpreise 13 118, 132
- Wasserversorgung 11 17; 13 23, 35f., 113, 132, 135, 139, 148, 150
- Wasserverträge 14 263f.
- Weihnachtsmärkte 1 51; 11 84; 14 55
- Weinheimer Entwurf 11 4, 9ff.
- Weisungsaufgaben 8 111ff.; 11 45ff.
 - Rechtscharakter 11 46ff.
 - Rechtsschutz gegen Weisungen 11 56ff.
 - Umfang des Weisungsrechts 11 51ff.
 - Verbindung mit Auftragsangelegenheiten 11 64ff.
 - Voraussetzungen 11 59ff.
 - Widerspruchsbehörde 11 55
- Weiterbildung 11 20
- Wesentlichkeitstheorie 12 17f.
- Wettbewerbsrecht 14 125, 141ff.
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 12 12; 15 62, 134
 - siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern
- Wirtschaftliche Betätigung 14 9ff.
 - siehe auch: Wirtschaftliche Unternehmen; Wirtschaftstätigkeit der Gemeinde
- Wirtschaftliche Unternehmen 14 9ff.
 - Annex­tätigkeit 14 58ff., 90
 - Anzeige- u. Genehmigungspflichten 14 264f.
 - Bestandsschutz siehe: Fortführung
 - Dauerhaftigkeit 14 19
 - Eigenbetrieb 14 168ff.
 - Einflussminderung 14 261
 - Einfluss­sicherung 14 197ff.
 - Entscheidungskompetenz 4 112ff.
 - Europarechtlicher Unternehmensbegriff 14 24f.
 - Fortführung 14 65ff., 186ff.
 - Gemeinderechtlicher Unterlassungsanspruch 14 124ff.

- Gewinnerzielung 14 158f.
- Grundrechtsbindung 14 181
- Grundrechtsfähigkeit 14 182f.
- Grundrechtsschutz von Konkurrenten 14 133ff.
- Haftungsbegrenzung 14 190ff.
- Information und Prüfung 14 201ff.
- Kommunale Anstalten siehe: Kommunalunternehmen
- Kommunalunternehmen 14 172ff.
- Konkurrentenschutz 14 124ff.
- Leistungsfähigkeit der Gemeinde 14 105ff., 117, 132
- Markterkundungsverfahren 14 116ff., 128
- Mittelbare Beteiligungen 14 210ff.
- Monopolmissbrauch 14 160ff.
- Öffentliche Einrichtungen 14 47ff.
- Öffentlicher Zweck 14 71ff., 117, 125ff., 154ff.
- Organisation 14 167ff.
- Örtlichkeitsprinzip 14 92ff.
- Popitz-Kriterium 14 14
- Quersubventionierung 14 158f.
- Regiebetrieb 13 22; 14 167
- Schädigungsverbot 14 122f.
- Subsidiarität gegenüber privatwirtschaftlicher Leistungserbringung 14 108ff.
- Subsidiarität privatrechtlicher Rechtsform 14 204ff.
- Unerlaubte Handlung 14 138ff.
- Veräußerung 14 258ff.
- Verselbstständigung 14 17f.
- Versorgung der Einwohner 14 78ff.
 - siehe auch: Versorgungsbetriebe
- Voraussichtlicher Bedarf 14 105ff.
- Wirtschaftsgrundsätze 14 154ff.
- Zulässigkeitsvoraussetzungen 14 65ff., 125ff.
- siehe auch: Gesellschaften des Privatrechts; Hilfsbetriebe; Nichtwirtschaftliche Unternehmen; Subsidiarität gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit; Wettbewerbsrecht
- Wirtschaftlichkeit 16 53ff.
- Maximalprinzip 16 53
- Minimalprinzip 16 53
- Wirtschaftsförderung 1 32, 57; 11 16; 14 84; 16 108
- Wirtschaftstätigkeit der Gemeinde 2 79; 14
- außerhalb des Gemeindegebiets 14 93ff.
- siehe: Subsidiarität gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit; wirtschaftliche Unternehmen; wirtschaftliche Betätigung
- Wohnungsbau 14 51
- Wohnungsvermittlung 14 51, 85
- Wohnungswirtschaft 14 113
- Wortentzug 7 98
- Zins-Swap-Geschäfte 16 57
- Zulassung von Ausnahmen 17 179
- Zuwendungen insbes. an Vereine 11 16; 16 114
- Zwangsvollstreckung 17 181ff.
- Zweckverband 19 39ff.
 - Aufgaben 19 58ff.
 - Auflösung 19 66f.
 - Aufsicht 19 63
 - Ausscheiden von Verbandsmitgliedern 19 64f.
 - Beitritt 4 131
 - Fehlerfolgen 19 48ff.
 - Freiverband 19 45ff.
 - Gemeindeverband 19 41ff.
 - Pflichtanschluss 19 47
 - Pflichtverband 19 45, 47
 - Rechtscharakter 19 39ff.
 - Spezialitätsprinzip 19 58
 - Verbandsausschuss 19 57
 - Verbandsumlage 19 61f.
 - Verbandsversammlung 19 51ff.
 - Verbandsvorsteher 19 51, 54ff.
 - Verwaltungsrat 19 57
 - Weisungen der Verbandsmitglieder 19 53
 - siehe auch: Existenzaufgaben
- Zweckvereinbarung siehe: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
- Zweiköpfige Gemeindeverfassung 3 6
- Zweitwohnungsteuer 15 28, 31ff.
 - siehe auch: Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern